

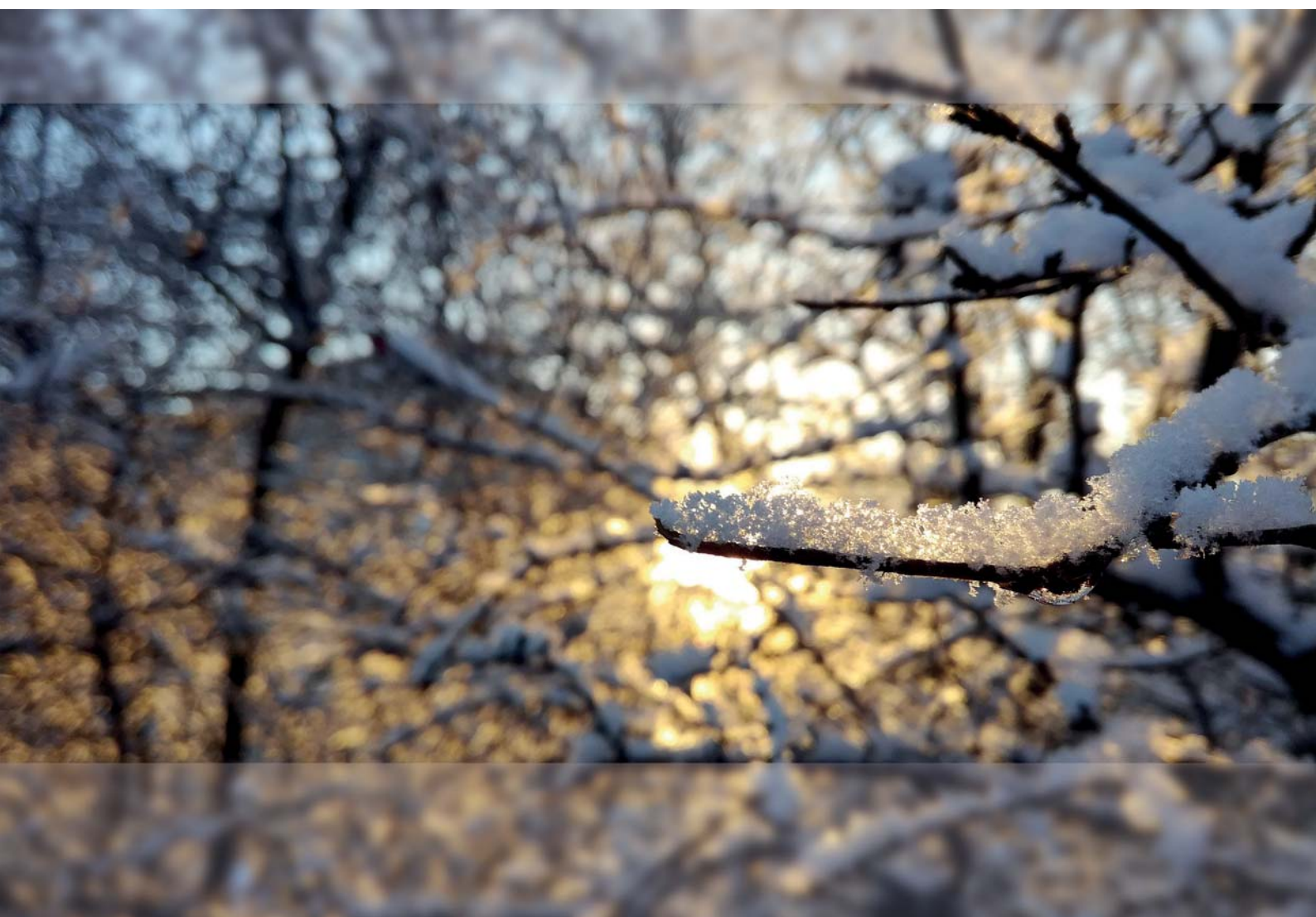


Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

12 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE



Aus dem Inhalt:

Pflege in Rheinland-Pfalz 2060

Gesundheitswesen

Ländervergleich 2017



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Simone Emmerichs

Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien einen guten Start in das neue Jahr!

12 | 2017

STATISTISCHE MONATSHEFTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell	719
Konjunktur ■ Industrie ■ Baugewerbe ■ Außenhandel Einzelhandel ■ Gastgewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft Soziales ■ Bildung ■ Gesundheitswesen ■ Umwelt Verkehr	
Aus der amtlichen Statistik	737
Verbraucherpreise	738
Rheinland-Pfalz in Karten: Schüler/-innen mit Migrationshin- tergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2017/18	739
Rheinland-Pfalz 2060 – Pflegevorausberechnung	740
Vergleich des Gesundheitswesens für alle Bundesländer seit 2017 möglich	748
Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen – Teil II: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“	759
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	777
Neuerscheinungen	793

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im September 2017

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im September 2017 deutlich gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, 5,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Der Güterausstoß war in allen drei industriellen Hauptgruppen niedriger als im Monat zuvor. Am geringsten fiel das Minus in der Vorleistungsgüterindustrie aus (-1,4 Prozent). In der Investitionsgüterindustrie schrumpfte der Output um 7,3 Prozent. In der Konsumgüterindustrie verringerte sich die bereinigte Produktion um zwölf Prozent.

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes mussten Einbußen in unterschiedlicher Größenordnung hinnehmen. Die Chemische Industrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und in Rheinland-Pfalz die umsatzstärkste Industriebranche ist, drosselte ihre Produktion im September um 2,3 Prozent. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen, der zweitgrößten Branche, sank der Güterausstoß um 15 Prozent. Das geringste Minus gab es im Maschinenbau, der gemessen am Umsatz unter den Industriezweigen an dritter Stelle steht; hier lag die Produktion um 0,9 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Trotz des kräftigten Rückgangs der bereinigten Produktion gegenüber

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Sep. 2017		Jan. bis Sep. 2017			
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu					
	Aug. 2017	Sep. 2016	Jan. bis Sep. 2016			
Entwicklung der Produktion						
Industrie	-5,7 %	↓	3,7 %	↑	3,3 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-1,4 %	↘	4,4 %	↑	1,9 %	↗
Investitionsgüterproduzenten	-7,3 %	↓	-0,0 %	→	1,5 %	↗
Konsumgüterproduzenten	-12,2 %	↓	7,5 %	↑	9,3 %	↑
Chemie	-2,3 %	↓	-3,0 %	↓	-3,2 %	↓
Fahrzeugbau	-14,6 %	↓	-13,9 %	↓	-4,3 %	↓
Maschinenbau	-0,9 %	↘	14,0 %	↑	8,0 %	↑
Entwicklung der Auftragseingänge						
Industrie	-0,1 %	↘	10,4 %	↑	9,8 %	↑
Inland	-1,7 %	↘	7,5 %	↑	6,3 %	↑
Ausland	0,6 %	↗	12,2 %	↑	12,0 %	↑
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-3,1 %	↓	8,8 %	↑	10,2 %	↑
Investitionsgüterproduzenten	3,8 %	↑	10,0 %	↑	6,1 %	↑
Konsumgüterproduzenten	-2,1 %	↓	16,9 %	↑	19,6 %	↑
Chemie	-0,2 %	↘	13,1 %	↑	11,8 %	↑
Fahrzeugbau	4,7 %	↑	11,5 %	↑	4,9 %	↑
Maschinenbau	2,8 %	↑	7,4 %	↑	9,0 %	↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

dem Vormonat war der Output der rheinland-pfälzischen Industrie im September 2017 höher als ein Jahr zuvor (+3,7 Prozent). In der Vorleistungsgüter- und in der Konsumgüterindustrie lag der Güterausstoß über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Produktion der Investitionsgüterindustrie blieb gegenüber dem Vorjahresmonat unverändert.

Auftragseingänge der Industrie im September fast unverändert

Im September 2017 blieb die Nachfrage nach Erzeugnissen der rhein-

land-pfälzischen Industrie fast unverändert. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 0,1 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Während das Ordervolumen aus dem Inland um 1,7 Prozent abnahm, legten die Bestellungen aus dem Ausland um 0,6 Prozent zu.

In der Vorleistungsgüterindustrie fielen die Bestellungen im September um 3,1 Prozent geringer aus als im August. Die Nachfrage nach Konsum-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



gütern schrumpfte um 2,1 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie gingen hingegen mehr Aufträge ein als im Monat zuvor (+3,8 Prozent).

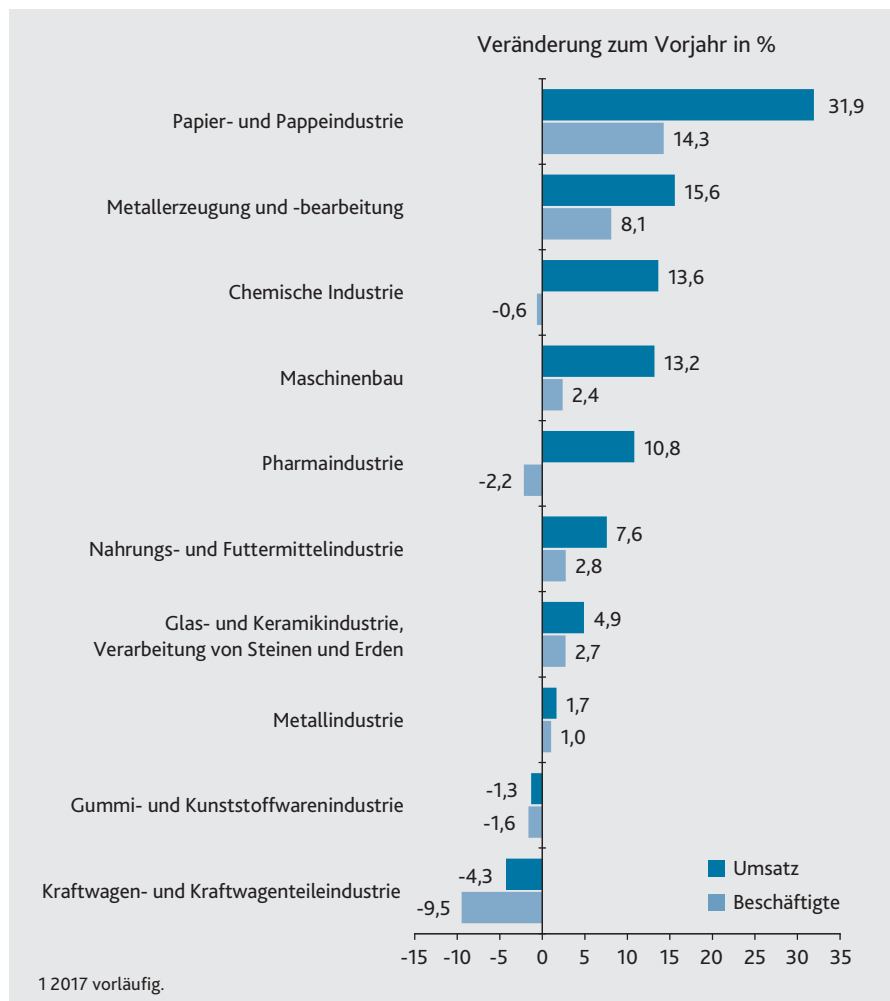
Von den drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verzeichneten zwei einen Anstieg der Bestellungen gegenüber dem Vormonat. Lediglich die Chemische Industrie musste geringe Einbußen hinnehmen (–0,2 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen erhöhte sich das Ordervolumen im September um 4,7 Prozent. Im Maschinenbau lagen die bereinigten Auftragseingänge um 2,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Auch wenn die Auftragseingänge in der Industrie im September stagnierten, bewegt sich die Nachfrage auf vergleichsweise hohem Niveau: Die bereinigten Auftragseingänge waren deutlich höher als ein Jahr zuvor (+10 Prozent). Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im September 2016 (+7,5 bzw. +12 Prozent). Alle industriellen Hauptgruppen verzeichneten deutliche Zuwächse. Das Ordervolumen lag in den drei umsatzstärksten Branchen über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Industrieumsätze von Januar bis September höher als im Vorjahreszeitraum

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete in den ersten neun Monaten 2017 wesentlich höhere Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Die Erlöse beliefen sich auf 70,7 Milliarden Euro; das waren 8,2 Prozent

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar bis September 2017¹ nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

























































mehr als von Januar bis September 2016 (Deutschland: +5,5 Prozent).

Die Umsätze stiegen sowohl im In- als auch im Auslandsgeschäft deutlich an (+7,5 bzw. +8,7 Prozent; Deutschland: +4,6 bzw. +6,4 Prozent). Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten 56 Prozent ihrer Erlöse im Ausland (Deutschland: 50 Prozent). Die Exportquote lag damit leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,3 Prozentpunkte; Deutschland: +0,4 Prozentpunkte).

In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren von Januar bis September 2017 im Durchschnitt 254 800 Personen tätig, was einem Zuwachs um 0,7 Prozent bzw. 1 700 Beschäftigte gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht (Deutschland: +1,4 Prozent). Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden belief sich auf 294 Millionen Stunden und hielt sich damit auf dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland: +0,8 Prozent).

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Sep. 2017		Jan. bis Sep. 2017
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Aug. 2017	Sep. 2016	Jan. bis Sep. 2016
Auftragseingang	-2,4 % 	-6,4 % 	5,1 % 
Hochbau insgesamt	4,8 % 	-9,9 % 	6,0 % 
Wohnungsbau	34,1 % 	-6,9 % 	-2,2 % 
gewerblicher Hochbau	9,0 % 	9,1 % 	18,5 % 
öffentlicher Hochbau	-5,1 % 	-45,8 % 	-5,3 % 
Tiefbau insgesamt	-8,4 % 	-2,5 % 	4,2 % 
gewerblicher Tiefbau	-12,5 % 	-16,6 % 	20,9 % 
Straßenbau	-22,7 % 	-11,3 % 	1,2 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	29,1 % 	30,9 % 	-3,6 % 
Baugewerblicher Umsatz	-1,9 % 	9,9 % 	12,5 % 
Hochbau insgesamt	-6,5 % 	11,3 % 	11,5 % 
Wohnungsbau	-7,1 % 	11,0 % 	19,9 % 
gewerblicher Hochbau	-12,6 % 	10,1 % 	11,4 % 
öffentlicher Hochbau	14,3 % 	15,4 % 	-3,3 % 
Tiefbau insgesamt	2,9 % 	8,4 % 	13,5 % 
gewerblicher Tiefbau	3,0 % 	23,8 % 	13,6 % 
Straßenbau	-2,3 % 	3,8 % 	14,5 % 
sonstiger öffentlicher Tiefbau	13,4 % 	4,5 % 	11,4 % 

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

In acht der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse von Januar bis September 2017 höher als ein Jahr zuvor. Die größte Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+32 Prozent); vor allem die Inlandsumsätze erhöhten sich deutlich (+42 Prozent). In der Metallerzeugung und -bearbeitung, in der Chemische Industrie, im Maschinenbau und in der Pharmabranche gab es ebenfalls zweistellige Zuwachsraten. Nur die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren mussten Erlösrückgänge hinnehmen (-4,3 bzw. -1,3 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industrie-

zweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teilbereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Sechs der zehn umsatzstärksten Branchen verzeichneten einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Deutliche Steigerungen waren in der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung zu verzeichnen (+14 bzw. +8,1 Prozent). In der Herstellung von Kraftwagen

und Kraftwagenteilen gingen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich zurück (-9,5 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im September niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im September 2017 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge sanken im Vergleich zum August 2017 – kalender- und saisonbereinigt – um 2,4 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz ging um 1,9 Prozent zurück. Gegenüber den ersten neun Monaten 2016 stieg das Ordervolumen um 5,1 Prozent, der Umsatz verbesserte sich um 12,5 Prozent.

Im Vergleich zum August 2017 ging die Nachfrage nach Bauleistungen im Tiefbau um 8,4 Prozent zurück. Im Hochbau erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge dagegen um 4,8 Prozent. Der Rückgang im Tiefbau ist auf die ungünstige Entwicklung im Straßenbau sowie im gewerblichen Tiefbau zurückzuführen (-23 bzw. -12,5 Prozent). Im öffentlichen Hochbau war die Nachfrage ebenfalls niedriger als im Vormonat (-5,1 Prozent). Die höchsten Auftragszuwächse errechnen sich für den Wohnungsbau (+34 Prozent). Der sonstige öffentliche Tiefbau sowie der gewerbliche Hochbau legten ebenfalls deutlich zu (+29 bzw. +9 Prozent). Gegenüber den ersten neun Monaten 2016 wurden sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau Auftragszuwächse registriert (+6 bzw. +4,2 Prozent).

Im Vergleich zum August 2017 gingen die bereinigten Erlöse im Hochbau um 6,5 Prozent zurück. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein Anstieg um 2,9 Prozent. Sinkende Umsätze verzeichneten vor allem der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau (–13 bzw. –7,1 Prozent). Dagegen lagen die Erlöse insbesondere im öffentlichen Hochbau sowie im sonstigen öffentlichen Tiefbau über dem Vormonatwert (+14 bzw. +13 Prozent). Gegenüber den ersten neun Monaten 2016 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau deutlich an (+13,5 bzw. +11,5 Prozent).

Anstieg der Aus- und Einfuhren

Der rheinland-pfälzische Außenhandel liegt weiterhin auf Wachstumskurs. Von Januar bis September wurden Waren im Wert von 41,5 Milliarden Euro exportiert, was eine Steigerung um 4,1 Prozent gegenüber

dem Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +6,3 Prozent). Um einiges stärker fiel das Wachstum der Importe aus – ihr Wert erhöhte sich um 16,5 Prozent auf 29,8 Milliarden Euro (Deutschland: +8,7 Prozent).

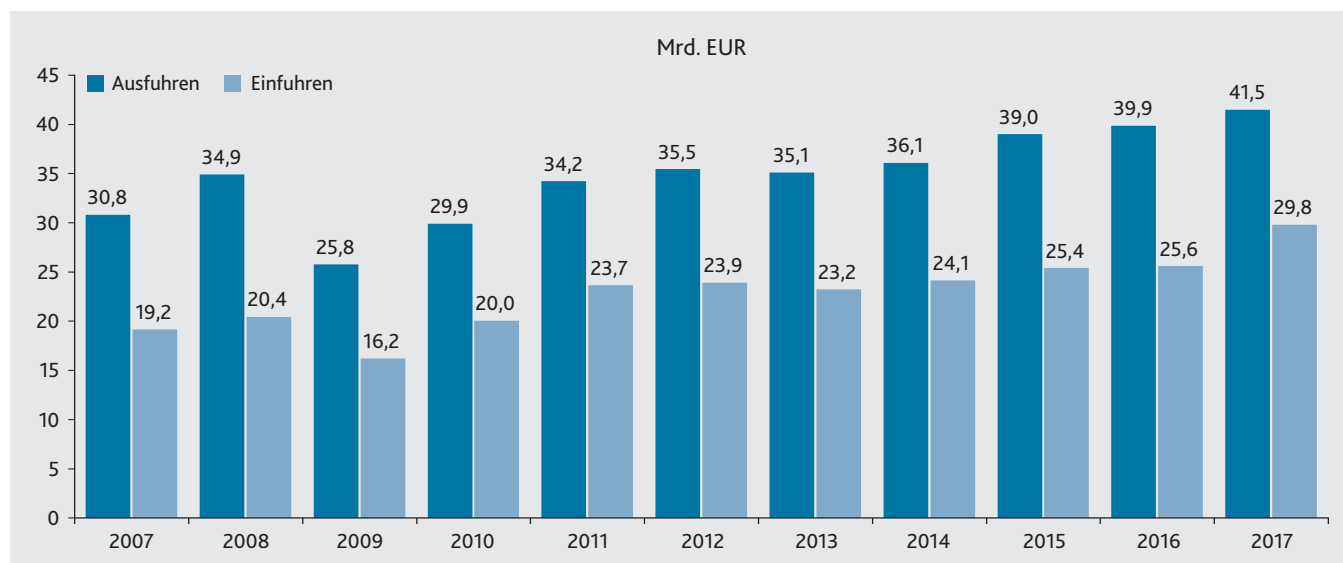
In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden in den ersten neun Monaten 2017 Waren im Wert von 25,9 Milliarden Euro geliefert; das waren 62 Prozent aller rheinland-pfälzischen Ausfuhren. Die Exporte in die EU-Länder lagen um 2,5 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Während der Absatz in die Länder der Eurozone um 3,8 Prozent zunahm, gingen die Ausfuhren in die Mitgliedstaaten, die nicht der Eurozone angehören, leicht um 0,3 Prozent zurück. Die Ausfuhren in europäische Länder außerhalb der EU entwickelten sich mit einem Plus von 8,3 Prozent überdurchschnittlich.

Hier legten insbesondere die Exporte nach Russland zu (+15 Prozent).

Die Ausfuhren nach Asien erhöhten sich um 6,9 Prozent. Dabei fielen insbesondere die Warenlieferungen nach China ins Gewicht, die um 13 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums lagen. Der Wert der auf den amerikanischen Kontinent exportierten Waren stieg um 6,2 Prozent. Einem moderaten Zuwachs im Auslandsgeschäft mit den USA (+4,4 Prozent) standen kräftige Steigerungen im Handel mit Mexiko (+16 Prozent) und Kanada (+13,5 Prozent) gegenüber. Die Ausfuhren nach Afrika gingen um 2,6 Prozent zurück. Nach Australien und Ozeanien wurden zwar um 35 Prozent mehr Waren geliefert, ihr Anteil am gesamten Exportwert von Rheinland-Pfalz liegt aber nur bei einem Prozent.

Bei der Ausfuhr der wichtigsten Exportgüter waren überwiegend

Ausfuhren und Einfuhren von Januar bis September 2007–2017



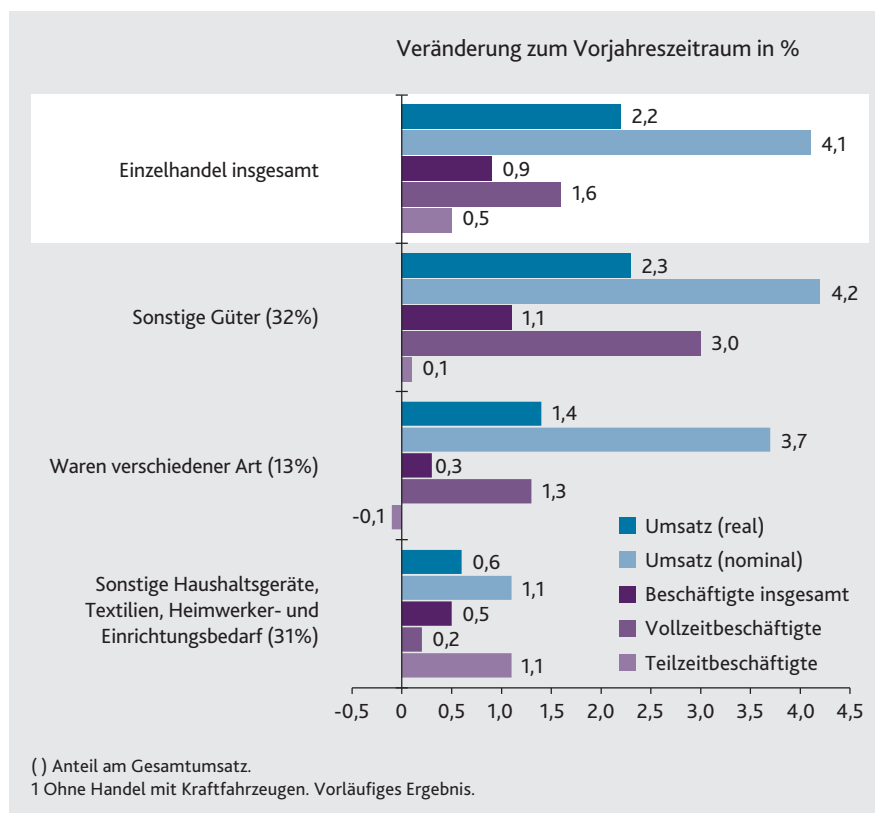
Zuwächse gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Große Anstiege gab es beim Export von pharmazeutischen Erzeugnissen sowie von Metallen (+9,9 bzw. +9 Prozent). Der Maschinenbau konnte sein Auslandsgeschäft um 5,1 Prozent steigern. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse legte um 4,3 Prozent zu. Dagegen gingen die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen um 3,8 Prozent zurück.

Die Einfuhren aus den Mitgliedstaaten der EU lagen in den ersten neun Monaten 2017 deutlich über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+14 Prozent). Es wurden Waren im Wert von fast 20 Milliarden Euro aus EU-Ländern importiert; das machte zwei Drittel aller rheinland-pfälzischen Einfuhren aus. Die Importe aus dem Euroraum stiegen um zwölf Prozent, während die Lieferungen aus den EU-Ländern außerhalb der Eurozone um 18,5 Prozent zunahmen. Überdurchschnittlich entwickelte sich der Handel mit den europäischen Staaten außerhalb der EU (+23 Prozent). Die Importe aus Asien und aus Afrika stiegen ebenfalls deutlich an (+31 bzw. +14 Prozent). Die Einfuhren aus Amerika nahmen um 9,1 Prozent zu. Insbesondere aus den USA (+11 Prozent) wurde mehr importiert als in den ersten neun Monaten 2016.

Einzelhandel von Januar bis September mit Umsatz- und Beschäftigtenplus

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel setzte von Januar bis September 2017 mehr um als im Vorjahreszeit-

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel¹ von Januar bis September 2017 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



raum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 2,2 Prozent höher als in den ersten drei Quartalen 2016. Nominal, also zu jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 4,1 Prozent. Deutschlandweit legten die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt um 2,9 Prozent zu (nominal: +4,7 Prozent).

Die Umsatzentwicklung verlief in allen Segmenten positiv. Der umsatzstärkste Bereich ist der Einzelhandel mit sonstigen Gütern, zu denen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren zählen. In diesem Handelssegment lagen die preisbereinigten Umsätze um 2,3 Prozent über dem Niveau

des Vorjahreszeitraums. Im zweitgrößten Bereich, dem „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ erhöhten sich die Erlöse real um 0,6 Prozent. Um 1,4 Prozent stiegen die Umsätze im „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte gehören. Der Handel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren setzte real 3,7 Prozent mehr um als ein Jahr zuvor. Im Handel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik waren die Umsätze von Januar bis September 2017 preisbereinigt um elf Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel lag in den ersten neun Monaten 2017 um 0,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,6 Prozent und die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 0,5 Prozent zu.

Umsatz und Beschäftigtenzahlen im Gastgewerbe legen zu

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe setzte von Januar bis September 2017 mehr um als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 3,7 Prozent höher als in den ersten neun Monaten 2016. Nominal, also in jeweiligen Preisen, stiegen die Erlöse um 5,8 Prozent. Deutschlandweit blieben

die Gastgewerbeumsätze preisbereinigt fast unverändert (+1 Prozent); in jeweiligen Preisen legten sie um 3,1 Prozent zu.

In der Gastronomie, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfielen, lagen die Erlöse in den ersten drei Quartalen 2017 real um 5,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die speisengeprägte Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, verzeichnete preisbereinigt eine Erlössteigerung von 7,9 Prozent. Die Umsätze der Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen gingen hingegen um 0,9 Prozent zurück. Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe, das gut ein Drittel der Umsätze des Gastgewer-

bes erwirtschaftet, fielen die preisbereinigten Erlöse um 1,3 Prozent höher aus als von Januar bis September 2016.

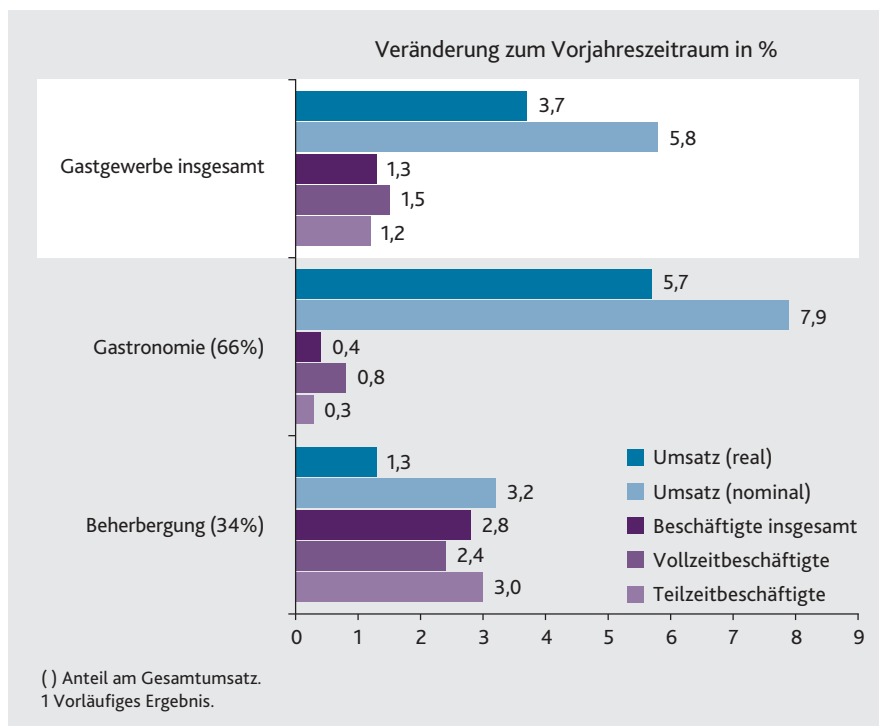
Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe war in den ersten neun Monaten 2017 um 1,3 Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dabei erhöhte sich die Zahl der Vollzeitkräfte um 1,5 Prozent, während die Zahl der Teilzeitkräfte um 1,2 Prozent anstieg.

Höhere Gäste- und Übernachtungszahlen im Tourismus von Januar bis September

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten von Januar bis September 2017 einen Anstieg der Gästezahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Rund 7,6 Millionen Gäste übernachteten im Land, 1,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Übernachtungszahlen stiegen um 0,7 Prozent auf 19,77 Millionen.

In fünf der neun Tourismusregionen war das Übernachtungsaufkommen höher als im Vorjahreszeitraum, wobei das Rheintal mit einem Zuwachs von 3,2 Prozent an der Spitze lag. Dahinter folgten die Regionen Rheinhessen und Eifel (+2,9 bzw. +2,6 Prozent). In vier Regionen gingen die Übernachtungszahlen zurück, am stärksten im Naheland (–2,2 Prozent). Die Gästezahlen stiegen in sieben der neun Regionen; die Spannweite der Veränderungen lag zwischen +4 Prozent in der Eifel und –0,8 Prozent in der Region Ahr.

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe¹ von Januar bis September 2017



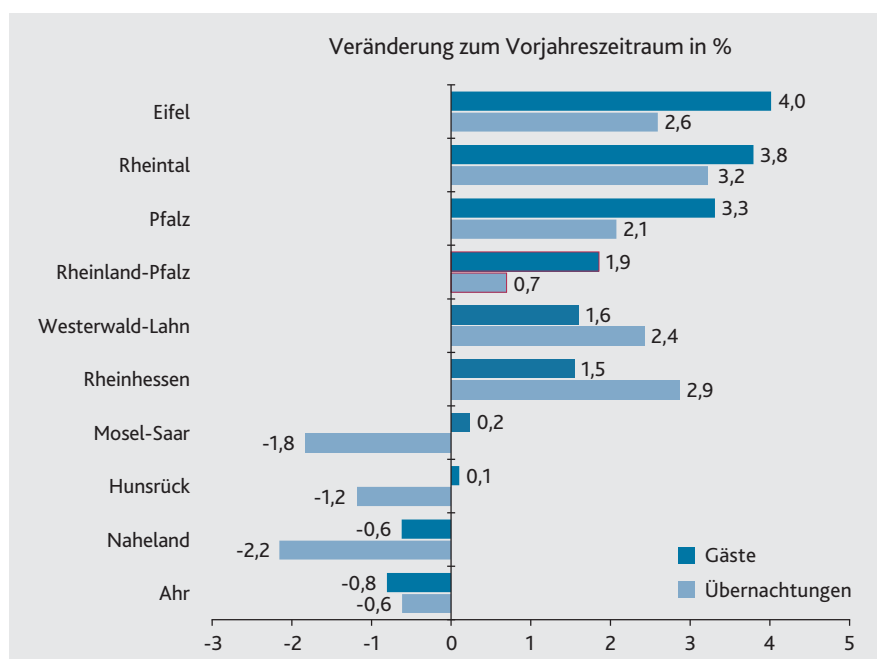
Sechs der elf touristischen Betriebsarten verbuchten einen Übernachtungszuwachs. Die Hotels garnis lagen mit einer Steigerung von 4,7 Prozent auf Rang eins. Es folgten die Camping- und Reisemobilplätze (+4,2 Prozent). Spürbare Rückgänge verzeichneten u. a. die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als zehn Fremdenbetten.

In den ersten neun Monaten 2017 nutzten fast sechs Millionen Besucherinnen und Besucher aus dem Inland die Angebote der rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe; das waren 2,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,4 Prozent auf 15,02 Millionen. Aus dem Ausland kamen von Januar bis September 1,68 Millionen Gäste (+1,1 Prozent). Sie buchten 4,76 Millionen Übernachtungen, was einen Rückgang um 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet.

Weniger Baumschulen als vor fünf Jahren

In Rheinland-Pfalz sind noch 67 Baumschulen mit der Produktion von beispielsweise Obst- und Ziersträuchern oder Forstpflanzen befasst. Die Zahl der Baumschulen, die selbst Baumschulgewächse produzieren, hat sich gegenüber dem Jahr 2012 um 16 verringert (–20 Prozent). Die Baumschulbetriebe bewirtschaften eine Fläche von 552 Hektar (–4,6 Prozent); davon befanden sich 525 Hektar im Freiland. Die durch-

Gäste und Übernachtungen von Januar bis September 2017 nach Tourismusregionen

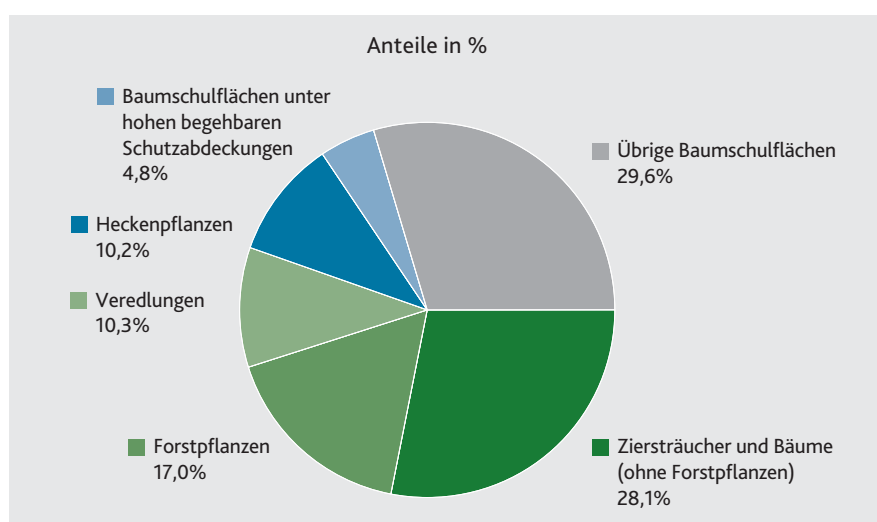


schnittliche Fläche je Betrieb ist in den vergangenen fünf Jahren um 1,3 Hektar auf gut acht Hektar gestiegen.

Detailliert erfasst wurde nur die Produktion im Freiland. Hier dominierte die Produktion von Ziersträu-

chern und Bäumen. Sie erfolgte auf 155 Hektar bzw. 28 Prozent der Baumschulflächen. Hierzu zählen vor allem Laub- und Nadelbäume für z. B. Alleen, Straßen und Parks (69 Hektar), Ziersträucher und Laubgehölze (42 Hektar) sowie Nadelgehölze oder

Baumschulfläche 2017 nach Nutzungsarten



Koniferen (24 Hektar). Ein weiteres wichtiges Segment sind Nadel- und Laubgehölze zum Einsatz im Forstbereich. Sie wurden auf 94 Hektar herangezogen. Nicht enthalten sind darin 19 Hektar, auf denen Weihnachtssäume zur Anzucht kultiviert werden. Auf knapp 57 Hektar wuchsen veredelte Pflanzen, wie z. B. veredelte Baumobstgehölze. Die Produktionsfläche für Heckenpflanzen betrug 56 Hektar.

So viel Rieslinganbau wie noch nie

Nach einer vorläufigen Auswertung der Weinbaukartei verfügt Rheinland-Pfalz über eine bestockte Rebfläche von 64 156 Hektar. Die Anbaufläche nahm gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 39 Hektar zu. Die Keltertraubenfläche für Weißweine beträgt 45 767 Hektar (+0,5 Prozent) und die mit roten Rebsorten bestockte Fläche 18 389 Hektar (-1,1 Prozent). Damit setzte sich der Trend fort, dass die

Winzerinnen und Winzer wieder auf weiße Rebsorten setzen.

Rheinland-Pfalz ist für seine Rieslinge bekannt. Mehr als ein Viertel der bestockten Rebflächen (17 462 Hektar) sind mit dieser Sorte bepflanzt. Das stellt einen neuen Höchststand dar. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Fläche um 129 Hektar zu. Den größten Flächenzuwachs verzeichnete Ruländer; die Anbaufläche wurde um 163 Hektar auf 3 839 Hektar ausgeweitet.

Größere Flächenzuwächse verzeichneten auch Sauvignon blanc und Weißburgunder (+140 bzw. 118 Hektar). Sauvignon blanc wächst jetzt auf 854 und Weißburgunder auf 3 224 Hektar. Die Anbaufläche von Chardonnay stieg um 79 auf 1 611 Hektar.

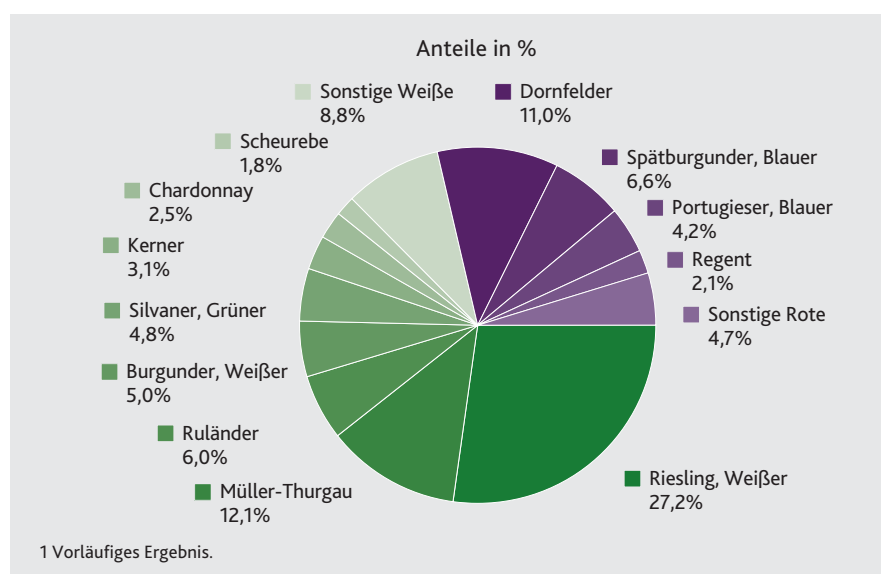
Bei den roten Rebsorten gab es nur wenige Zuwächse: Mit einem Plus von 15 auf 526 Hektar war beim Merlot

die größte Zunahme zu verzeichnen. Spätburgunder (4 232 Hektar) gewann zwölf Hektar hinzu. Cabernet Sauvignon (326 Hektar) verzeichnete ein Plus von sieben Hektar.

Bezogen auf die Fläche verloren insbesondere Müller-Thurgau, Portugieser, Kerner, Dornfelder und Silvaner. Müller-Thurgau wird nur noch auf 7 793 Hektar angebaut (-177 Hektar). Portugieser kommt noch auf ein Anbauareal von 2 701 Hektar (-104 Hektar). Das Anbauareal von Kerner, Dornfelder und Silvaner wurde binnen eines Jahres um jeweils über 90 Hektar reduziert.

Die sechs Weinanbaugebiete des Landes weisen unterschiedliche Größen und Rebsortenspiegel auf. Die bestockte Rebfläche Rheinhessens, des größten Anbaugebietes Deutschlands, nahm um 21 Hektar auf 26 608 Hektar ab. Die wichtigsten Rebsorten sind dort Riesling, Müller-Thurgau und Dornfelder. Die Pfalz (23 649 Hektar; +59 Hektar) verfügt über das größte Rieslinganbauareal, gefolgt von Dornfelder, Müller-Thurgau und Spätburgunder. Im rheinland-pfälzischen Teil des Anbaugebiets Mosel dominiert der Riesling. Er wächst auf 62 Prozent der bestockten Rebfläche von 8 641 Hektar (-32 Hektar). Das Weinanbaugebiet Nahe gehört mit 4 226 Hektar zu den mittelgroßen Anbaugebieten. Die führenden Rebsorten sind Riesling, Müller-Thurgau und Dornfelder. Die Weinbauregion Ahr ist bekannt für ihre Rotweine. Auf 83 Prozent der Anbaufläche von 561 Hektar wachsen rote Rebsorten. Angeführt wird das

Bestockte Rebfläche für Keltertrauben 2017¹ nach Rebsorten



Sortiment vom Spätburgunder. Am Mittelrhein (450 Hektar) dominiert, wie an der Mosel, der Riesling den Anbau. Sein Anteil beläuft sich dort auf 67 Prozent.

Mit dem Inkrafttreten des neuen EU-Genehmigungssystems für Rebplantungen zum 1. Januar 2016 ist ein kommerzieller Weinanbau im gesamten Bundesgebiet zulässig. Der Anbau von Rebflächen zur Weinerzeugung ist somit in Deutschland nicht mehr auf die 13 Weinanbaugebiete begrenzt. Der Umfang dieser Rebflächen beträgt derzeit in Rheinland-Pfalz rund 22 Hektar.

Leichter Rückgang beim Bezug sozialer Mindestsicherungsleistungen

Am Ende des Jahres 2016 waren in Rheinland-Pfalz 310 762 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit ist

die Empfängerzahl erstmals seit 2011 wieder gesunken (–3 684 Personen bzw. –1,2 Prozent).

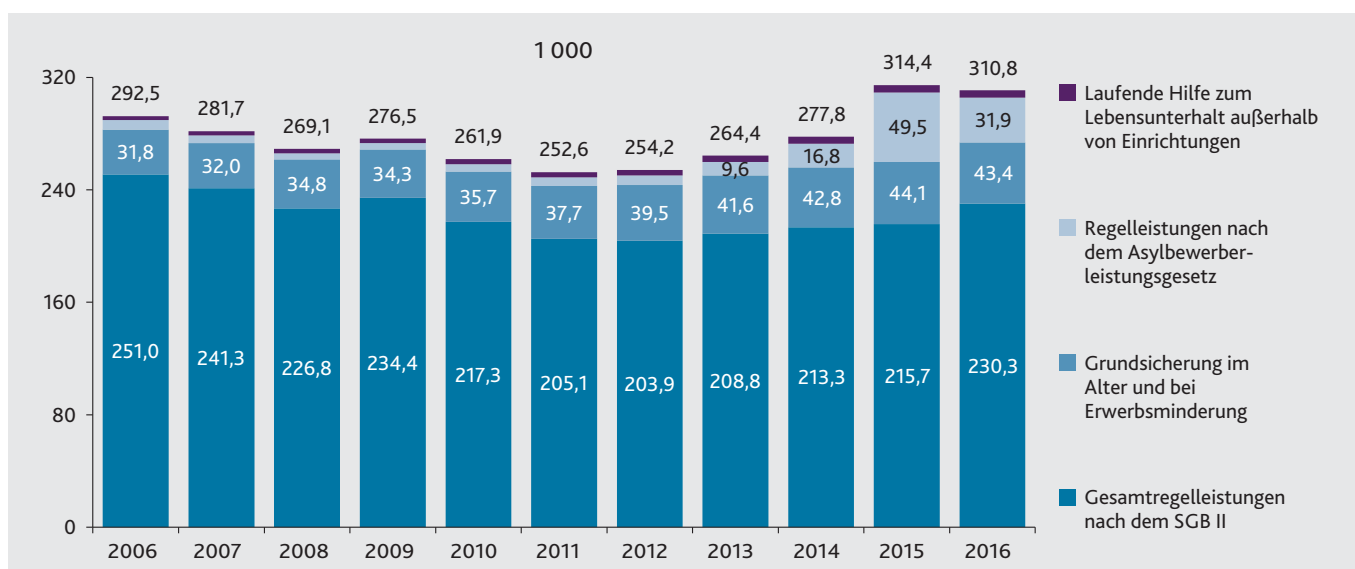
Der Rückgang geht im Wesentlichen auf niedrigere Zahlen bei den Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zurück; dagegen stiegen die Gesamtregelleistungen nach dem SGB II (Hartz-IV-Leistungen) deutlich an.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt aufgrund von Arbeitslosigkeit oder zu geringem Einkommen nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Gesamtregelleistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2016 mehr als 230 300 Empfängerinnen und Empfänger. Davon bezogen rund 165 300 als Erwerbsfähige

Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen knapp 65 100 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde. Gegenüber 2015 erhöhte sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um rund 14 600 Personen bzw. 6,8 Prozent. Diese kräftige Zunahme geht insbesondere auf anerkannte Asylbewerberinnen und -bewerber zurück, die nach ihrer Anerkennung vom Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes ins SGB II wechseln.

Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist im vergangenen Jahr stark gesunken. Am Jahresende 2016 erhielten rund 31 900 Frauen und Männer entsprechende Leistungen, das waren 17 535 Personen bzw. 35 Prozent weniger als Ende 2015.

Empfänger/-innen von sozialer Mindestsicherung 2006–2016



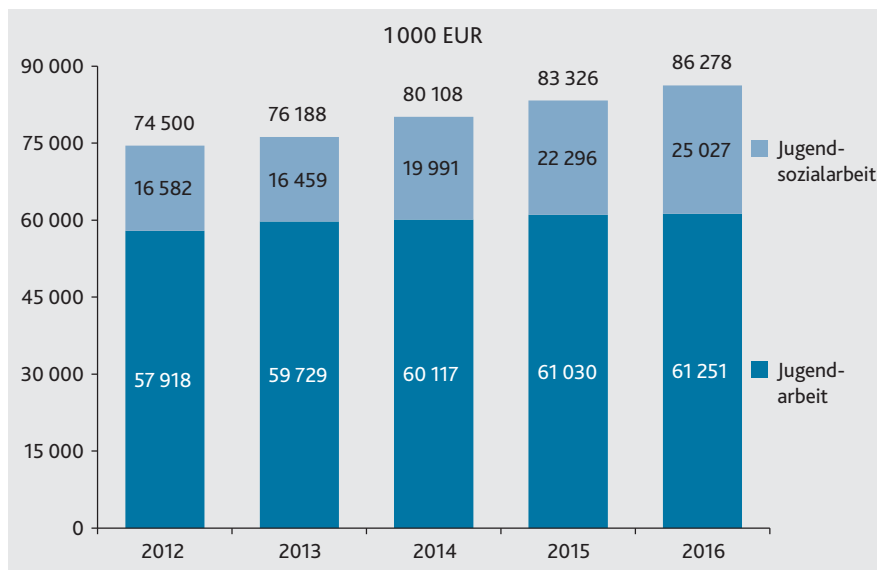
Rund 43 400 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2016 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII. Von ihnen hatten gut 22 100 die Regelaltersgrenze erreicht, nahezu 21 300 Empfängerinnen und Empfänger waren älter als 18 Jahre und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentnerinnen und -rentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz waren dies Ende des Jahres 2016 rund 5 100 Personen.

Rund 86 Millionen Euro für Jugend- und Jugendsozialarbeit

Im Jahr 2016 gaben die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz über 86 Millionen Euro für die Jugend- und Jugendsozialarbeit aus. Das waren gut drei Millionen Euro bzw. knapp vier Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Anstieg resultiert aus höheren Leistungen für die Jugendsozialarbeit. In den vergangenen fünf Jahren stiegen die Ausgaben in der Jugend- und Jugendsozialarbeit um 16 Prozent.

Ausgaben der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe für Jugend- und Jugendsozialarbeit 2012–2016

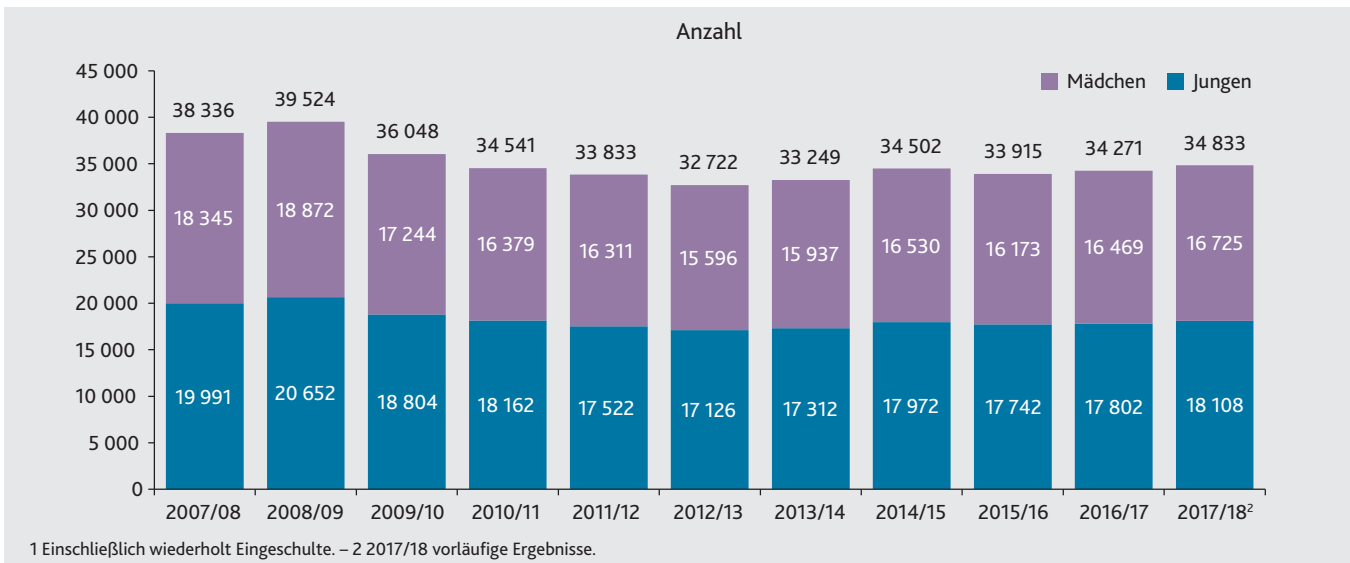


Rund 13,6 Millionen Euro (16 Prozent) verausgabten die überörtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Dazu gehört das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz sowie das Landesjugendamt. Mehr als 72,6 Millionen Euro (84 Prozent) brachten die Kommunen auf.

Für Maßnahmen der Jugendsozialarbeit fielen bei den örtlichen und überörtlichen Trägern im vergangenen Jahr Ausgaben von gut 25 Millionen Euro an. Dies waren 2,7 Millionen Euro bzw. zwölf Prozent mehr als im Jahr zuvor. Im Fünfjahresvergleich sind die Ausgaben in diesem Bereich um 51 Prozent gestiegen. Ziel der Jugendsozialarbeit ist es, junge Menschen durch gezielte sozialpädagogische, therapeutische und sonstige Dienste sowie Beratungen in ihrer schulischen und beruflichen Ausbildung zu fördern und sie bei der Eingliederung in die Arbeits-

welt und bei der sozialen Integration zu unterstützen. Die überörtlichen Träger – hier insbesondere das für Jugend zuständige Landesministerium – brachten rund 25 Prozent der Gesamtausgaben in diesem Bereich auf, die örtlichen Träger leisteten 75 Prozent (19 Millionen Euro).

Maßnahmen der Jugendarbeit schlugen mit rund 61 Millionen Euro zu Buche. Die Ausgaben für diesen Teilbereich, der insbesondere die Jugendbildung, -beratung und -information, Freizeitangebote sowie die Aus- und Weiterbildung der in der Jugendarbeit Tätigen umfasst, sind gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,4 Prozent gestiegen. Im Fünfjahresvergleich wuchsen sie um knapp sechs Prozent an. Der Landesanteil (7,5 Millionen Euro) an den Ausgaben für Jugendarbeit lag 2016 bei rund zwölf Prozent; fast 54 Millionen Euro (88 Prozent) verausgabten die örtlichen Träger.

Einschulungen¹ in den Schuljahren 2007/08–2017/18 nach Geschlecht

Jugend- und Jugendsozialarbeit wird von den örtlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in regional sehr unterschiedlichem Umfang betrieben. Die Kommunen haben für die Bereitstellung dieser Leistungen einen Gestaltungsspielraum. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung im Alter von unter 27 Jahren lagen die Pro-Kopf-Ausgaben im vergangenen Jahr in den kreisfreien Städten mit 95 Euro deutlich höher als in den Landkreisen (57 Euro). Das Spektrum der Pro-Kopf-Ausgaben in den kreisfreien Städten reichte von 44 Euro in Neustadt an der Weinstraße bis zu 197 Euro in Frankenthal. Der Landkreis Südliche Weinstraße wendete unter den Landkreisen für Maßnahmen der Jugend- und Jugendsozialarbeit am meisten auf (97 Euro je jungem Menschen). Die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben fielen mit elf Euro im Landkreis Kusel an.

Mehr Schulanfängerinnen und -anfänger mit Migrationshintergrund

In Rheinland-Pfalz wurden zum Schuljahr 2017/18 insgesamt 34 800 Kinder eingeschult, davon 16 700 Mädchen. Wie anhand vorläufiger Berechnungen ermittelt wurde, waren das rund 560 Einschulungen mehr als im Jahr zuvor (+1,6 Prozent). Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl der eingeschulten Mädchen und Jungen um zehn Prozent gesunken.

Der Anstieg der Einschulungszahl im aktuellen Schuljahr ist unter anderem auf den Zuwachs der Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger mit Migrationshintergrund zurückzuführen (+5,3 Prozent). Mehr als jedes vierte eingeschulte Kind hatte einen Migrationshintergrund (26 Prozent). Damit lag der Anteil rund einen Prozentpunkt über dem Vorjahresniveau.

Von den eingeschulten Kindern begannen rund 96 Prozent ihre Schulzeit an einer Grundschule, drei Prozent an einer Förderschule und knapp ein Prozent an einer Freien Waldorfschule. Gegenüber dem Schuljahr 2008/09 – Vergleiche mit früheren Jahren sind wegen der Reform des Einschulungsalters nicht möglich – stieg die Zahl der Einschulungen an Freien Waldorfschulen um ein Viertel, während sie an den Grundschulen um 13 Prozent sank. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger an Schulen in freier Trägerschaft zunahm (+23 Prozent) und an öffentlichen Schulen zurückging (–13 Prozent).

Während die geschlechterspezifischen Anteile an eingeschulten Schülerinnen und Schülern in der Grundschule weitestgehend ausgeglichen

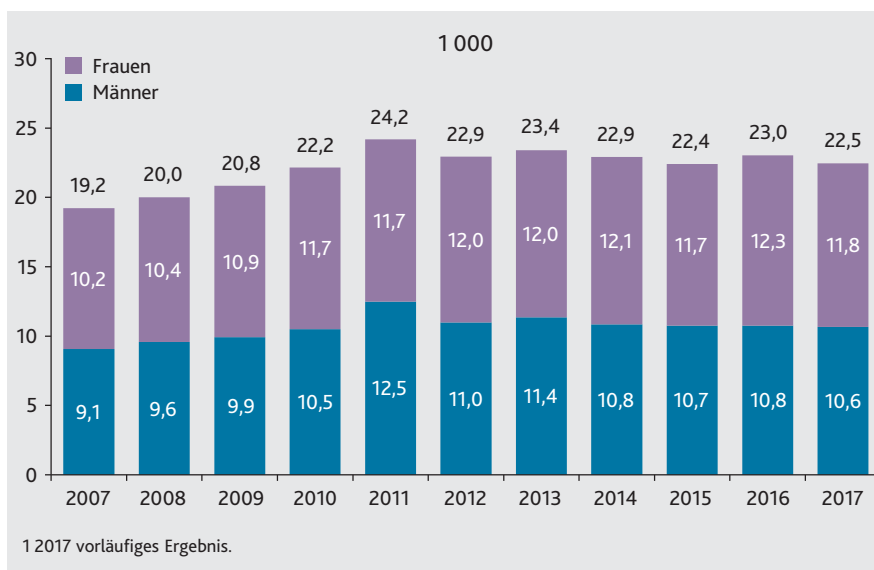
waren, begannen mehr als doppelt so viele Jungen wie Mädchen ihre Schullaufbahn an einer Förderschule.

Weniger Studienanfängerinnen und Studienanfänger

Im Studienjahr 2017 schrieben sich insgesamt 22 500 junge Menschen zum Studium an einer der 22 rheinland-pfälzischen Hochschulen ein. Das waren – nach vorläufigen Berechnungen – 580 Studienanfängerinnen und -anfänger bzw. 2,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl der Neuimmatrikulationen um rund 3 200 Personen bzw. 14 Prozent gestiegen.

Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die rückläufigen Einschreibungszahlen an den Universitäten des Landes zurückzuführen. Die Universität Koblenz-Landau (–267 Einschreibungen), die Universität Trier (–183), die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (–129) sowie die Technische Universität Kaiserslautern (–73) hatten im Wintersemester 2017/18 weniger Neueinschreibungen als im Wintersemester des Vorjahres. Unter den Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften zeichneten sich hingegen uneinheitliche Entwicklungen ab: Während beispielsweise die Hochschule Koblenz (+147) sowie die Hochschule Ludwigshafen (+91) einen Anstieg der Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfängern meldeten, ging die Zahl der Neuimmatrikulierten an der Hochschule Trier (–234) und Hochschule Kaiserslautern (–129) zurück.

Studienanfänger/-innen im Studienjahr 2007–2017¹
nach Geschlecht



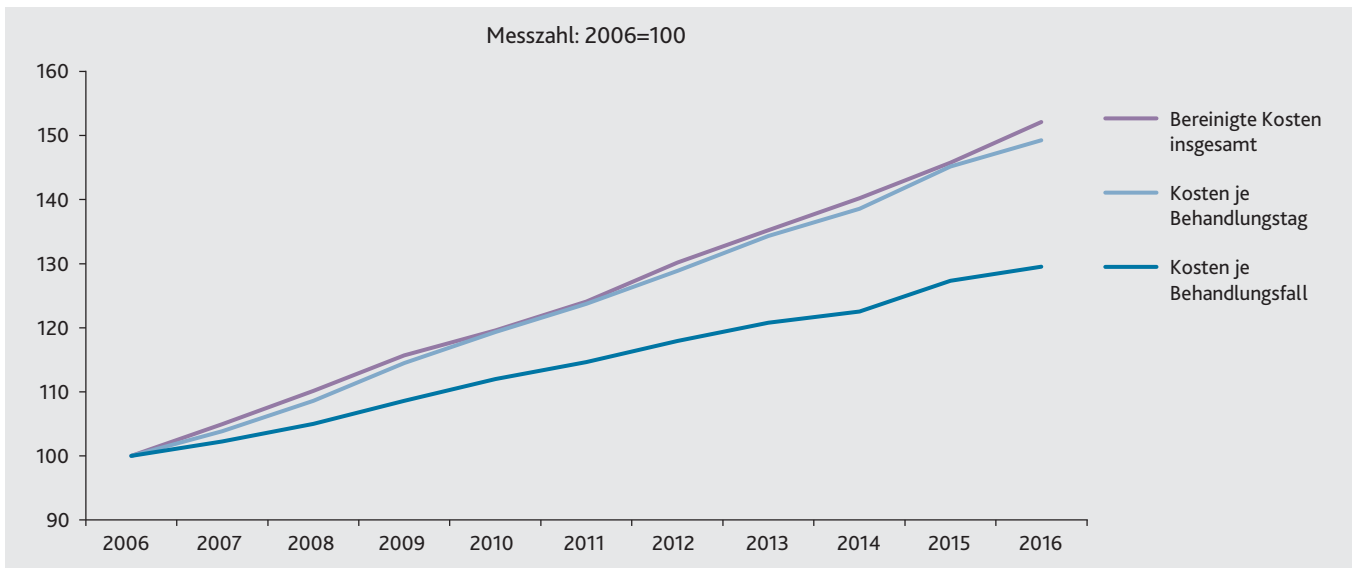
Aufgrund der Novellierung des Hochschulstatistikgesetzes werden seit 2017 auch die Daten der European Management School Mainz erfasst. Werden die zusätzlich erfassten Studienanfängerzahlen dieser Hochschule nicht mit einbezogen, sank die Zahl der Neuimmatrikulierten gegenüber dem Vorjahr sogar um 3,8 Prozent.

Im Wintersemester studierten rund 123 200 junge Menschen an einer rheinland-pfälzischen Hochschule. Davon besaßen 14 200 Studierende bzw. zwölf Prozent eine ausländische Staatsangehörigkeit. Unter den Neueingeschriebenen hatten rund 3 100 Personen eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit (18 Prozent). Damit stieg der Anteil der ausländischen Studienanfängerinnen und -anfänger gegenüber dem Vorjahr um 1,4 und im Fünfjahresvergleich um 3,4 Prozentpunkte. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzu-

führen, dass die Hochschulpolitik eine zunehmende Internationalisierung der Hochschulen anstrebt. Im Rahmen der Bologna-Ministerkonferenz 2012 und der nationalen Wissenschaftskonferenz 2013 wurde die Mobilitätsstrategie 2020 für den Europäischen Hochschulraum und die Internationalisierung als Querschnittsaufgabe der Hochschulen festgelegt.

Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Neueingeschriebenen in einem mathematisch-naturwissenschaftlichen oder ingenieurwissenschaftlichen Studienfach (MINT-Fächer) um vier Prozent. Während sich 2016/17 rund 6 600 Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Rahmen der Studienwahl für ein MINT-Fach entschieden, waren es 2017/18 nur noch 6 300 junge Menschen. Im Zehnjahresvergleich ist die Zahl der Neueinschreibungen in ein MINT-Fach hingegen um 22 Prozent gestiegen.

Entwicklung der Kosten in Krankenhäusern 2006–2016



Krankenhauskosten auf Rekordniveau

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern fielen im Jahr 2016 Gesamtkosten in Höhe von rund 4,6 Milliarden Euro an. Das waren vier Prozent mehr als im Vorjahr. Mit rund drei Milliarden Euro entfielen 64 Prozent auf Personalkosten. Diese stiegen im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls um vier Prozent.

Die Sachkosten für die stationäre Versorgung erhöhten sich gegenüber 2015 ebenfalls um vier Prozent auf 1,5 Milliarden Euro. Darin enthalten sind pflegesatzfähige Instandhaltungskosten von nahezu 172 Millionen Euro (+7 Prozent). Hierbei handelt es sich um Investitionskosten für die Instandhaltung im stationären Bereich, z. B. die Erneuerung von Fenstern oder Bodenbelägen. Rund 138 Millionen Euro entfielen

auf Steuern, Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie auf Kosten der Ausbildungsstätten und Aufwendungen für den Ausbildungsfonds. In den Gesamtkosten waren Ausgaben in Höhe von 489 Millionen Euro für nichtstationäre Leistungen enthalten, etwa für ambulante, vor- und nachstationäre Leistungen sowie für wissenschaftliche Forschung und Lehre. Demnach beliefen sich 2016 die bereinigten Kosten der stationären Krankenhausversorgung auf 4,2 Milliarden Euro.

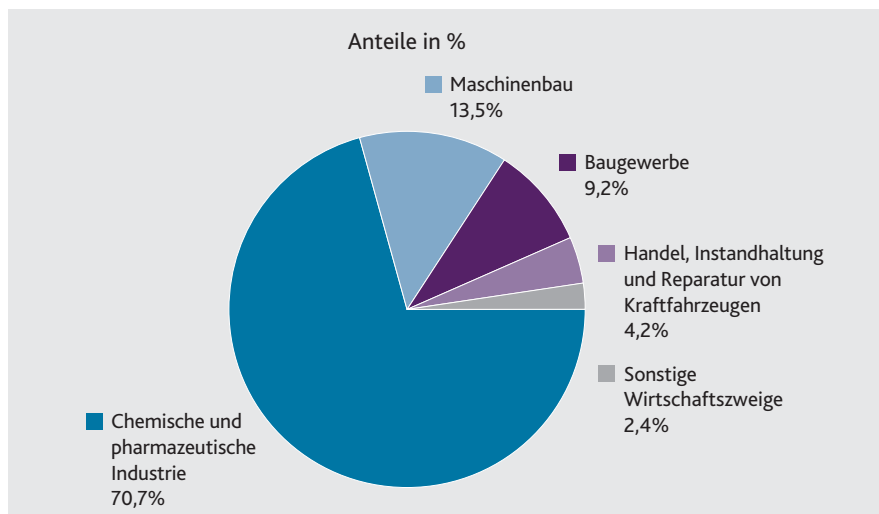
Im Jahr 2016 wurden 966 400 Patientinnen und Patienten vollstationär behandelt. Das waren fast drei Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr. Die stationären Krankenhauskosten je Fall lagen bei durchschnittlich rund 4 300 Euro und damit um 1,7 Prozent höher als im Jahr zuvor (4 228 Euro).

Das Statistische Bundesamt errechnet nach Vorgaben des Krankenhausentgeltgesetzes den sogenannten Orientierungswert für Krankenhäuser. Dieser Wert gibt die durchschnittliche jährliche prozentuale Veränderung der Krankenhauskosten an, die ausschließlich auf Preis- oder Verdienständigerungen zurückzuführen ist. Für den Zeitraum des zweiten Halbjahres 2016 und des ersten Halbjahres 2017 beträgt der Orientierungswert 2,11 Prozent.

Einsatz klimawirksamer Stoffe rückläufig

Rheinland-pfälzische Unternehmen setzten im Jahr 2016 rund 498 Tonnen klimawirksame Stoffe ein. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von rund acht Tonnen bzw. 1,6 Prozent. Klimawirksame Stoffe stehen international unter besonderer Beobachtung. Hierzu zählen voll-

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2016 nach Wirtschaftszweigen



oder teilhalogenierte aliphatische Fluorkohlenwasserstoffe.

Der wichtigste Einsatzstoff war der teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoff Tetrafluorethan (Handelsname R134a). Auf diesen Stoff entfielen rund 82 Prozent der insgesamt verwendeten Menge. In Rheinland-Pfalz wird dieser Stoff überwiegend als Treibmittel bei der Herstellung von Aerosolen, zum Beispiel für medizinische Sprays, genutzt. Bekannt ist dieser Stoff als Kältemittel in Klimaanlage, z. B. in Pkw.

Zum Vergleich: In Deutschland wurden im Jahr 2015 (Ergebnisse für 2016 liegen noch nicht vor) rund 9 300 Tonnen klimawirksame Stoffe verwendet. Auch bundesweit war R134a mit 6 600 Tonnen (70 Prozent) der wichtigste Einsatzstoff. Der Schwerpunkt lag mit rund 4 900 Tonnen auf der Verwendung als Kältemittel.

Knapp 350 der in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen meldeten

einen Einsatz von mehr als 20 Kilogramm klimawirksamer Stoffe. Dazu gehören z. B. voll- und teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe, denen eine potenzielle Wirkung auf die Erderwärmung zukommt. Sobald diese Stoffe freigesetzt werden, sind sie deutlich klimaschädlicher als Kohlendioxid (CO₂). Ihre Verwendung unterliegt deshalb besonderen Berichtspflichten.

Klimawirksame Stoffe weisen eine unterschiedliche Schädlichkeit auf. Um die Stoffe vergleichen zu können, erfolgt eine Umrechnung in CO₂-Äquivalente. Dies ermöglicht zum Beispiel eine Aussage, um wie viel stärker oder schwächer eine bestimmte Menge Treibhausgas im Verhältnis zu der gleichen Menge CO₂ ist. Das CO₂-Äquivalent für Tetrafluorethan liegt bei 1 430, d. h. R134a ist rund 1 430-mal schädlicher als Kohlendioxid. Insgesamt betrug das CO₂-Äquivalent der in rheinland-pfälzischen Unternehmen eingesetz-

ten klimawirksamen Stoffe im Jahr 2016 rund 833 000 Tonnen.

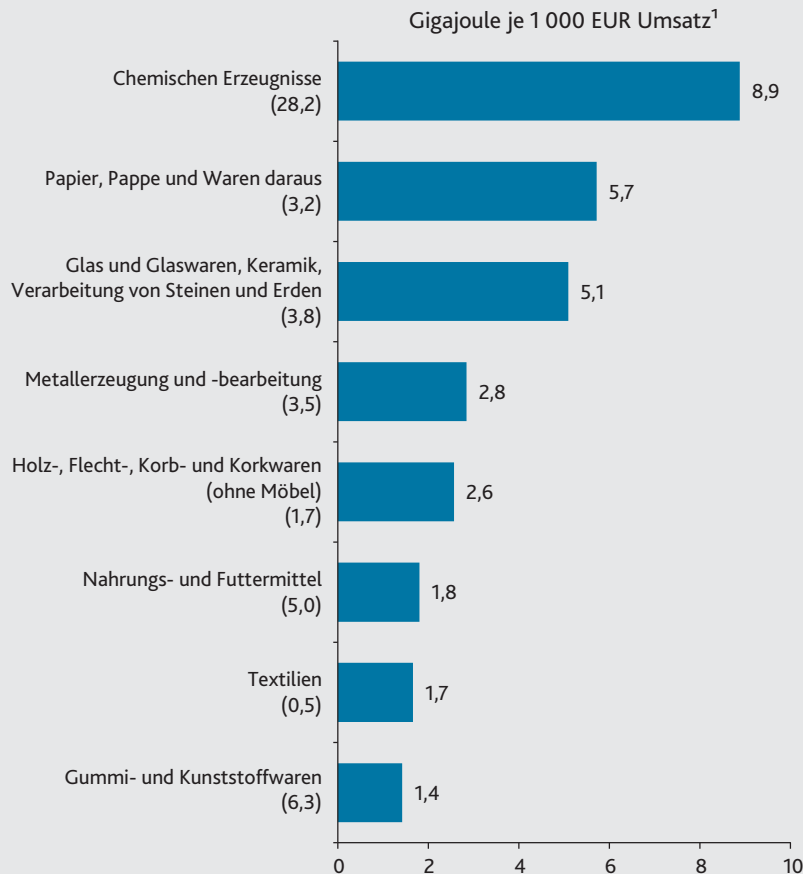
Energieverbrauch der Industrie steigt leicht

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte im Jahr 2016 fast 88 462 Gigawattstunden Energie. Das war rund ein Prozent mehr als im Vorjahr. In Deutschland stieg die industrielle Energieverwendung um 1,4 Prozent auf knapp 1,13 Millionen Gigawattstunden. Der rheinland-pfälzische Anteil am bundesweiten Verbrauch betrug somit knapp acht Prozent.

Die für Rheinland-Pfalz wichtige Chemische Industrie ist mit 72 Prozent der Wirtschaftszweig mit dem größten Anteil an der Energieverwendung. Bundesweit führt diese Branche ebenfalls, allerdings mit einem deutlich geringeren Anteil von 29 Prozent. Betriebe, die sich mit der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden befassen, sowie Betriebe, die Papier, Pappe und Waren daraus herstellen, wiesen Anteilswerte von 5,7 bzw. 5,3 Prozent auf. In Deutschland folgten auf die Chemische Industrie die Metallerzeugung und -bearbeitung (23 Prozent) sowie die Kokereien und Mineralöl verarbeitenden Betriebe (zehn Prozent).

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte zur Erzielung von 1 000 Euro Umsatz durchschnittlich gut 960 Kilowattstunden Energie. Rechnet man die Chemische Industrie heraus, ergibt sich ein Wert von

Energieverbrauch im Verarbeitenden Gewerbe 2016 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



() Anteil am Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden) 2016.
¹ Die Maßeinheit Gigajoule wird verwendet, um Energiemengen vergleichen zu können, die in verschiedenen Größenordnungen gemessen werden.

370 Kilowattstunden. In Deutschland lag der Wert für die Industrie insgesamt bei rund 630 Kilowattstunden, unter Herausrechnung der Chemie ergäbe sich ein Wert von etwa 480 Kilowattstunden. Die Chemische Industrie in Rheinland-Pfalz benötigte für 1 000 Euro Umsatz 2 470 Kilowattstunden Energie. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass insbesondere die Chemiebranche einen beachtlichen Teil der Energieträger – z. B. Erdöl – nicht energetisch, sondern als Ausgangsstoff für Pro-

dukte nutzt. Mehr als ein Drittel des Energieverbrauchs (36 Prozent) der Industrie in Rheinland-Pfalz entfällt auf diese Verwendungsform.

Wichtigster Energieträger der rheinland-pfälzischen Industrie ist Erdgas. Darauf entfielen gut 49 Prozent des Energieverbrauchs (43 800 Gigawattstunden). Mineralöle bzw. Mineralölprodukte trugen 24 Prozent bei (21 300 Gigawattstunden). Der Bedarf an Strom belief sich auf 15 000 Gigawattstunden, was einem

Anteil von 17 Prozent entsprach. Rund die Hälfte des Stroms erzeugte die Industrie in eigenen Kraftwerken bzw. Anlagen.

Klärschlamm wird überwiegend in der Landwirtschaft verwertet

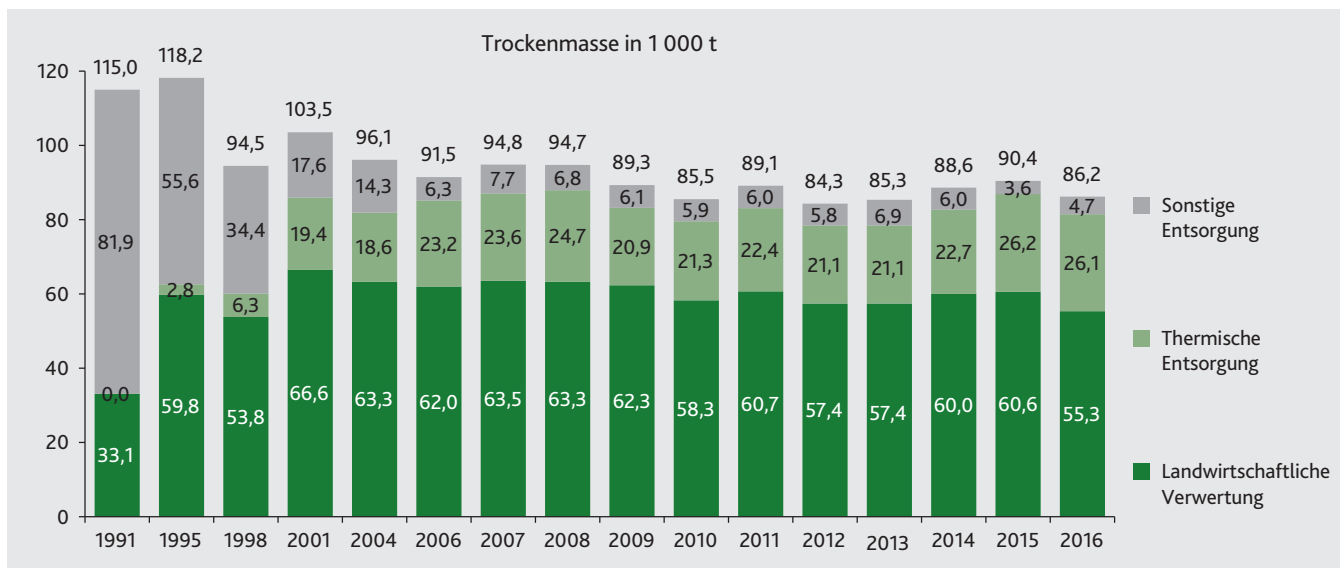
Bei der Abwasserreinigung in kommunalen Kläranlagen fielen im Jahr 2016 rund 86 200 Tonnen Klärschlamm an (gemessen als Trockenmasse). Das waren knapp fünf Prozent weniger als im Jahr 2015 (90 400 Tonnen). Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2015 fielen 87 600 Tonnen an.

Der wichtigste Entsorgungsweg ist nach wie vor die Aufbringung auf landwirtschaftliche Flächen. Knapp zwei Drittel des angefallenen Klärschlammes (rund 55 300 Tonnen) wurden auf diese Weise verwertet. Die im Klärschlamm enthaltenen Nährstoffe wie Stickstoff oder Phosphate ersetzen entsprechende Düngemittel. Um eine Schädigung der Böden auszuschließen, unterliegt die Ausbringung strengen gesetzlichen Regelungen.

Rund 30 Prozent bzw. 26 100 Tonnen der gesamten Klärschlammmenge wurde thermisch verwertet, die übrige Menge wurden z. B. im Landschaftsbau oder in Vererdungsanlagen genutzt.

Deutschlandweit wird der größte Teil des Klärschlammes thermisch entsorgt, während die Verwendung in der Landwirtschaft eine deutlich geringere Rolle spielt als in Rheinland-Pfalz. Bundesweit fielen im Jahr 2015 – das Bundesergebnis für 2016

Klärschlamm Entsorgung der öffentlichen Kläranlagen 1991–2016 nach Entsorgungswegen



liegt noch nicht vor – gut 1,8 Millionen Tonnen Klärschlamm in öffentlichen Kläranlagen an. Rund 64 Prozent des angefallenen Klärschlammes wurden verbrannt und 24 Prozent in der Landwirtschaft verwendet.

Die Verwertung des Klärschlammes stellt sich in Rheinland-Pfalz regional sehr unterschiedlich dar. Die kreisfreien Städte Mainz, Speyer und Zweibrücken setzen allein auf die thermische Verwertung. Eine ausschließliche Nutzung des Klärschlammes in der Landwirtschaft wurde für die Landkreise Südliche Weinstraße und Südwestpfalz sowie die kreisfreie Stadt Pirmasens registriert. In den übrigen kreisfreien Städten und Landkreisen kommen die genannten Verwertungsformen in unterschiedlichem Umfang vor. Für Ludwigshafen und Frankenthal liegen keine Angaben vor. Hier wird das kommunale Abwasser in den Anlagen eines industriellen Betriebes behandelt.

Neuzulassungen von Diesel-Pkw weiter rückläufig

Zwischen Januar und September 2017 wurden in Rheinland-Pfalz 100 311 Personenkraftwagen neu zugelassen. Dies waren 0,4 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Für Deutschland insgesamt war ein Plus von 2,2 Prozent zu verzeichnen.

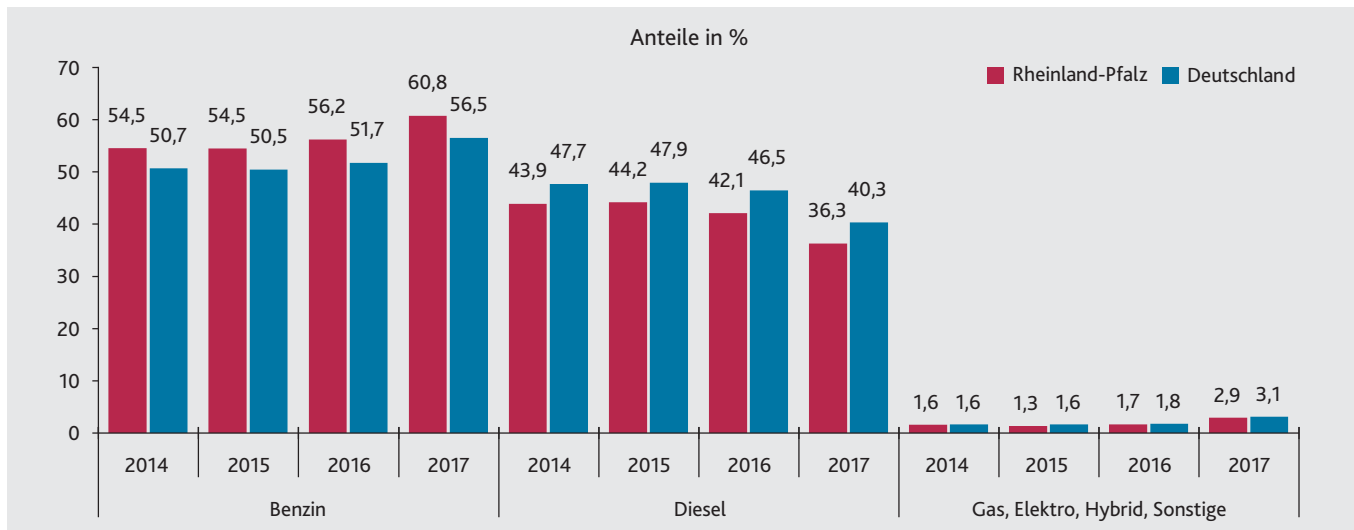
Der Anteil der in diesem Zeitraum zugelassenen Personenkraftwagen mit Dieselmotor verringerte sich deutlich gegenüber dem entsprechenden Wert in 2016. Während er in Rheinland-Pfalz von 42 auf 36 Prozent sank, ging er deutschlandweit von 46,5 auf 40 Prozent zurück. Diese Entwicklung dürfte nicht zuletzt auf die Diskussion um die Emissionen von Dieselfahrzeugen zurückzuführen sein.

Die Zahl der neu zugelassenen Kraftäder ging um elf Prozent auf 6 703

zurück. Bei den Lastkraftwagen war ein Rückgang der Neuzulassungen um 0,2 Prozent auf 9 296 zu verzeichnen, bei den Zugmaschinen verringerte sich die Zulassungszahl um 2,3 Prozent auf 3 196. Insgesamt wurden von Januar bis September 2017 in Rheinland-Pfalz 120 343 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 0,4 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum 2016. Für Deutschland ergab sich hingegen ein Plus von 1,4 Prozent.

Die Zahl der Besitzumschreibungen gebrauchter Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent auf 308 907. Dagegen wechselten drei Prozent mehr Lastkraftwagen den Besitzer. Auch bei den Umschreibungen von Zugmaschinen war ein Plus von 5,3 Prozent und bei den Kraftträdern ein Zuwachs um 4,1 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wechselten 355 644 Kraftfahrzeuge ihre Besit-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis September 2014–2017 nach Kraftstoffarten



zer, das waren 0,1 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2016 (Deutschland: –1,1 Prozent).

Zahl der Verkehrstoten steigt im September weiter an

Von Januar bis September 2017 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen insgesamt 142 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Dies

waren 27 Todesopfer mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

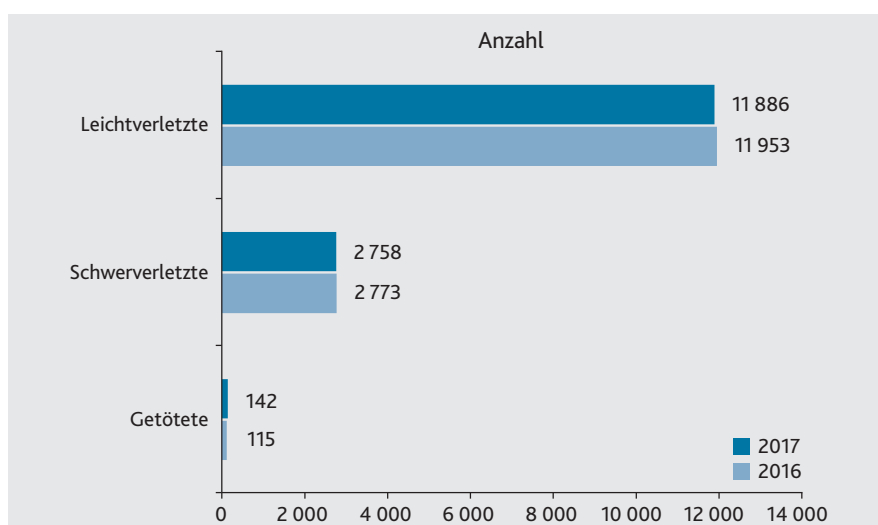
Allein im September kamen bei Verkehrsunfällen 26 Menschen ums Leben, neun mehr als im September des vergangenen Jahres.

Die Zahl der Schwerverletzten sank im Zeitraum Januar bis September 2017 gegenüber den ersten neun

Monaten des Vorjahres nur leicht um 0,5 Prozent auf 2 758, die der Leichtverletzten um 0,6 Prozent auf 11 886.

Insgesamt registrierte die Polizei in diesem Jahr von Januar bis September 108 157 Straßenverkehrsunfälle und damit 2,6 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Darunter waren 96 782 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden. Dies waren drei Prozent mehr als im Vorjahr.

Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis September 2016 und 2017



Gewerbesteuer: Große regionale Spannweite bei der Ertragskraft der Betriebe

Die Gewerbebetriebe in der Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Mainz-Bingen verfügen – gemessen am Durchschnitt der den Gebiets-einheiten zuzurechnenden Gewerbesteuerermessbeträge und der Zerlegungsanteile – über die mit Abstand größte Ertragskraft. Das ergibt die Auswertung der Gewerbesteuerstatistik für das Jahr 2013. In Ludwigshafen

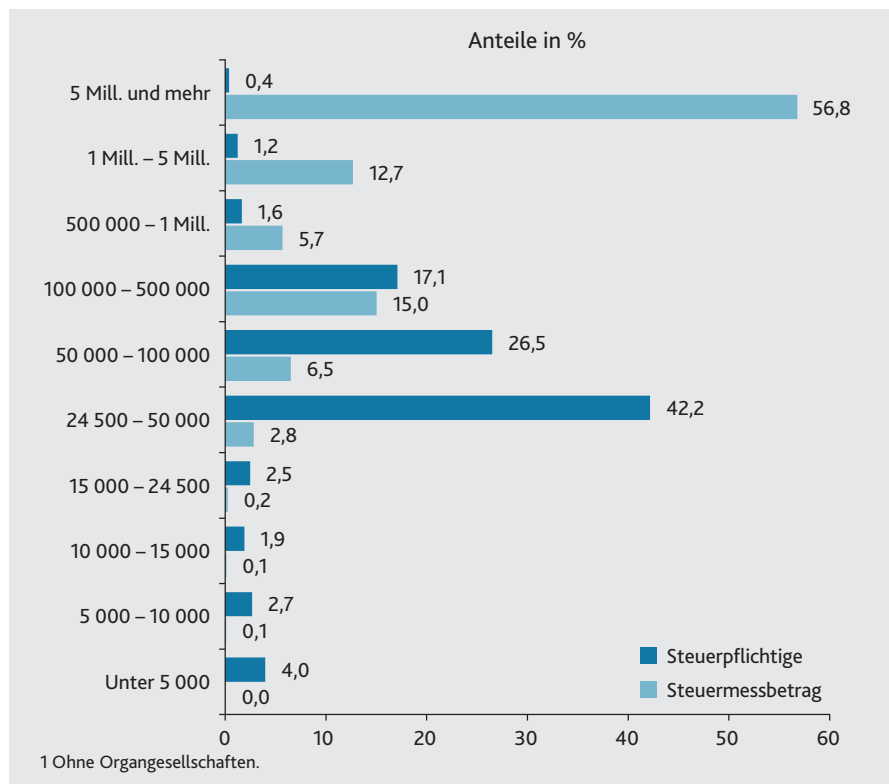
betrug die Ertragskraft je Betriebsstätte 7 437 Euro, in Mainz-Bingen 6 742 Euro. Demgegenüber erreichte sie im Landkreis Kusel 901 Euro. Der Landesdurchschnitt lag bei 2 458 Euro.

Die meisten Gewerbebetriebe bzw. Betriebsstätten befanden sich im Jahr 2013 im Westerwaldkreis (10 842), in der Landeshauptstadt Mainz (9 893) und im Landkreis Mainz-Bingen (9 100), die wenigsten in den kreisfreien Städten Frankenthal (1 732) und Zweibrücken (1 556).

Die tatsächliche Höhe der Gewerbesteuerfestsetzungen wird durch den Hebesatz der Gemeinde bzw. Stadt bestimmt. Die Spannweite der Hebesätze der kreisfreien Städte lag zwischen 375 Prozent in Ludwigshafen und 440 Prozent in Mainz, die gewogenen durchschnittlichen Hebesätze der kreisangehörigen Kommunen reichten von 341 Prozent im Landkreis Mainz-Bingen bis 380 Prozent im Landkreis Bad Kreuznach. Bei den durch einfache Multiplikation prognostizierten Gewerbesteuerfestsetzungen lag der Landkreis Mainz-Bingen mit rund 209 Millionen Euro an der Spitze, die niedrigsten Festsetzungen errechneten sich für den Landkreis Kusel (8,3 Millionen Euro).

Maßgebend für die regionale Zuordnung der Gewerbesteuerfestsetzungen ist der Sitz der einzelnen Betriebsstätte. Bei Unternehmen mit mehreren Betriebsstätten ist der Steuermessbetrag in die Anteile zu zerlegen, die auf die einzelnen Gemeinden entfallen (sogenannte Zerlegungsanteile).

Gewerbesteuerpflichtige¹ mit positivem Steuermessbetrag und deren Steuermessbetrag 2013 nach Größenklassen des Gewerbeertrags



Die rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung hat im Jahr 2013 Steuermessbeträge für insgesamt 150 645 Gewerbebetriebe festgesetzt. Das waren 2,5 Prozent mehr Festsetzungen als für das Jahr 2012. Die Höhe der festgesetzten Steuermessbeträge sank im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um ein Prozent auf rund 449 Millionen Euro. Der abgerundete Gewerbeertrag, der ein Ausdruck der objektiven Ertragskraft ist und zugleich als Grundlage für die Ermittlung des Steuermessbetrages dient, stieg um 2,5 Prozent auf rund 12,7 Milliarden Euro. Er errechnet sich aus dem Gewinn aus Gewerbebetrieb.

Der Steuermessbetrag, eine Rechengröße, die als Steuerbemessungs-

grundlage für die Gewerbesteuer dient, kann entweder positiv oder gleich null sein. In mehr als der Hälfte der Fälle (56 Prozent), betrug der Steuermessbetrag null. Dies ist dann gegeben, wenn die Betriebe entweder Verluste erzielten oder wenn ihnen ausreichend hohe Freibeträge zustanden. In den restlichen Fällen ergab sich ein positiver Steuermessbetrag. Für 250 Steuerpflichtige mit positivem Steuermessbetrag errechnete sich ein abgerundeter Gewerbeertrag von jeweils fünf Millionen Euro und mehr. Auf diese 0,2 Prozent aller Steuerpflichtigen (bzw. 0,4 Prozent aller Steuerpflichtigen mit positivem Steuermessbetrag) entfielen insgesamt knapp 57 Prozent des gesamten Steuermessbetrages.

Die meisten Gewerbesteuerpflichtigen (59 Prozent) sind Einzelgewerbetreibende, und zwar insbesondere Einzelunternehmen. Der Großteil sowohl der Gewerbeerträge (49 Prozent) als auch der Steuermessbeträge (57 Prozent) entfiel dagegen auf die

Kapitalgesellschaften. Diese sind deutlich größer als Einzelunternehmen und generieren dadurch wesentlich höhere Gewinne als die Einzelgewerbetreibenden. Ferner können Kapitalgesellschaften im Gegensatz zu Einzelunternehmen keine Freibe-

träge in Anspruch nehmen. Aufgrund der vorgenannten Umstände fallen der Gewerbeertrag und infolgedessen auch der Steuermessbetrag der Kapitalgesellschaften deutlich höher aus.

Aus der amtlichen Statistik

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Freiwillige gesucht



Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz sucht freiwillige Haushalte für die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2018. Diese Erhebung findet im Turnus von fünf Jahren statt und liefert wichtige Erkenntnisse über die Lebenshaltungskosten, die Verbrauchsgewohnheiten und die Wohnsituation privater Haushalte.

Die Ergebnisse werden unter anderem für Regierungsberichte zur Familien- und Sozialpolitik – zum Beispiel für den Armuts- und Reichtumsbericht – sowie für die Sozialberichterstattung

der amtlichen Statistik verwendet. Außerdem sind sie eine wichtige Grundlage für die Berechnung der Inflationsrate und für die Festsetzung von Regelbedarfen in der Sozialgesetzgebung. „Die freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer leisten also einen wichtigen Beitrag zu belastbaren statistischen Informationen über die Einkommenssituation und das Verbrauchsverhalten der privaten Haushalte“, erklärt der Präsident des Statistischen Landesamtes, Marcel Hürter. „Zugleich gewinnen sie über das Führen der Haushaltsbücher Erkenntnisse über das eigene Ausgabeverhalten.“

Gesucht werden private Haushalte, die bestimmte Grunddaten sowie ihre Einnahmen und Ausgaben für ein Quartal in einem Haushaltsbuch aufzeichnen und dem Statistischen Landesamt für anonymisierte statistische Auswertungen zur Verfügung stellen.

Die Ergebnisse der EVS sollen ein realistisches Bild der Lebensverhältnisse in unserem Land zeigen. Daher müssen Haushalte aus allen Schichten und Gruppierungen vertreten sein.

Für die Mitwirkung bei der EVS 2018 erhält jeder Haushalt eine Prämie, die mindestens 100 Euro beträgt. Detaillierte Informationen gibt es im Internet unter www.evs2018.de. Wer mitmachen möchte, kann sich dort direkt online anmelden oder sich unter der kostenlosen Rufnummer 0800 3872003 bzw. per Mail (haushaltserhebungen@statistik.rlp.de) mit dem Statistischen Landesamt in Bad Ems in Verbindung setzen.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im November 2017

Die Teuerungsrate ist im November 2017 gestiegen. Der Verbraucherpreisindex lag 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Oktober hatte die Inflationsrate 1,3 Prozent betragen.

Die Energiepreise waren im November 2017 um 3,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Insbesondere Mineralölprodukte wurden deutlich teurer (+7,5 Prozent). So stiegen die Preise für Heizöl um 14 Prozent und die Kraftstoffpreise um 5,9 Prozent.

Die Nahrungsmittelpreise lagen im November mit einem Plus von 3,2 Prozent deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dazu trugen aufgrund ihrer großen Verbrauchsbedeutung insbesondere die Molkereiprodukte und Eier bei (+10 Prozent). Speisefette und -öle waren ebenfalls wesentlich teurer als

ein Jahr zuvor (+16 Prozent), allerdings hat der Preisanstieg etwas nachgelassen.

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im November bei 1,3 Prozent nach einem Prozent im Oktober.

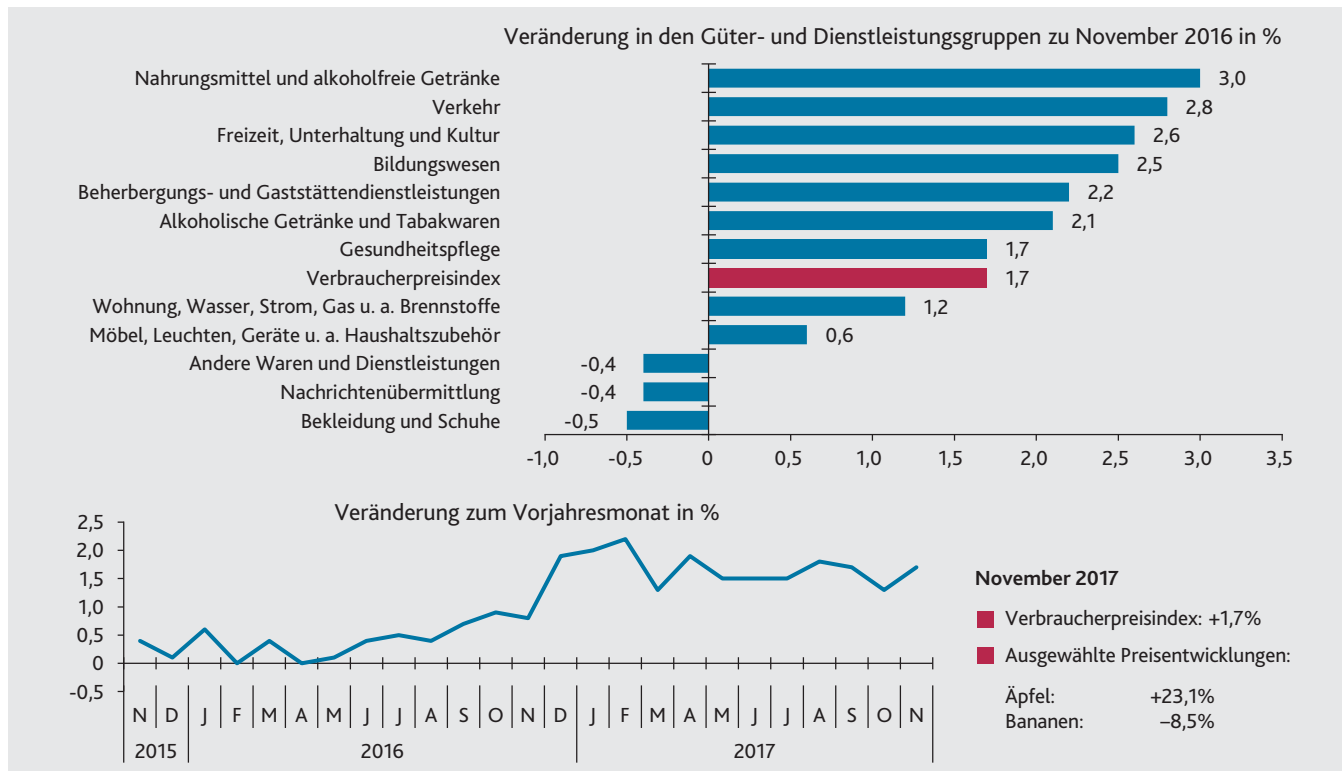
Durch die kräftige Steigerung der Nahrungsmittelpreise wies die Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ unter den zwölf Hauptgruppen die höchste Teuerungsrate auf (+3 Prozent). Es folgten die Hauptgruppen „Verkehr“ (+2,8 Prozent), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+2,6 Prozent) sowie „Bildungswesen“ (+2,5 Prozent). Preissenkungen gab es bei Bekleidung und Schuhen (–0,5 Prozent) sowie in den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ und „Andere Waren und Dienstleistungen“ (jeweils –0,4 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

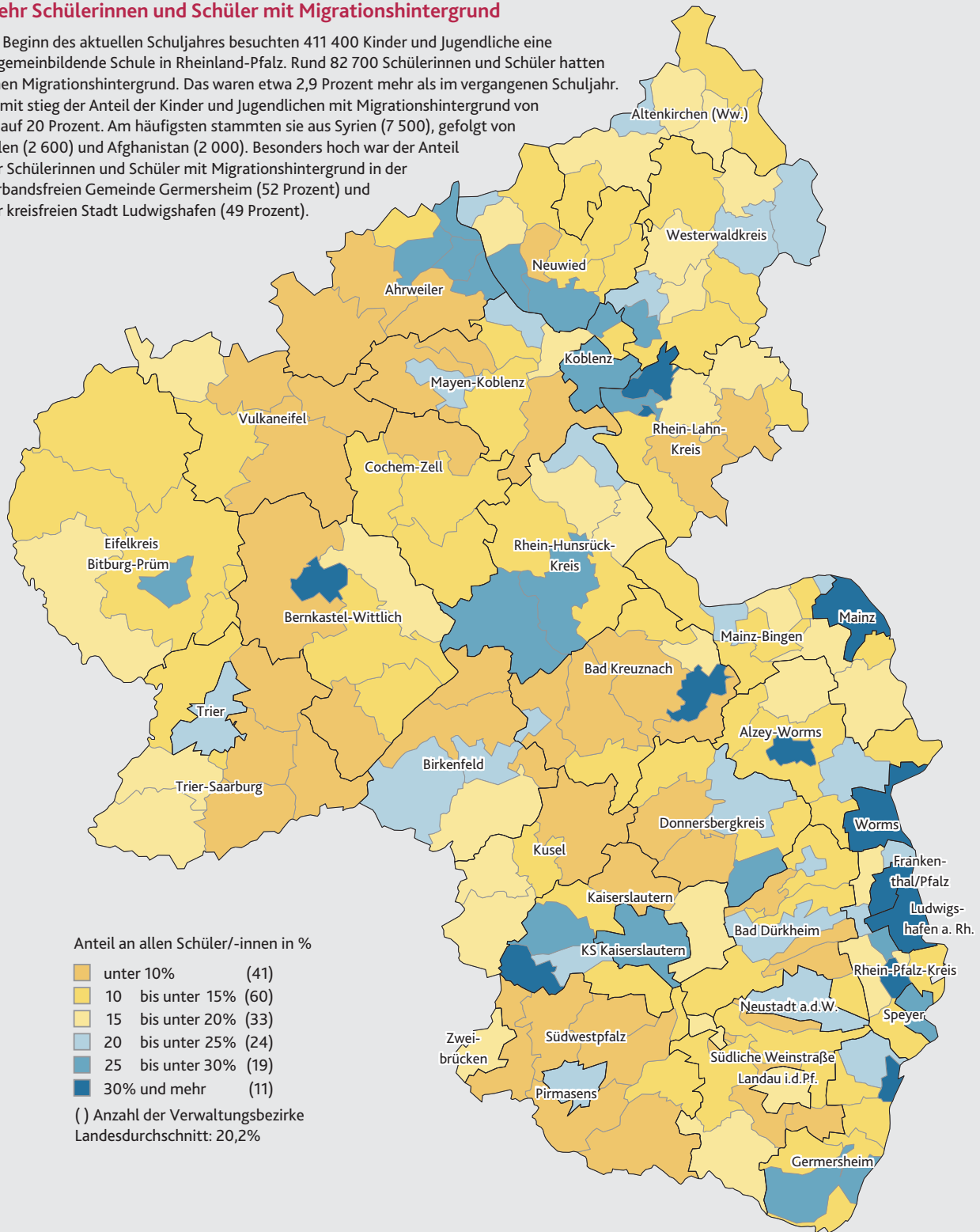
Verbraucherpreisindex im November 2017



Schüler/-innen mit Migrationshintergrund an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2017/18 nach Verwaltungsbezirken

Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Zu Beginn des aktuellen Schuljahres besuchten 411 400 Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Rund 82 700 Schülerinnen und Schüler hatten einen Migrationshintergrund. Das waren etwa 2,9 Prozent mehr als im vergangenen Schuljahr. Damit stieg der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 19 auf 20 Prozent. Am häufigsten stammten sie aus Syrien (7 500), gefolgt von Polen (2 600) und Afghanistan (2 000). Besonders hoch war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der verbandsfreien Gemeinde Gernersheim (52 Prozent) und der kreisfreien Stadt Ludwigshafen (49 Prozent).



Rheinland-Pfalz 2060

Pflegevorausberechnung



Von Thomas Kirschey

Die demografische Alterung der Gesellschaft wird Politik, Staat und Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger in den kommenden Jahrzehnten vor wachsende Herausforderungen stellen. Durch die demografische Alterung steigen nicht nur die Leistungen der erwerbstätigen Menschen an ältere, nicht mehr erwerbstätige Menschen. Sie lässt auch den Bedarf an seniorengerechter Infrastruktur, neuen Wohnformen sowie an Dienstleistungen und Einrichtungen zur Betreuung und Pflege älterer Menschen steigen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz im November 2017 mit der Statistischen Analyse „Rheinland-Pfalz 2060 – Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf (Basisjahr 2015)“ eine mittel- und langfristige Vorausberechnung der Pflegefallzahlen vorgestellt.

Analyse enthält
weiterführende
Informationen

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Pflegevorausberechnung dargestellt. Darüber hinaus beinhaltet die Statistische Analyse eine Beschreibung der Entwicklung der Zahl der älteren Menschen über 60 Jahren in der Vergangenheit und in der Zukunft. Zudem enthält die Analyse Erläuterungen zur Pflegestatistik sowie eine Kommentierung des Pflegebedarfs von 2005 bis 2015.

Demografische Grundlage: Mittlere Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung

Die Pflegevorausberechnung, in der von konstanten Pflegequoten ausgegangen wird, verdeutlicht die starke Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen allein aufgrund der demografischen Entwicklung. Nach der

mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung¹ sinkt die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz von 2015 bis 2035 um 178 900 Personen (–4,5 Prozent). Die Zahl der 60-Jährigen und Älteren steigt jedoch um etwa 297 000 Menschen (+26 Prozent). Im gesamten Projektionszeitraum von 2015 bis 2060 geht die Bevölkerungszahl um 653 200 Menschen zurück (–16 Prozent), während sich die Zahl der 60-Jährigen und Älteren um etwa 217 300 Menschen erhöht (+19 Prozent). Mit zunehmendem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, pflegebedürftig zu werden. Da der Großteil des Pflegebedarfs in den Altersgruppen ab 60 Jahren

Bevölkerungszahl sinkt
bis 2035 um
4,5 Prozent

1 Statistisches Landesamt: „Rheinland-Pfalz 2060 – Vierte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2013)“. Bad Ems 2015.

anfällt (88 Prozent im Jahr 2015), erfolgt die Vorausberechnung ausschließlich für diese Bevölkerungsgruppe.

Trotz Bevölkerungsrückgang erhöht sich die Zahl Pflegebedürftiger

Zahl der Pflegebedürftigen steigt bis 2035 um 39 Prozent

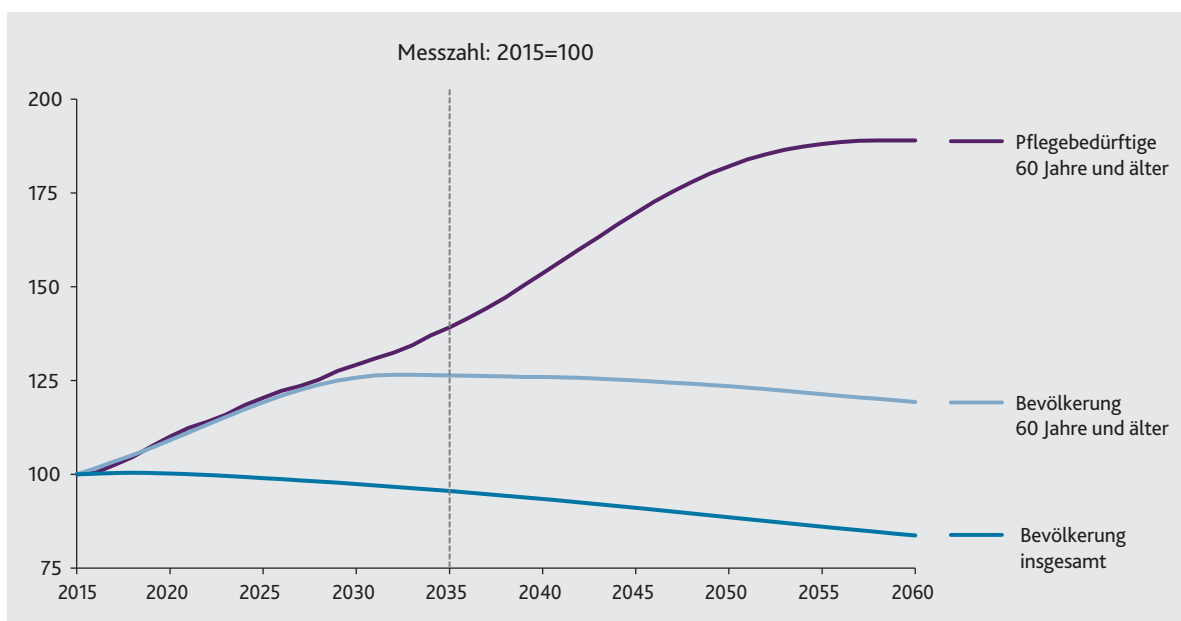
Sollten die Annahmen der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung und der Pflegevorausberechnung eintreffen, so ist bis 2035 ein Zuwachs der Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 60 Jahren und älter gegenüber 2015 um rund 45 600 Menschen zu erwarten (+39 Prozent). Bis 2060 könnte sich ein Anstieg um etwa 103 400 pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren ergeben (+89 Prozent). Damit wären mittelfristig mehr als elf Prozent der älteren Einwohnerinnen und Einwohner des Landes pflegebedürftig; langfristig wären es sogar mehr als 16 Prozent. Ende 2015 lag dieser Wert noch bei etwa zehn Prozent. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung steigt der Anteil an pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren

von heute 2,9 Prozent bis 2035 auf 4,2 Prozent und bis 2060 auf 6,5 Prozent.

Ab 2030 ist eine auffällige Entwicklung zu beobachten. Die Zahl älterer Menschen erreicht aller Voraussicht nach bereits Anfang 2030 ihren Höchststand und wird bis etwa 2050 nahezu stabil auf diesem Niveau bleiben. Danach kommt es auch bei der älteren Bevölkerung zu einem spürbaren Rückgang. Trotz der Annahme konstanter Pflegequoten steigt jedoch gleichzeitig die Zahl der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren nach 2030 weiter kräftig an, da es innerhalb der Altersgruppe „60 Jahre und älter“ selbst zu Verschiebungen der Altersstruktur kommt. Die „jungen Alten“ werden immer schwächer und die Hochbetagten dementsprechend immer stärker vertreten sein. In Verbindung mit der Tatsache, dass die Pflegewahrscheinlichkeit – vor allem im hohen Lebensalter – mit jedem Altersjahr signifikant steigt, nimmt die Zahl hilfsbedürftiger Menschen kräftig zu, trotz der gegenläufi-

Zahl der Pflegebedürftigen steigt über gesamten Projektionszeitraum

G 1 Bevölkerung und Pflegebedürftige 2015–2060



gen Entwicklung bei der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren. Erst zum Ende des Projektionszeitraums verharrt die Zahl der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren auf dem erreichten hohen Niveau.

Zahl hochbetagter Pflegebedürftiger steigt am stärksten

Zahl der 60- bis 70-jährigen Pflegebedürftigen steigt bis 2035 um neun Prozent

In der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen waren 2015 etwa 10 200 Menschen pflegebedürftig. In den kommenden Jahren ist mit einem Anstieg auf knapp 12 800 Pflegebedürftige zu rechnen, bevor die Zahl wieder sinkt. Dieser Extrempunkt wird den Modellrechnungen zufolge Ende der 2020er-Jahre

erreicht. Zehn Jahre später wird die Zahl der „jungen Alten“ in Pflegebedürftigkeit ungefähr auf dem Niveau von heute liegen. Am Ende des Projektionszeitraums dürften etwa 9 000 Seniorinnen und Senioren dieser Altersgruppe pflegebedürftig sein.

Die Zahl der pflegebedürftigen Frauen und Männer im Alter von 70 bis 80 Jahren wird in den nächsten Jahren zunächst von heute etwa 28 100 bis Anfang der 2020er-Jahre auf rund 23 700 sinken. Danach ist wieder ein kontinuierlicher Anstieg zu erwarten. Bezogen auf den gesamten Betrachtungszeitraum dürfte mit etwa 36 500 Pflegefällen dieses Alters Ende der 2030er-Jahre der

Zahl der 70- bis 80-jährigen Pflegebedürftigen steigt bis 2035 um 25 Prozent

Methodik der Pflegevorausberechnung

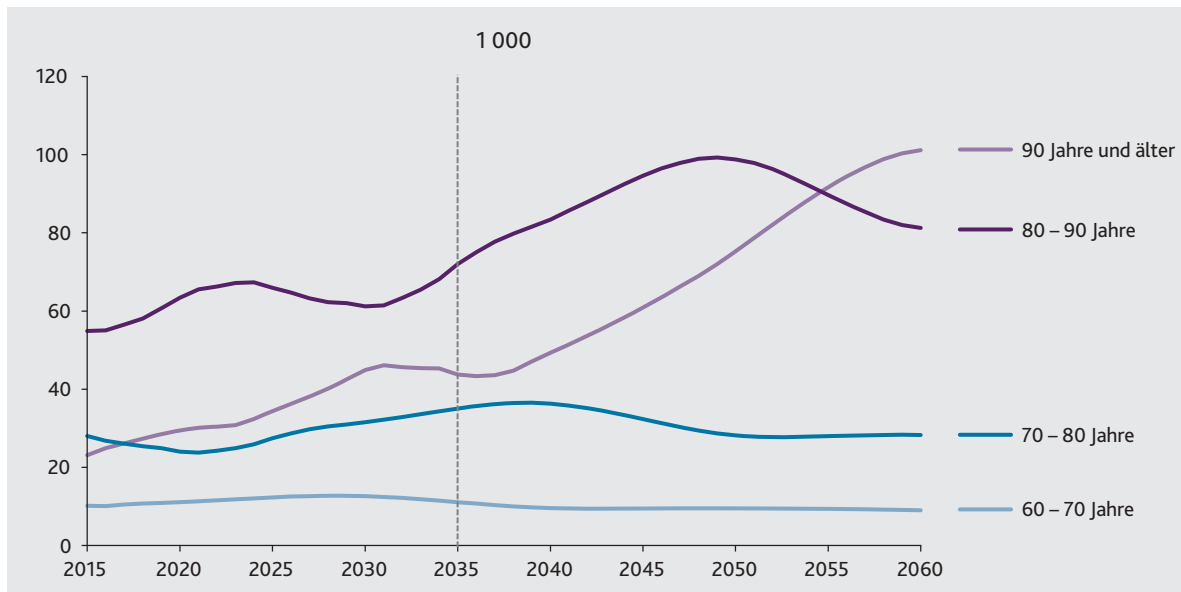
Als demografische Grundlage der Pflegevorausberechnung dient die mittlere Variante der vierten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes (Basisjahr 2013). Bezogen auf Rheinland-Pfalz wurden folgende Annahmen getroffen: Die Geburtenrate liegt bis 2060 konstant bei 1,4 Kindern je Frau. Die Lebenserwartung steigt bis 2060 für Frauen von 83 auf 89 Jahre und für Männer von 78 auf 85 Jahre. Der Wanderungsüberschuss liegt 2014 und 2015 bei 24 000 Personen; von 2016 bis 2021 geht er in der mittleren Variante auf 6 000 zurück und bleibt danach bis 2060 konstant.

Das Pflegerisiko wird mithilfe von Pflegequoten gemessen, die sich aus der in einem zweijährlichen Rhythmus durchgeführten Pflegestatistik ermitteln lassen. Für die Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung des Pflegebedarfs wurden auf der Grundlage der Pflegestatistiken 2011, 2013 und 2015 für die kreisfreien Städte und Landkreise durchschnittliche Pflegequoten berechnet. Dazu wurden die Berichtsjahre so gewichtet, dass das aktuelle Jahr mit einer höheren Bedeutung in die Vorausberechnung eingeht. Die Berechnung erfolgte getrennt nach Art der Pflegeleistung (ambulante und stationäre Pflege sowie ausschließlicher Empfang von Pflegegeld), untergliedert nach Fünf-Jahres-Altersgruppen und Geschlecht.

Bei der Vorausberechnung der zukünftigen Pflegefallzahlen werden die im Zeitverlauf konstant gehaltenen Pflegequoten auf die vorausberechnete Bevölkerung der mittleren Variante der Bevölkerungsvorausberechnung angewendet. Die Veränderung des künftigen Pflegebedarfs ergibt sich demnach allein durch die demografische Entwicklung. Da der Großteil des Pflegebedarfs in den Altersgruppen ab 60 Jahren anfällt (88 Prozent im Jahr 2015), erfolgt die Vorausberechnung ausschließlich für diese Bevölkerungsgruppe.

G 2

Pflegebedürftige 2015–2060 nach Altersgruppen



Höchststand erreicht werden. Am Ende des Projektionszeitraums wird ungefähr wieder das Niveau von 2015 erreicht sein.

Entwicklung von geburten-schwachen und geburten-starken Jahrgängen geprägt

Die Entwicklung in den beiden oberen Altersgruppen wird in ihrem Verlauf zunächst durch den geburten-schwachen Jahrgang 1945 bestimmt. Die Menschen dieses Alters sind von 2025 bis 2034 in der Altersgruppe der 80-bis 90-Jährigen. Ab dem Jahr 2035 zählen sie zu den 90-Jährigen und Älteren. Daher nimmt in beiden Altersgruppen die Zahl der Pflegebedürftigen in den entsprechenden Jahren zwischenzeitlich wieder ab. Der weitere Verlauf wird insbesondere durch die Gruppe der Babyboomer geprägt. Die Geburtsjahrgänge von 1954 bis 1967 verstärken im Zeitraum von 2034 bis 2047 die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter von 80 bis 90 Jahren. Ab 2044 erhöhen sie kontinuierlich die Zahl der 90-jährigen und älteren Pflegebedürftigen.

Die Zahl der pflegebedürftigen Frauen und Männer im Alter von 80 bis 90 Jahren steigt zunächst von heute etwa 54 900 bis Mitte

der 2020er-Jahre auf rund 67 400. Bis 2030 ist in dieser Altersgruppe ein zwischenzeitlicher Rückgang auf etwa 61 200 Pflegebedürftige zu erwarten. Der anschließende kontinuierliche Anstieg wird sich bis zum Höchstwert von fast 100 000 um das Jahr 2050 fortsetzen. Danach sinkt die Zahl wieder auf etwa 81 200 pflegebedürftige Menschen im Alter von 80 bis 90 Jahren.

Über den gesamten Projektionszeitraum kommt es bei den 90-Jährigen und Älteren zu einer Vervierfachung der Zahl der Pflegebedürftigen. Im Jahr 2015 waren 23 100 hochbetagte Menschen auf pflegerische Hilfe angewiesen. Nach dem zwischenzeitlichen Höchstwert von etwa 46 200 Anfang der 2030er-Jahre kommt es in den folgenden Jahren zu dem demografisch bedingten leichten Rückgang auf etwa 43 300 pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren. Danach steigt die Zahl kontinuierlich an. Langfristig könnten im Jahr 2060 mehr als 100 000 Menschen dieser Altersgruppe pflegebedürftig sein.

Zahl der 80-bis 90-jährigen Pflegebedürftigen steigt bis 2035 um 31 Prozent

Zahl der 90-jährigen und älteren Pflegebedürftigen steigt bis 2035 um 89 Prozent

Auch künftig mehr Frauen als Männer pflegebedürftig

Anteil der Frauen an den Pflegebedürftigen 2015 bei 67 Prozent

Im Jahr 2015 waren etwa 77 900 Frauen und 38 300 Männer im Alter von 60 Jahren und mehr pflegebedürftig. Mit einem Anteil von rund zwei Drittel spielen Frauen hinsichtlich des Pflegebedarfs eine wesentlich größere Rolle. Gründe hierfür sind, dass Frauen häufig die Pflege ihres Partners übernehmen, später im Falle der Pflegebedürftigkeit aber selbst auf Pflegehilfe angewiesen sind. Zudem leben Frauen im Schnitt länger als Männer. Die höheren, pflegeintensiveren Altersgruppen sind stärker mit weiblichen Personen besetzt.

Frauenanteil sinkt künftig leicht auf 64 Prozent

Diese Relation schwächt sich in der Zukunft leicht ab. Unter der Annahme konstanter Pflegequoten nach Altersgruppen und Geschlecht steigt die Zahl pflegebedürftiger Männer bis 2035 um rund 20 200 auf 58 500 (+53 Prozent). In diesem Zeitraum erhöht sich die Zahl pflegebedürftiger Frauen um 25 400 auf mehr als 103 300 (+33 Prozent). Damit sind etwa 64 Prozent der Pflegebedürftigen

weiblich. Bis zum Ende des Projektionszeitraums ändert sich dieses Verhältnis nicht. Bis 2060 könnte sich die Zahl pflegebedürftiger Männer gegenüber heute um rund 41 700 auf etwa 80 100 mehr als verdoppeln (+109 Prozent). Die Zahl pflegebedürftiger Frauen erhöht sich gegenüber 2015 langfristig um 61 700 auf etwa 139 700 (+79 Prozent).

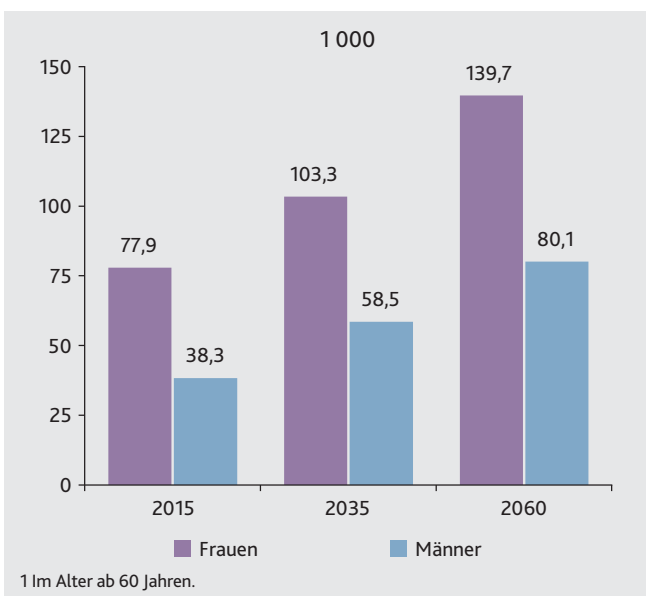
Stärkster Anstieg bei stationärer Pflege zu erwarten

Die Betrachtung der künftigen Entwicklung nach der Art der Versorgung zeigt, dass sich der erhöhte Pflegebedarf in allen drei Versorgungsarten niederschlagen wird. Mittelfristig steigt der Bedarf an stationärer Pflege prozentual am stärksten. Hier ist von einer Zunahme um 16 600 auf 50 800 Pflegebedürftige auszugehen (+49 Prozent). Beim ausschließlichen Empfang von Pflegegeld wird zwar eine geringere prozentuale Zunahme vorausgerechnet (+34 Prozent), aber dennoch legt die Zahl hier bis 2035 um etwa 18 700 auf 74 000 zu. In der ambulanten Pflege wird

Mittel- und langfristig steigt die Zahl stationär Pflegebedürftiger am stärksten

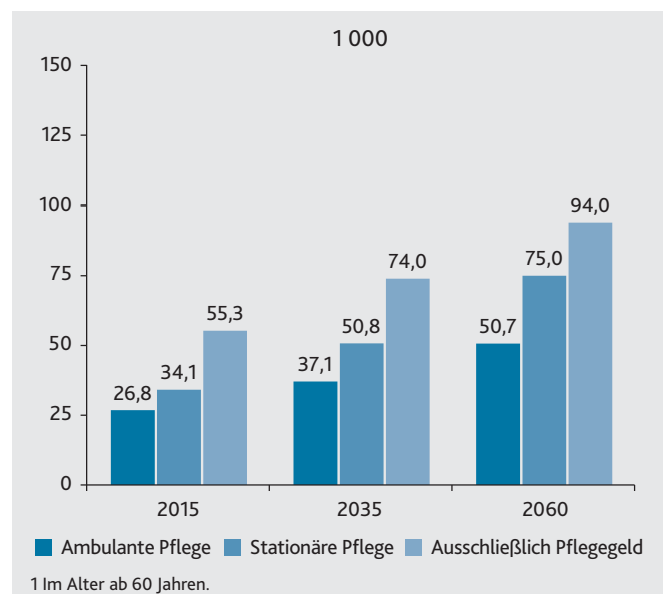
G 3

Pflegebedürftige¹ 2015–2060 nach Geschlecht

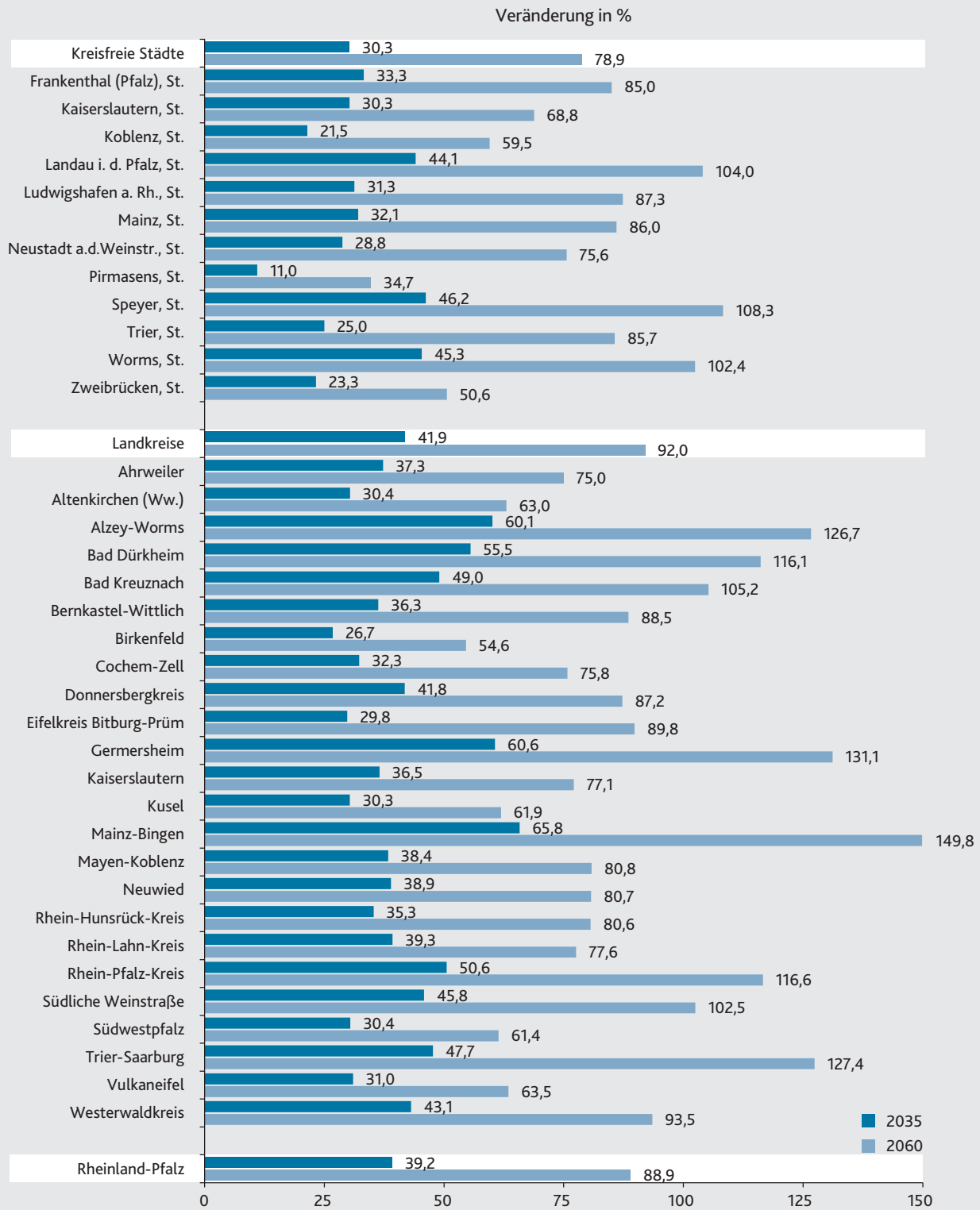


G 4

Pflegebedürftige¹ 2015–2060 nach Art der Pflegeleistung



G 5

Pflegebedürftige¹ 2015–2060 nach Verwaltungsbezirken

es nach der Pflegevorausberechnung mittelfristig mit 37 100 rund 10 300 ältere Menschen mehr geben als heute (+38 Prozent).

Auch langfristig ist der stärkste Anstieg bei der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen zu erwarten. Sie könnte bis 2060 um rund 40 900 auf 75 000 Menschen wachsen (+120 Prozent). Die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeld wird um rund 38 700 auf 94 000 steigen (+70 Prozent). Die ambulanten Pflegefallzahlen erhöhen sich um rund 23 800 auf etwa 50 700 (+89 Prozent).

Regionale Unterschiede auch beim künftigen Pflegebedarf

Stärkeres Wachstum in den Kreisen als in den Städten erwartet

In der regionalen Darstellung nach kreisfreien Städten und Landkreisen sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Unter den Annahmen der Pflegevorausberechnung führt die Bevölkerungsentwicklung bis 2060 in den Landkreisen zu einem stärkeren Zuwachs an pflegebedürftigen Menschen (+92 Prozent) als in den kreisfreien Städten (+79 Prozent). Bereits für den mittelfristigen Planungshorizont bis ins Jahr 2035 dürfte es einen Anstieg von 42 Prozent bei den Kreisen und von 30 Prozent bei den Städten geben.

Landkreise: Höchster Anstieg in Mainz-Bingen

Mittelfristig sind die höchsten Steigerungsraten in den Landkreisen Mainz-Bingen (+66 Prozent bzw. +2 900 Pflegebedürftige), Germersheim (+61 Prozent bzw. +1 800 Pflegebedürftige) sowie Alzey-Worms (+60 Prozent bzw. +1 800 Pflegebedürftige) zu erwarten. Die geringste Zunahme errechnet sich beim Vergleich der Kreise für den Landkreis Birkenfeld (+27 Prozent bzw. +700 Pflegebedürftige). Der Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie die Landkreise Kusel, Altenkirchen und Südwestpfalz kommen mittelfristig jeweils auf einen Anstieg von 30 Prozent.

Unter den kreisfreien Städten könnte es bis 2035 in Speyer (+46 Prozent bzw. +700 Pflegebedürftige), Worms (+45 Prozent bzw. +900 Pflegebedürftige) sowie Landau (+44 Prozent bzw. +600 Pflegebedürftige) zu den höchsten Steigerungsraten kommen. Die geringsten Veränderungsraten sind in Pirmasens (+11 Prozent bzw. +200 Pflegebedürftige) und Koblenz (+21 Prozent bzw. +800 Pflegebedürftige) zu erwarten.

Kreisfreie Städte: Höchster Anstieg in Speyer

Langfristig erhöht sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Alter ab 60 Jahren in allen Verwaltungsbezirken und Regionen weiter. Unter den Landkreisen ist unter den gegebenen Annahmen in Mainz-Bingen mit dem höchsten Wachstum des Pflegebedarfs gegenüber 2015 zu rechnen (+150 Prozent bzw. +6 600 Pflegebedürftige). Am geringsten dürfte der Anstieg in Birkenfeld ausfallen (+55 Prozent bzw. +1 500 Pflegebedürftige). Unter den kreisfreien Städten sind auch bis 2060 niedrigere Steigerungsraten zu erwarten. In Speyer könnte sich der Pflegebedarf mehr als verdoppeln (+108 Prozent bzw. +1 700 Pflegebedürftige). Die geringste Zunahme wird für Pirmasens berechnet (+35 Prozent bzw. +600 Pflegebedürftige). Zurückzuführen ist dies auf die rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl der 60-Jährigen und Älteren.

Bis 2060 könnte sich die Zahl Pflegebedürftiger in acht Kreisen und drei Städten mehr als verdoppeln

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat „Analysen, Auftragsarbeiten, FDZ“.

Rheinland-Pfalz 2060 – Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf

Diese und weitere interessante Informationen erhalten Sie in der Statistischen Analyse N° 44 „Rheinland-Pfalz 2060 – Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Pflegebedarf (Basisjahr 2015)“.

Die Broschüre kann zum Preis von 15 Euro bestellt werden bei: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems. E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Telefon: 02603 71-2450. Fax: 02603 194322.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/stat_analysen/pflege/rp2060-pflege.pdf zur Verfügung.



Vergleich des Gesundheitswesens für alle Bundesländer seit 2017 möglich



Von Melanie Nofz

Aufgrund der steigenden Lebenserwartung aber auch durch das wachsende Gesundheitsbewusstsein der Menschen nimmt die Bedeutung der Gesundheitswirtschaft zu. Mit dem „Gesundheitsmarkt“ auf Länderebene beschäftigt sich die Arbeitsgruppe der „Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder“. Seit dem Jahr 2017 können neben der Wertschöpfung und der Zahl der Erwerbstätigen auch die Gesundheitsausgaben und das Gesundheitspersonal aller Bundesländer dargestellt werden.

Arbeitsgruppe der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder

Arbeitsgruppe besteht seit acht Jahren

Die Arbeitsgruppe „Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ (AG GGRdL) wurde im Jahr 2009 gegründet. Acht Jahre später umfasst die Arbeitsgruppe, der Rheinland-Pfalz seit Beginn angehört, neben dem Statistischen Bundesamt die Statistischen Ämter von zwölf Ländern: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen. Die Federführung liegt bei dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen.

Die Arbeitsgruppe erstellt Rechenwerke, die über die Art und den Umfang der im Gesundheitswesen¹ erbrachten Leistungen (Gesund-

heitsausgabenrechnung), über die hierfür eingesetzten Personalressourcen (Gesundheitspersonalrechnung) sowie über die Bruttowertschöpfung und die Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft² (Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz) informieren.

Die Arbeitsgruppe führt die Gesundheitspersonalrechnung (GPR) bereits seit 2013

Info

Ausführlichere Informationen zu den Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen wie beispielsweise Definitionen und Methodik bietet die Internetseite der Arbeitsgruppe Gesundheitsökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AG GGRdL) unter www.ggrdl.de.

¹ Das Gesundheitswesen ist gemäß SHA (System of Health Accounts) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) abgegrenzt. Es ist nicht identisch mit Abteilung 86 der aktuellen Wirtschaftszweikklassifikation.

² Als Gesundheitswirtschaft wird die wirtschaftszweigbezogene Abgrenzung der AG GGRdL nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) verstanden.

Ergebnisse zur
Gesundheits-
wirtschaft und
zum Gesund-
heitswesen
ab 2008

und die Gesundheitsausgabenrechnung (GAR) seit 2014 durch. Ergebnisse aus diesen Arbeitsgebieten stehen derzeit für die Berichtsjahre 2008 bis 2015 zur Verfügung. Im vergangenen Jahr hat die Arbeitsgruppe erstmals Ergebnisse zum Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz (WSE) veröffentlicht. Für diese dritte Säule der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder liegen aktuell Ergebnisse für die Jahre 2008 bis 2016 vor.

Ergebnisse
für alle
Bundesländer

Die Arbeitsgruppe veröffentlicht bereits seit 2016 für alle 16 Bundesländer Ergebnisse zum Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz. Seit 2017 liegen auch bei der Gesundheitsausgaben- und der Gesundheitspersonalrechnung Ergebnisse für alle Bundesländer, d. h. auch für diejenigen, die nicht Mitglied der AG GGRdL sind, vor.

Drei Säulen der GGRdL

Gesundheits-
personal-
rechnung

Die Gesundheitspersonalrechnung weist die Zahl der Beschäftigten, die in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind, nach Einrichtungsarten aus. „Beschäftigte“ sind hier Beschäftigungsverhältnisse. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen zählen also mehrfach als Beschäftigte.³ Als Beschäftigte im Gesundheitswesen gelten Selbstständige, ohne Entgelt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Neben der Zahl des Gesundheitspersonals insgesamt werden in der Gesundheitspersonalrechnung auch die weiblichen Beschäftigten und die Vollzeitäquivalente für die verschiedenen Einrichtungsarten ermittelt.

³ Der Gesundheitspersonalrechnung liegt damit ein anderes Konzept zugrunde als der Erwerbstätigenrechnung, die Erwerbstätige mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen nur einmal erfasst.

Vollzeitäquivalente geben die Zahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an.

Die Gesundheitsausgabenrechnung bildet die Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern ab. Zu den Gesundheitsausgaben zählen alle Käufe von Waren und Dienstleistungen, die zum Zweck der Prävention, Behandlung, Rehabilitation und Pflege getätigt werden, die Kosten der Verwaltung sowie die Investitionen der Einrichtungen des Gesundheitswesens. Räumlich beziehen sich die Gesundheitsausgaben auf die Käufe der inländischen Bevölkerung. Die Gesundheitsausgabenrechnung erfasst nur die Transaktionen für die letzte Verwendung. Ein direkter Patientenbezug muss daher im Regelfall gegeben sein. Träger von Gesundheitsausgaben sind alle öffentlichen und privaten Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren.

Gesundheits-
ausgaben-
rechnung

Der Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz ermöglicht es, die wirtschaftlichen Tätigkeiten der wirtschaftlichen Einheiten, die in einem Wirtschaftsgebiet in der Gesundheitswirtschaft aktiv sind, für eine Berichtsperiode in den Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abzubilden.

Wertschöpfungs-
Erwerbs-
tätigen-Ansatz

Im Gegensatz zur Gesundheitsausgabenrechnung und zur Gesundheitspersonalrechnung wird beim Wertschöpfungs-Erwerbstätigen-Ansatz nicht das System of Health Accounts (SHA) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Abgrenzung der Gesundheitswirtschaft verwendet, sondern die WZ 2008. Dadurch harmonisieren die Daten mit den amtlichen Gesamtrechnungsergebnissen, sodass ein Vergleich der Gesundheitswirtschaft mit der Wertschöpfung und der Erwerbstätigkeit anderer Bereiche der Volkswirtschaft möglich ist.

Ü 1

Aufgabenfelder der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder

Gesundheits- ausgabenrechnung	Gesundheits- personalrechnung	Wertschöpfungs- Erwerbstätigen-Ansatz
Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern (z. B. Gesetzliche und Private Krankenversicherung, Soziale Pflegeversicherung, Private Haushalte)	Beschäftigungsverhältnisse in den verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens nach Einrich- tungsart (z. B. Krankenhäuser, Arztpraxen, Verwaltung)	Bruttowertschöpfung, Erwerbstätige und Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft
Ziele		
Schaffung eines umfassenden Informationsangebots zu den Kosten im Gesundheitswesen	Quantitative Beschreibung der im Gesundheitswesen angebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten	Darstellung des Anteils der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft
Zeitraum		
2008–2015	2008–2015	2008–2016

Die von der AG GGRdL abgegrenzte Gesundheitswirtschaft berücksichtigt solche Güter und Dienstleistungen, d. h. ihre Fertigung und Vermarktung, die der Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit dienen und die von den verschiedenen Ausgabenträgern im Gesundheitswesen ganz oder teilweise erstattet werden. Nicht zu der Gesundheitswirtschaft zählen privat finanzierte gesundheitsbezogene Waren und Dienstleistungen wie beispielsweise Produkte aus dem Wellness-Bereich.

Beschäftigung im Gesundheitswesen steigt

63 Beschäftigte
je 1 000 Ein-
wohnerinnen
und Einwohner

Im rheinland-pfälzischen Gesundheitswesen waren 2015 rund 256 000 Personen beschäftigt. Auf 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen bzw. Rheinland-Pfälzer kamen 63 Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Der größte Anteil der Beschäftigten im Gesundheitswesen (40 Prozent) arbeitete

in ambulanten Einrichtungen. Hier waren 25 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner tätig. Knapp die Hälfte der Beschäftigungsverhältnisse in ambulanten Einrichtungen bestanden in Arzt- oder Zahnarztpraxen (11,9 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).

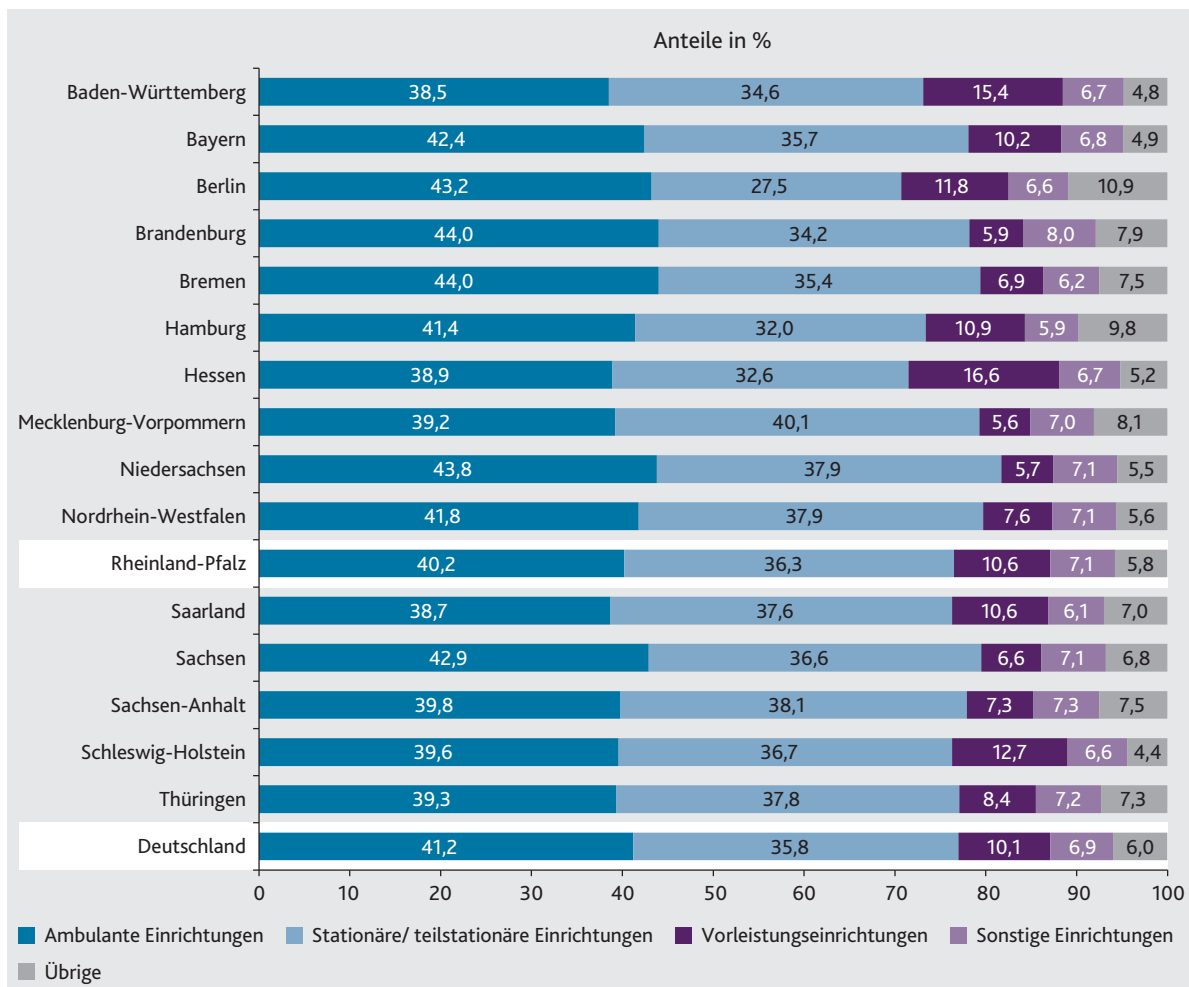
Auf den Bereich der stationären und teilstationären Einrichtungen entfielen 36 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse im Gesundheitswesen (23 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Mehr als die Hälfte dieser Beschäftigten waren in Krankenhäusern angestellt (14 Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).

Einen wesentlich geringeren Anteil hatten die übrigen Einrichtungsarten. Von ihnen besaßen die Vorleistungseinrichtungen, zu denen z. B. die pharmazeutische und medizintechnische Industrie gehören, mit knapp elf Prozent den höchsten Beschäftigtenan-

Größter
Arbeitgeber
sind die
ambulanten
Einrichtungen

G 1

Gesundheitspersonal 2015 nach Bundesländern und Art der Einrichtung



teil (sieben Beschäftigte je 1 000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner).

Ähnliche Verteilung des Gesundheitspersonals auf die Einrichtungstypen in den Bundesländern

Im Vergleich der Bundesländer verteilt sich das Gesundheitspersonal ähnlich auf die Einrichtungstypen. Außer in Mecklenburg-Vorpommern sind die ambulanten Einrichtungen die größten und die stationären sowie teilstationären Einrichtungen die zweitgrößten Arbeitgeber im Gesundheitswesen. In Mecklenburg-Vorpommern stehen die stationären und teilstationären Einrichtungen an erster und die ambulanten Einrichtungen an zweiter Stelle. Ein weiterer Unterschied zwischen den Bundesländern besteht darin, dass in

Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen nicht die Vorleistungseinrichtungen, sondern die sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens hinsichtlich der Beschäftigtenzahl auf dem dritten Platz lagen. Hierzu zählen diejenigen Einrichtungen des Gesundheitswesens, die keiner der definierten Einrichtungstypen zuzurechnen sind. In Sachsen-Anhalt beschäftigen beide Einrichtungstypen jeweils 7,3 Prozent des Gesundheitspersonals im Land.

Seit 2008 ist die Zahl des rheinland-pfälzischen Gesundheitspersonals um 33 100 Beschäftigte bzw. 15 Prozent gestiegen. Damit lag

Anzahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen steigt

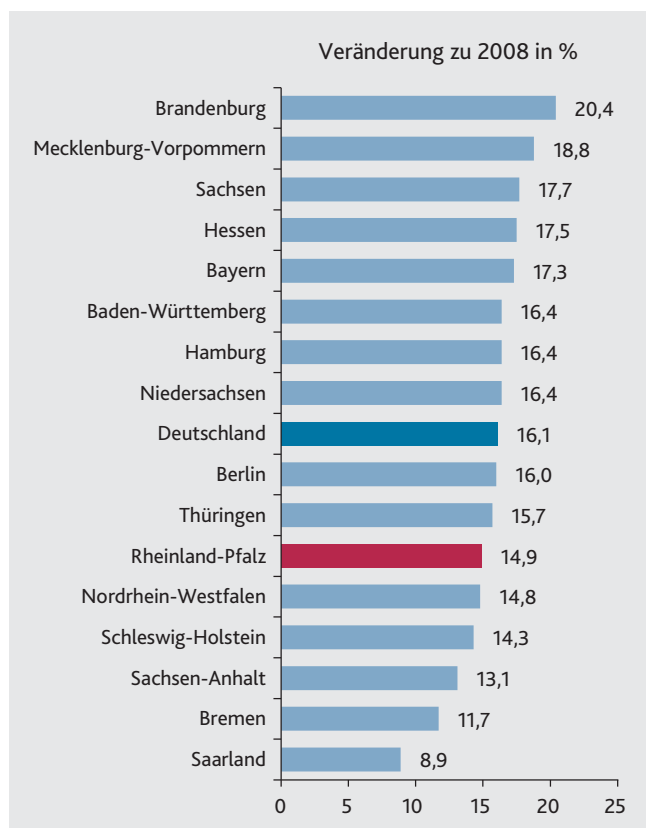
der Beschäftigtenzuwachs 1,2 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Die geringste mittelfristige Veränderung der Beschäftigung im Gesundheitswesen wies das Saarland mit einem Plus von 8,9 Prozent bzw. 6 000 Beschäftigten auf. Besonders kräftig stieg die Zahl des Gesundheitspersonals in Brandenburg (+20 Prozent bzw. +23 500 Beschäftigte).

Hoher Stellenwert der Teilzeitbeschäftigung

Die Darstellung der Vollzeitäquivalente macht Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung sichtbar. Im Jahr 2015 kamen in Rheinland-Pfalz auf 100 Beschäftigte 71,6 Vollzeitäquivalente. Damit lag das Land – gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen – auf dem vorletzten Platz. Niedersachsen wies mit 70,7 Vollzeitäquivalenten den niedrigsten Wert auf. Den geringsten Stellenwert hat die Teilzeitbeschäftigung in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt mit 76,4 sowie in Thüringen mit 76,3 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte.

G 2

Gesundheitspersonal 2015 nach Bundesländern



T 1

Gesundheitspersonal 2015 nach Bundesländern

Land	Insgesamt		Vollzeitäquivalente	Weibliche Beschäftigte
	1 000	je 1 000 Einwohner/-innen	%	
Baden-Württemberg	731,7	67,3	72,1	74,6
Bayern	843,3	65,7	72,0	76,3
Berlin	238,8	67,8	75,6	72,4
Brandenburg	138,8	55,8	75,0	79,1
Bremen	48,2	71,8	71,8	76,2
Hamburg	135,0	75,5	73,6	71,0
Hessen	412,0	66,7	73,3	72,3
Mecklenburg-Vorpommern	102,9	63,8	76,4	78,2
Niedersachsen	501,5	63,3	70,7	78,2
Nordrhein-Westfalen	1 129,8	63,2	71,6	75,9
Rheinland-Pfalz	256,0	63,2	71,6	76,0
Saarland	72,7	73,1	73,6	74,7
Sachsen	256,8	62,9	74,8	79,5
Sachsen-Anhalt	137,4	61,2	76,4	79,5
Schleswig-Holstein	193,5	67,7	72,4	74,6
Thüringen	135,6	62,4	76,3	78,0
Deutschland	5 333	64,9	72,7	75,8

Generell bestehen zwar geringe Unterschiede zwischen den Ländern. Allerdings besitzt die Teilzeitarbeit im Gesundheitswesen in den alten Bundesländern einen höheren Stellenwert als in den neuen Bundesländern: Keines der alten Länder (ohne Berlin) wies einen Wert von mehr als 74 Vollzeitäquivalenten je 100 Beschäftigte auf, wohingegen dieser Wert von keinem der neuen Bundesländer unterschritten wurde.

Die meisten Vollzeitäquivalente in der Verwaltung

Die Bedeutung der Teilzeitarbeit variiert zwischen den Einrichtungsarten. In der Verwaltung (85,5 Vollzeitäquivalente je 100 Beschäftigte) und in den Vorleistungseinrichtungen (85,3 Vollzeitäquivalente) gab es die meisten Vollzeitäquivalente in Rheinland-Pfalz. Am häufigsten wurde in den sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens in Teilzeit gearbeitet (64,8 Vollzeitäquivalente).

Mehr als drei Viertel des Gesundheitspersonals sind weiblich

Das Gesundheitswesen zeichnet sich durch einen hohen Anteil weiblichen Personals aus. Im Jahr 2015 waren gut drei Viertel der Beschäftigten in Gesundheitseinrichtungen Frauen. Damit lag das Land 0,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. In

Sachsen und Sachsen-Anhalt war der Anteil an weiblichen Beschäftigten im Gesundheitswesen mit 79,5 Prozent am höchsten und in Hamburg mit 71 Prozent am niedrigsten.

Die meisten weiblichen Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeiteten 2015 in den ambulanten (82 Prozent) und den stationären bzw. teilstationären Einrichtungen (80 Prozent). Hier waren vor allem in den Einrichtungen der ambulanten und der stationären wie auch teilstationären Pflege deutlich mehr weibliche als männliche Personen beschäftigt (89 bzw. 87 Prozent). Besonders gering war dagegen die Anzahl der Frauen im Rettungsdienst (32 Prozent).

Unterschiedlich hoher Frauenanteil in den Einrichtungsarten

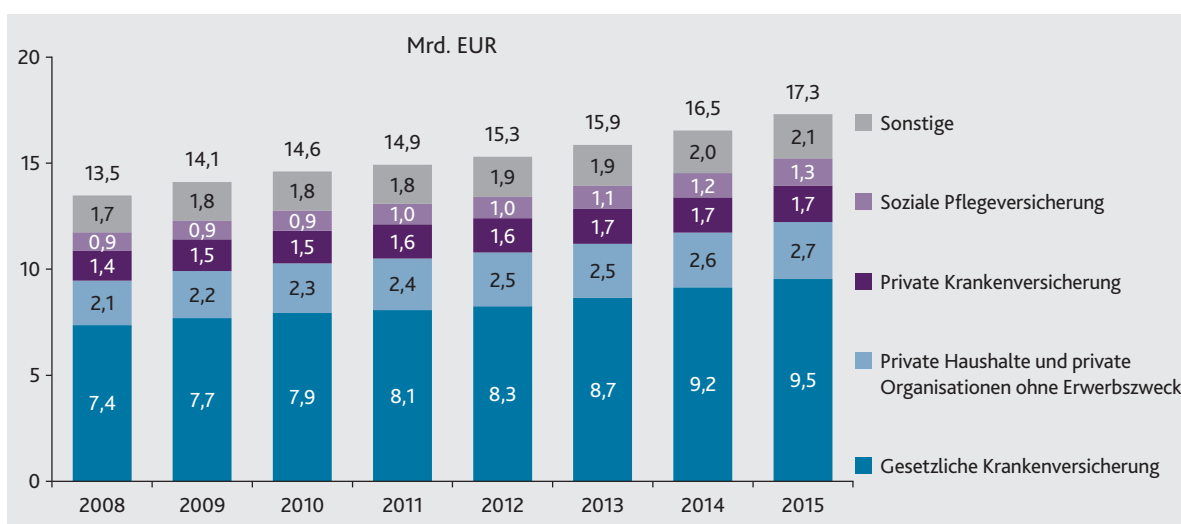
Gesundheitsausgaben von 4 300 Euro je Einwohnerin und Einwohner in Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen Gesundheitsausgaben beliefen sich 2015 auf 17,3 Milliarden Euro. Das sind 0,8 Milliarden Euro bzw. 4,6 Prozent mehr als 2014 (Deutschland: +4,5 Prozent). Mittelfristig erhöhten sich die Ausgaben im Gesundheitswesen um

17,3 Milliarden Euro für Gesundheit ausgegeben

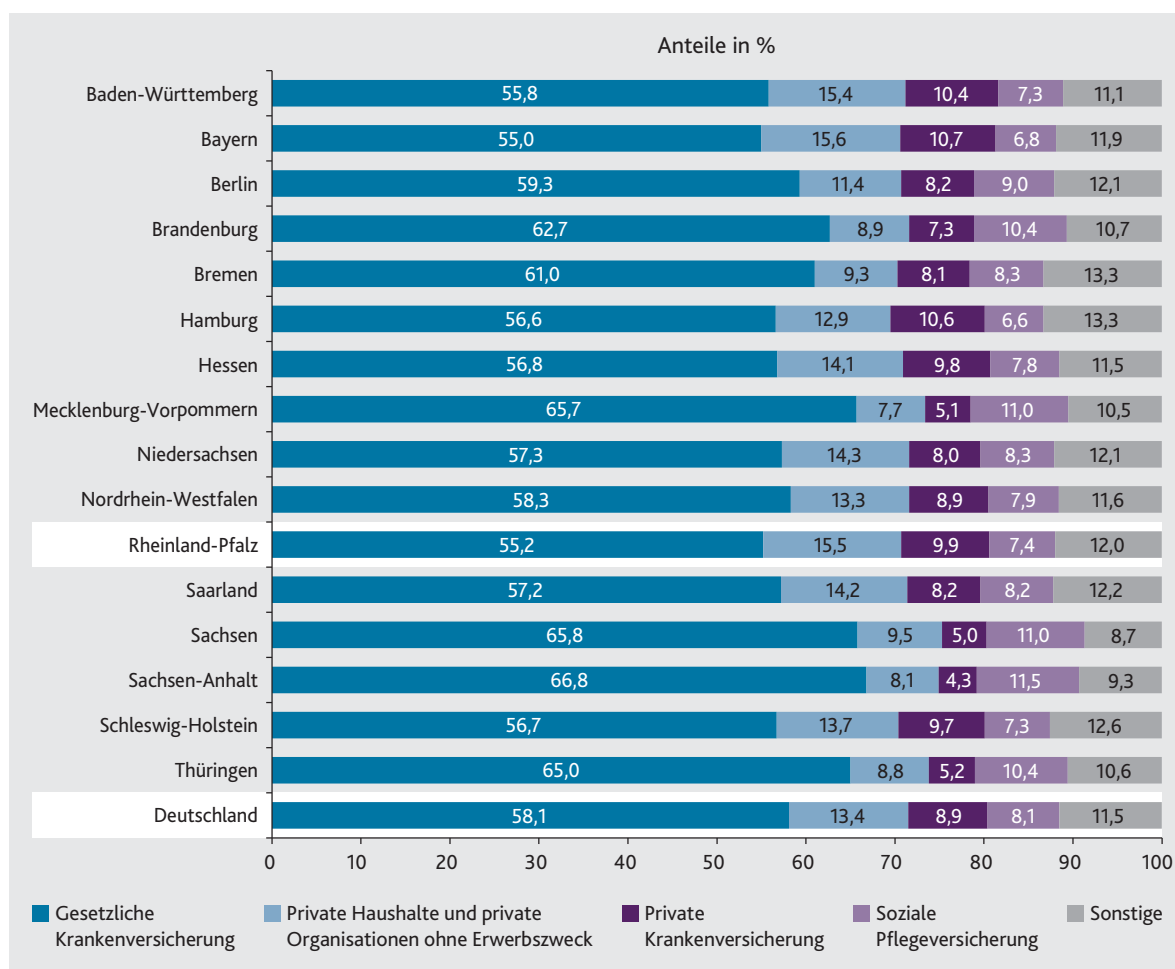
G 3

Gesundheitsausgaben 2008–2015 nach Ausgabenträgern



G 4

Gesundheitsausgaben 2015 nach Bundesländern und Ausgabenträgern



3,8 Milliarden bzw. 28 Prozent (Deutschland: +29 Prozent). Der Anstieg vollzog sich kontinuierlich, da die Ausgaben in jedem Jahr höher ausfielen als im jeweiligen Vorjahr.

Pro-Kopf-Ausgaben leicht über Durchschnitt

Auf jede Rheinland-Pfälerin bzw. jeden Rheinland-Pfälzer entfielen 2015 rechnerisch Gesundheitsausgaben in Höhe von 4 292 Euro. Die Pro-Kopf-Ausgaben lagen etwas über dem Bundesdurchschnitt, der sich auf 4 213 Euro belief. Die höchsten Ausgaben pro Kopf gab es in Brandenburg (4 483 Euro) und die niedrigsten in Bremen (3 794 Euro).

In allen Bundesländern tätigte die Gesetzliche Krankenversicherung mehr als die Hälfte

der Gesundheitsausgaben. In Rheinland-Pfalz beliefen sich die Pro-Kopf-Ausgaben dieses Ausgabenträgers auf 2 367 Euro. Das sind rund 500 Euro weniger als in Sachsen-Anhalt, wo dieser Ausgabenträger die meisten Ausgaben je Einwohnerin bzw. Einwohner tätigte. In Hamburg und in Baden-Württemberg gab die Gesetzliche Krankenversicherung am wenigsten aus (2 277 bzw. 2 279 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Gesetzliche Krankenversicherung ist wichtigster Ausgabenträger

Die zweitgrößten Ausgabenträger in Rheinland-Pfalz sind mit größerem Abstand die „Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“. Sie gaben 666 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner aus. Darunter

Privathaushalte als zweitwichtigster Ausgabenträger

T 2

Gesundheitsausgaben 2015 nach Bundesländern und Ausgabenträgern

Land	Insgesamt		Darunter			
			Gesetzliche Krankenversicherung	Private Haushalte ¹	Private Krankenversicherung	Soziale Pflegeversicherung
	Mill. EUR	EUR je Einwohner/-in				
Baden-Württemberg	44 138,1	4 088	2 279	628	425	298
Bayern	53 919,1	4 223	2 323	659	452	289
Berlin	14 850,6	4 249	2 519	484	348	384
Brandenburg	11 079,3	4 483	2 809	398	327	465
Bremen	2 529,3	3 794	2 313	354	307	316
Hamburg	7 147,2	4 026	2 277	518	426	267
Hessen	25 827,9	4 210	2 391	592	412	327
Mecklenburg-Vorpommern	6 905,3	4 300	2 824	332	217	474
Niedersachsen	33 473,1	4 250	2 435	608	342	354
Nordrhein-Westfalen	74 782,7	4 213	2 456	561	373	333
Rheinland-Pfalz	17 304,4	4 292	2 367	666	426	317
Saarland	4 357,6	4 391	2 511	622	359	359
Sachsen	17 139,0	4 211	2 770	399	212	464
Sachsen-Anhalt	9 720,8	4 339	2 898	350	187	497
Schleswig-Holstein	11 929,5	4 193	2 379	576	408	307
Thüringen	9 049,1	4 182	2 720	367	217	434
Deutschland	344 153	4 213	2 449	564	374	343

1 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

fallen beispielsweise Zuzahlungen von Privatpersonen bei Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Das war im Vergleich der Bundesländer der höchste Wert. Die niedrigsten Ausgaben dieses Ausgabenträgers verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern (332 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Ausgabenstruktur unterscheidet sich zwischen den Bundesländern

Unterschiede zwischen den Bundesländern bestehen im Vergleich der Ausgabenanteile der Ausgabenträger. In den anderen westlichen Bundesländern waren die „Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ wie in Rheinland-Pfalz der zweitwichtigste Ausgabenträger. In Bayern übernahmen sie knapp 16 Prozent und in Berlin gut elf Prozent der Gesundheitsausgaben. In Rheinland-Pfalz entfielen 15,5 Prozent der Gesundheitsausgaben auf die Privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Das Land

lag damit im Vergleich der Bundesländer an zweiter Stelle.

Die Ergebnisse der neuen Bundesländer weichen deutlich von den Ergebnissen der westlichen Länder ab. In diesen Ländern nahm jeweils die Soziale Pflegeversicherung mit Anteilswerten von gut zehn bis gut elf Prozent den zweiten Rang ein. Eine mögliche Ursache für diesen strukturellen Unterschied ist der teils höhere Altenquotient in diesen Ländern.⁴ Er ist Folge der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen aus diesen Ländern. Deshalb könnten weniger individuelle Gesundheitsleistungen durch die jüngere Bevölkerung und vergleichsweise mehr Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung durch die ältere Bevölkerung als in den alten Bundesländern nachgefragt worden sein.

Abweichungen durch strukturelle Unterschiede

⁴ Der Altenquotient bezieht die Zahl der 65-jährigen und älteren Personen auf 100 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

T 3

Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2016 nach Bundesländern

Land	Bruttowertschöpfung ¹		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätige/-n ²	Erwerbstätige	
	insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft		insgesamt	Anteil an der Gesamtwirtschaft
	Mrd. EUR	%	EUR	1 000	%
Baden-Württemberg	41,6	9,7	49 751	791,5	12,9
Bayern	41,1	8,0	45 767	896,8	12,1
Berlin	14,0	12,0	51 644	265,4	14,0
Brandenburg	6,4	10,4	42 248	152,4	13,8
Bremen	2,8	9,7	48 254	56,5	13,3
Hamburg	9,5	9,5	57 319	163,5	13,4
Hessen	26,4	10,9	58 957	446,2	13,2
Mecklenburg-Vorpommern	4,8	12,8	40 764	114,0	15,3
Niedersachsen	23,5	9,9	42 053	557,4	13,9
Nordrhein-Westfalen	59,5	9,9	45 481	1 278,0	13,8
Rheinland-Pfalz	14,2	11,3	48 859	290,7	14,5
Saarland	3,7	11,6	46 446	79,7	15,2
Sachsen	12,1	11,4	40 371	285,4	14,0
Sachsen-Anhalt	6,5	12,2	42 287	149,8	14,9
Schleswig-Holstein	11,2	13,9	51 767	214,8	15,6
Thüringen	6,6	12,1	43 409	147,8	14,1
Deutschland	283,9	10,1	47 295	5 889,8	13,5

1 In jeweiligen Preisen. – 2 Für das Berichtsjahr 2016 können keine Daten zur Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft je Erwerbstätige/-n ausgewiesen werden. Die Werte beziehen sich auf das Jahr 2015.

Gesundheitswirtschaft erbringt einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaftsleistung

Große Bedeutung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz

Knapp 290 700 Erwerbstätige erzielten 2016 in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft eine Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen von 14,2 Milliarden Euro. Das waren 15 Prozent der Erwerbstätigen und elf Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes. Preisbereinigt stagnierte die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr (Länderdurchschnitt: +2 Prozent), während die Gesamtwirtschaft um 1,5 Prozent zulegte. Demgegenüber wuchs die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Querschnittsbereich um 2,3 Prozent (Länderdurchschnitt: +2,3 Prozent; Gesamtwirtschaft: +0,7 Prozent). Dies entspricht einem Zuwachs von 6 600 Erwerbstätigen.

Im Ländervergleich variiert der Anteil der Gesundheitswirtschaft an der gesamten Wertschöpfung des entsprechenden Landes zwischen knapp 14 Prozent in Schleswig-Holstein und acht Prozent in Bayern. Rheinland-Pfalz lag mit gut elf Prozent an achter Stelle. Auch bei den Anteilen der Erwerbstätigen an der Gesamtwirtschaft markiert Schleswig-Holstein mit 16 Prozent den höchsten und Bayern mit zwölf Prozent den niedrigsten Wert. Rheinland-Pfalz befindet sich mit 15 Prozent an fünfter Stelle noch hinter Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland und Sachsen-Anhalt.

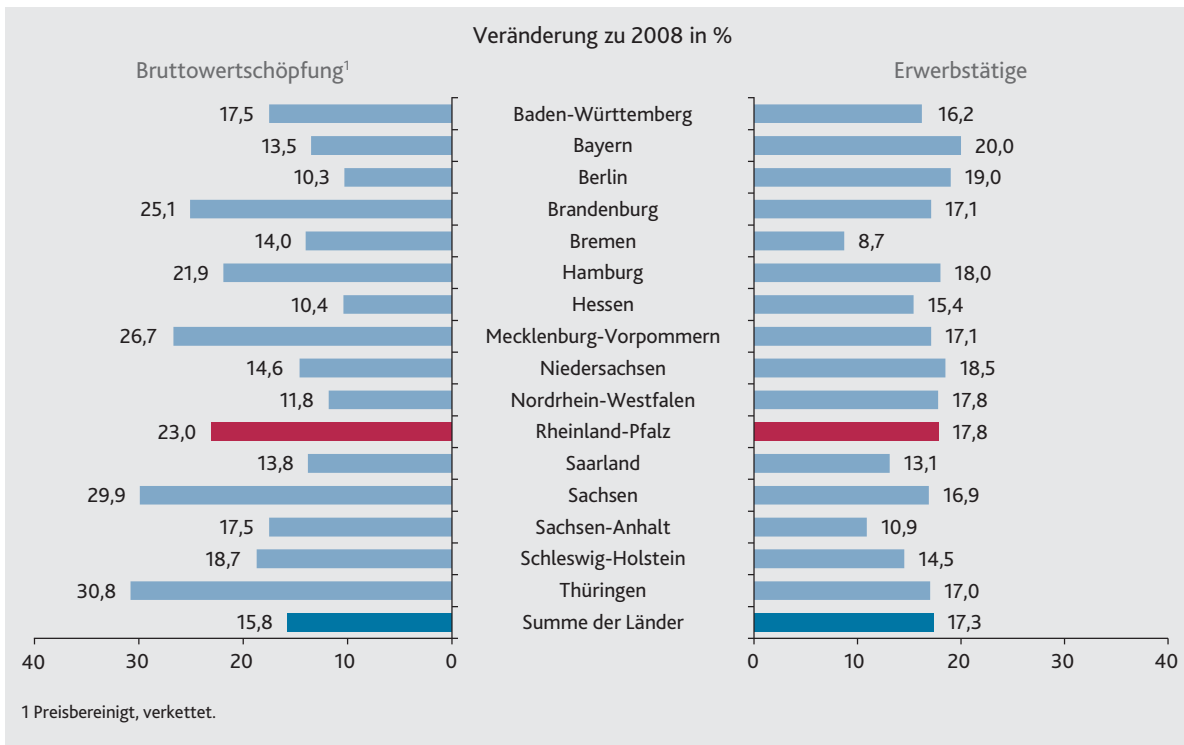
Unterschiede bestehen zwischen den Ländern

Je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen wurde 2015 in Rheinland-Pfalz eine Bruttowertschöpfung von 48 900 Euro erzielt (Länderdurchschnitt: 47 300 Euro).⁵ Der als Arbeits-

Arbeitsproduktivität überdurchschnittlich

⁵ Für das Berichtsjahr 2016 können keine Daten zur Bruttowertschöpfung der Gesundheitswirtschaft je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen ausgewiesen werden.

G 5

Bruttowertschöpfung und Erwerbstätige in der Gesundheitswirtschaft 2016
nach Bundesländern

produktivität bezeichnete Indikator lag damit deutlich unter dem Wert der Gesamtwirtschaft in Rheinland-Pfalz (61 400 Euro). Dabei ist allerdings zu beachten, dass die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität hierzulande stark durch einzelne hochproduktive Branchen des Verarbeitenden Gewerbes beeinflusst wird, etwa durch die Chemische Industrie und die Pharmaindustrie. Im Vergleich der Länder streuten die Werte der Arbeitsproduktivität in der Gesundheitswirtschaft zwischen 40 400 Euro in Sachsen und 59 000 Euro in Hessen.

Gesundheitswirtschaft wächst sehr dynamisch

In allen Ländern stieg die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gesundheitswirtschaft seit 2008 deutlich. In Rheinland-Pfalz nahm die preisbereinigte Bruttowertschöpfung um 23 Prozent zu (Länderdurchschnitt: 16 Prozent). Ihr Zuwachs war deutlich größer als

die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (+10 Prozent). Auch in den Jahren der Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 wuchs die rheinland-pfälzische Gesundheitswirtschaft stark (+9 Prozent), während die Gesamtwirtschaft um 0,4 Prozent abnahm. Die Gesundheitswirtschaft entwickelte sich bislang also relativ unabhängig von der Konjunktur.

Die Beschäftigung in der rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft legte seit 2008 um 18 Prozent bzw. 43 900 Erwerbstätige zu (Gesamtwirtschaft: +4,9 Prozent; Länderdurchschnitt: +17 Prozent). Im Vergleich der Länder entstanden die meisten neuen Arbeitsplätze in Bayern (+20 Prozent bzw. +149 400 Erwerbstätige). Bremen dagegen verzeichnete relativ wenige neue Arbeitsplätze (+8,7 Prozent bzw. 4 500 Erwerbstätige).

Überdurchschnittliches Wachstum der Erwerbstätigkeit

Der Wertschöpfungszuwachs wurde in Rheinland-Pfalz auch durch Produktivitätsfortschritte getragen. Die Arbeitsproduktivität stieg zwischen 2008 und 2015 preisbereinigt um knapp sieben Prozent. In einigen Ländern sank die Produktivität im Betrachtungszeitraum, am stärksten in Berlin (–7,5 Prozent). In der Folge war die länderdurchschnittliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität rückläufig (–1 Prozent).

Fazit

Wachsende
Heraus-
forderungen

Im Länderdurchschnitt steigen die Gesundheitsausgaben, nimmt das Personal im Gesundheitswesen zu und wachsen Wertschöpfung sowie Erwerbstätigkeit in der Gesundheitswirtschaft. Damit einher gehen wachsende Herausforderungen bei der Finanzierung des Gesundheitssystems.

Nachdem die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen der Länder im vergangenen Jahr durch die Berechnungen zur Wertschöpfung und zu den Erwerbstätigen vervollständigt wurden, konnten im laufenden Jahr die Ausgaben und die Beschäftigten im Gesundheitswesen für alle Bundesländer berechnet werden. Nun ist es möglich, die Gesundheitswirtschaft und das Gesundheitswesen deutschlandweit zu beobachten, zu analysieren und länderübergreifend zu vergleichen.

Melanie Nofz, Diplom-Volkswirtin,
ist Referentin im Referat „Analysen,
Auftragsarbeiten, FDZ“.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Teil II: Ausgewählte Aspekte aus den Bereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“

Von Simone Emmerichs, Diane Dammers, Dr. Annette Illy

„Zusammen sind wir Deutschland“ – unter diesem Motto feierten die Länder der Bundesrepublik 2017 in Mainz das Fest zum Tag der Deutschen Einheit. Die „Einheit Deutschland“ besteht in unserem föderalen System aus 16 Bundesländern. Jedes Land hat seine Besonderheiten und seine Stärken – und jedes einzelne Land trägt in der solidarischen Gemeinschaft dazu bei, dass Deutschland mehr ist als die Summe seiner Teile. Mithilfe von statistischen Indikatoren können Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern aufgezeigt werden. Die ganze Vielfalt der Länder kann durch statistische Daten natürlich nicht abgebildet werden. Dennoch bieten sie eine Grundlage für einen fruchtbaren Vergleich der Länder untereinander und können eine wichtige Orientierung bei Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sein.

Mit der Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer dargestellt. In der Oktober-Ausgabe des Statistischen Monatshefts wurden Ergebnisse aus den Themenbereichen „Bevölkerung“, „Wohlstand und Soziales“ sowie „Gesundheit und Pflege“ veröffentlicht. In diesem Beitrag werden ausgewählte Ergebnisse aus den Bereichen „Wirtschaft“ und „Arbeitsmarkt“ vorgestellt.

Infolge der Globalisierung stehen heute nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsräume in einem verstärkten internationalen Wettbewerb. Vergleichende Untersuchungen von Strukturen und Entwicklungen geben Aufschluss über die Position von Regionen und Ländern in der Konkurrenz der Standorte und können so als Grundlage für politische und unternehmerische Entscheidungen dienen.

Fünfte Ausgabe
des Länder-
vergleichs

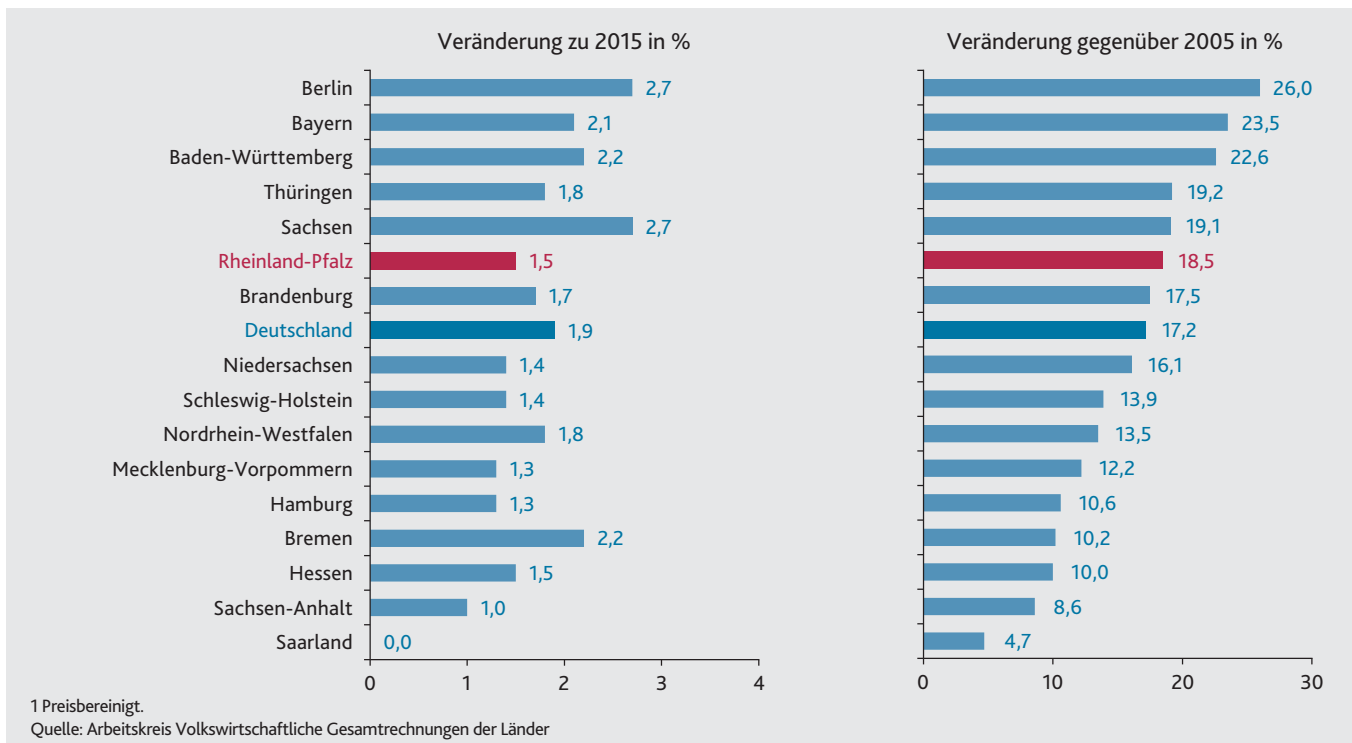
Das Statistische Landesamt hat 2017 bereits zum fünften Mal die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ herausgegeben. Gegenüber der Ausgabe aus dem Jahr 2013 wurden alle Themengebiete überarbeitet und auch zusätzliche Merkmale aufgenommen.

Bruttoinlandsprodukt steigt 2016 um 1,5 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 weiter gewachsen; allerdings hat das Wachstum im Vergleich zum außergewöhnlich kräftigen Anstieg im Vorjahr (+3,1 Prozent) an Schwung verloren. Preisbereinigt stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 1,5 Prozent, im Bundesdurchschnitt lag die Zuwachsrate bei 1,9 Prozent. Die Wachstumsimpulse kamen 2016 sowohl aus dem Produzierenden Gewerbe als auch aus dem Dienstleistungsbereich. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Bruttowertschöpfung preisbereinigt um 1,6 Prozent und im Baugewerbe um 1,7 Prozent zu (Deutschland: +1,9 bzw.

Nachlassendes
Wirtschafts-
wachstum

G 1

Bruttoinlandsprodukt¹ 2016


+2,8 Prozent). Die Bruttowertschöpfung der Dienstleister stieg preisbereinigt um 1,4 Prozent (Deutschland: +1,9 Prozent).

Langfristig überdurchschnittliches Wachstum

Seit 2005 nahm das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz mit +19 Prozent stärker zu als im Bundesdurchschnitt (+17 Prozent). Den höchsten Zuwachs verzeichnete Berlin (+26 Prozent), am schwächsten wuchs die Wirtschaft im Saarland (+4,7 Prozent). Zum langfristigen Wachstum trugen das Produzierende Gewerbe (+19 Prozent), darunter insbesondere das Verarbeitende Gewerbe (+20 Prozent), sowie die Dienstleistungsbe-
reiche (+19 Prozent) bei.

Arbeitsproduktivität seit 2005 nominal um 24 Prozent gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätige bzw. je Erwerbstätigen ist ein Maß für die

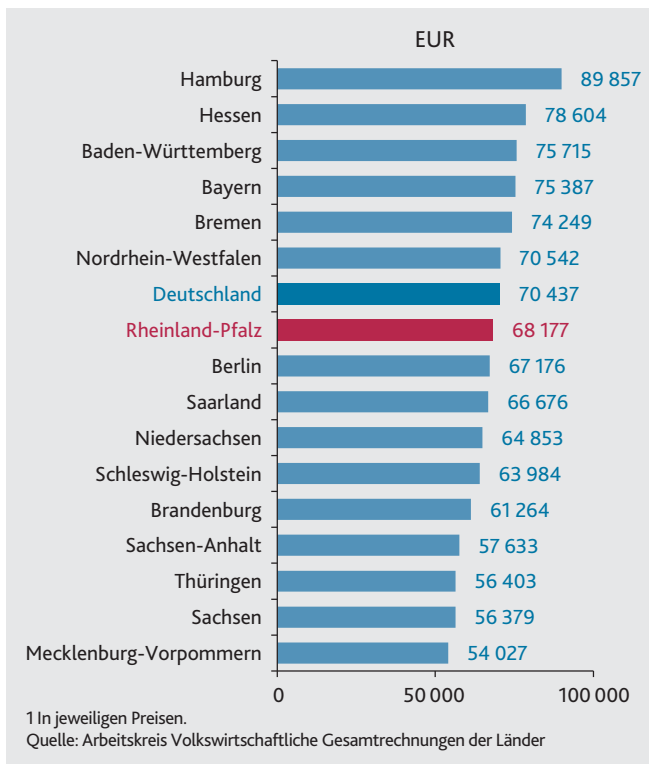
gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität. Im Jahr 2015 erwirtschaftete ein in Rheinland-Pfalz arbeitender Erwerbstätiger Waren und Dienstleistungen im Wert von durchschnittlich 68 177 Euro (Deutschland: 70 437 Euro). Damit stieg die Produktivität in jeweiligen Preisen im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent). Preisbereinigt errechnet sich ein Anstieg um 2,1 Prozent gegenüber 2014 (Deutschland: +0,8 Prozent). Mit Abstand am höchsten ist die Arbeitsproduktivität in Hamburg mit 89 857 Euro. Rheinland-Pfalz belegt im Ländervergleich Platz sieben.

Höchste Arbeitsproduktivität in Hamburg

Seit 2005 nahm die nominale Produktivität in Rheinland-Pfalz mit knapp +24 Prozent etwas stärker zu als in Deutschland (+20 Prozent). Der Deutschlandwert wird wesentlich von den neuen Bundesländern beeinflusst, die allesamt den Durchschnitt übertreffen.

Überdurchschnittlicher Anstieg gegenüber 2005

G 2

**Bruttoinlandsprodukt¹ je Erwerbstätige/-n
(Arbeitsproduktivität) 2015**


Während das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen in Rheinland-Pfalz mit +34 Prozent stärker als in Deutschland (+32 Prozent) stieg, erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl mit +8,8 Prozent weniger als im Bundesdurchschnitt (+9,5 Prozent).

**Überdurchschnittlicher Anteil
des Produzierenden Gewerbes**

Verarbeiten-
des Gewerbe
hat großes
Gewicht

In Rheinland-Pfalz hat das Produzierende Gewerbe immer noch einen relativ hohen Anteil an der Wertschöpfung; er lag 2016 bei 34 Prozent. Damit nimmt Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern hinter Baden-Württemberg, dem Saarland und Bayern den vierten Platz ein (Deutschland: 30 Prozent). Der höhere Anteil beruht in erster Linie auf dem Verarbeitenden Gewerbe (Rheinland-Pfalz: 26 Prozent; Deutschland: 23 Prozent). Auch der Wertschöpfungsanteil der Land-

und Forstwirtschaft ist in Rheinland-Pfalz mit 1,2 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt (0,6 Prozent).

Die Dienstleister tragen rund 64 Prozent zur gesamten Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei. Die meisten Bundesländer weisen höhere Anteilswerte auf, sodass der Durchschnittswert für Deutschland bei 69 Prozent liegt. Insbesondere der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ hat mit 22 Prozent in Rheinland-Pfalz ein deutlich geringeres Gewicht als in Deutschland mit 26 Prozent.

**Umsatzproduktivität der Industrie liegt
über dem Durchschnitt**

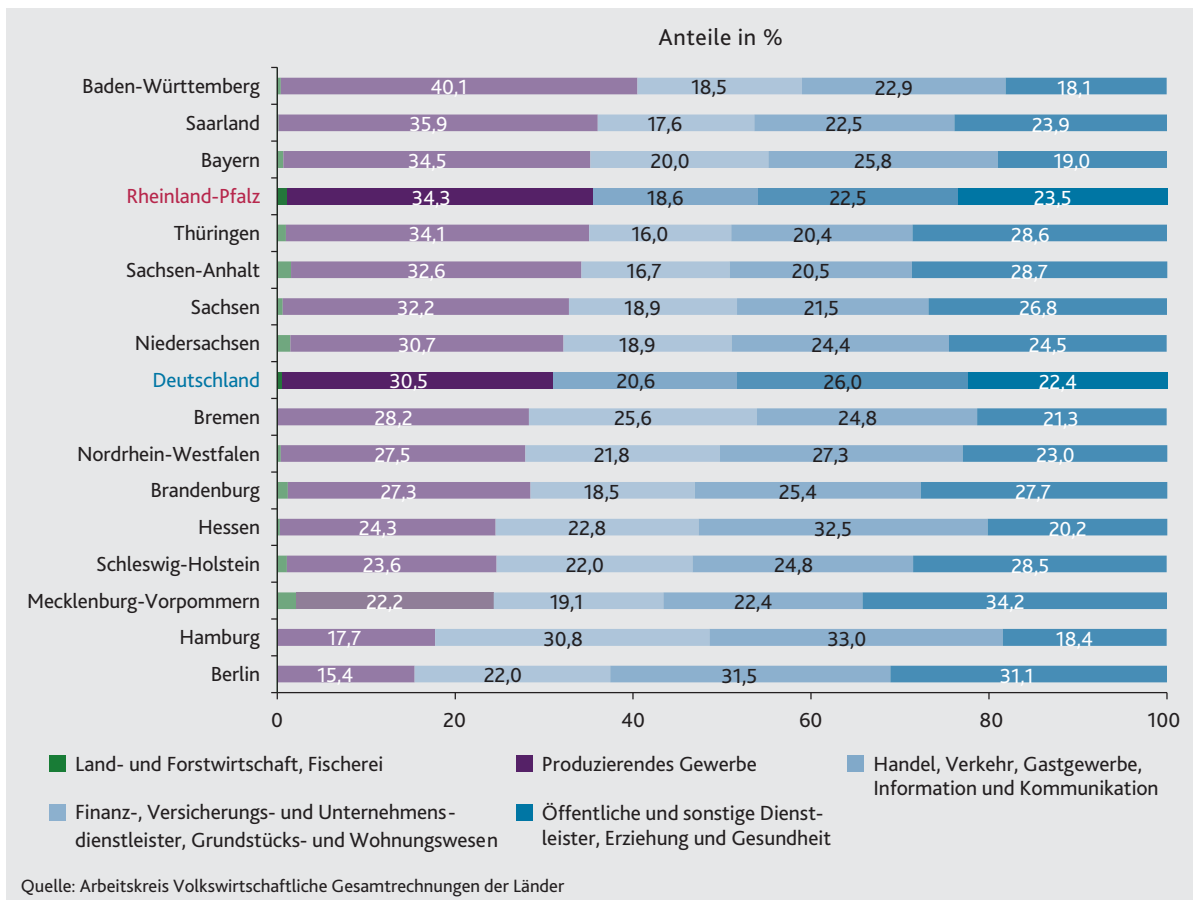
Die Umsatzproduktivität, also der Umsatz je Beschäftigte bzw. Beschäftigten, gilt als Indikator für die Effizienz des im Produktionsprozess eingesetzten Faktors Arbeit. Jede bzw. jeder Beschäftigte im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden erwirtschaftete 2016 im Durchschnitt einen Umsatz von 316 400 Euro. Im Bundesländervergleich belegte das Land Rang vier. Ein Grund für die vergleichsweise hohe Umsatzproduktivität ist der große Stellenwert der Chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz. In dieser Branche, die 2016 rund 28 Prozent zum Industrieumsatz des Landes beisteuerte, war die Produktivität mit 551 000 Euro je Beschäftigte bzw. Beschäftigten weit überdurchschnittlich. Die Spitzenstellung Hamburgs ist u. a. auf die Unternehmen der Mineralölverarbeitung zurückzuführen, die mit relativ geringer Beschäftigtenzahl hohe Umsätze erzielen.

Hoher Stellenwert der Chemischen Industrie beeinflusst Ergebnis

Die Umsatzproduktivität der rheinland-pfälzischen Industrie war 2016 um 25 Prozent höher als 2005. Der Anstieg lag deutlich

G 3

Bruttowertschöpfung 2016 nach Wirtschaftsbereichen



über dem Bundesdurchschnitt (+16 Prozent) und bedeutete Rang fünf im Ländervergleich.

Auslandsgeschäft macht mehr als die Hälfte der Industrieumsätze aus

Exportquote:
53 Prozent

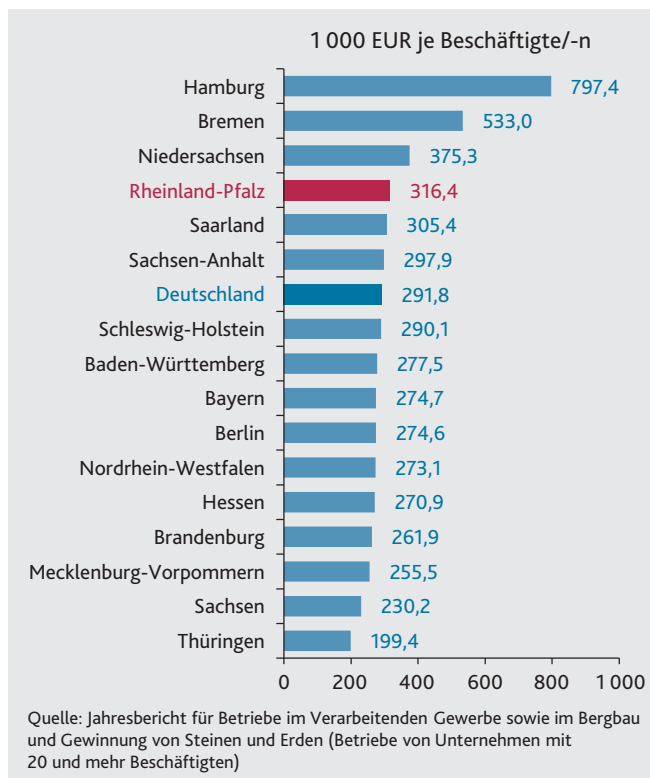
Der Export hat für die rheinland-pfälzische Industrie einen hohen Stellenwert. Die Unternehmen erzielen mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Im Jahr 2016 lag die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden bei gut 53 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (48 Prozent). Im Ländervergleich belegte Rheinland-Pfalz Rang vier. Unter den Flächenländern wies nur Baden-Württemberg eine höhere Exportquote auf. Die den rheinland-pfälzischen Export bestimmenden Branchen sind die Chemische Industrie, der Fahrzeugbau und der Maschinenbau. Dort entfallen mehr als 60 Prozent – in der Chemischen Industrie sogar 70 Prozent – der Erlöse auf das Auslandsgeschäft.

Die Handelsbeziehungen mit dem Ausland haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert. In fast allen Bundesländern ist die Exportquote gestiegen. In Rheinland-Pfalz war sie 2016 um 6,4 Prozentpunkte höher als 2005. Der Zuwachs lag im Ländervergleich etwas unter dem Durchschnitt; die deutsche Exportquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 7,1 Prozentpunkte.

Anstieg der Exportquote in fast allen Ländern

G 4

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2016



Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe unterdurchschnittlich

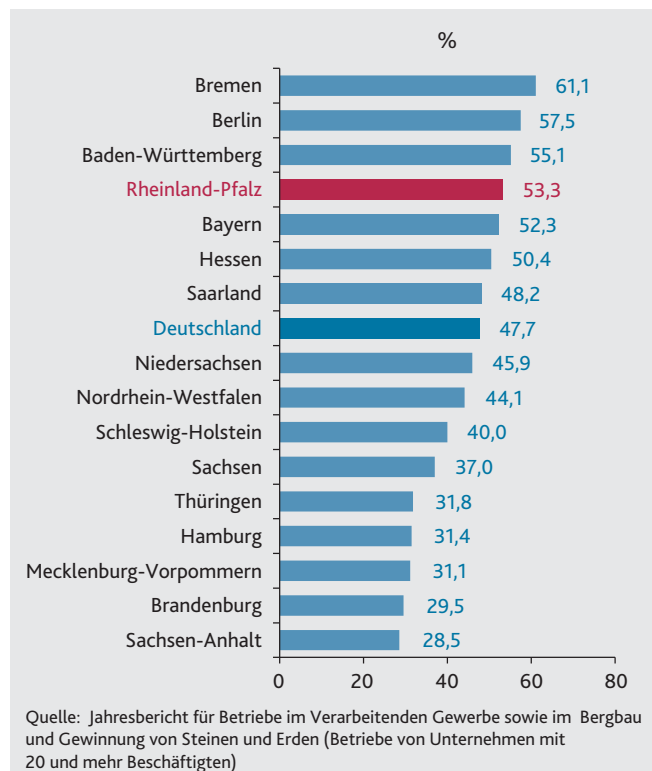
Große
Unterschiede
zwischen den
Ländern

Beim Umsatz je Beschäftigte bzw. je Beschäftigten im Bauhauptgewerbe besteht eine große Spannweite zwischen den Ländern. Die mit Abstand höchste Umsatzproduktivität weisen die Betriebe von Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten in Hamburg auf. Ihr Gesamtumsatz je Beschäftigte bzw. Beschäftigten lag 2016 bei 304 000 Euro. Am geringsten war die Produktivität dieser Betriebe in Sachsen-Anhalt mit 135 100 Euro. Rheinland-Pfalz belegte mit 164 100 Euro im Ländervergleich Rang neun.

Im Jahr 2016 war die Umsatzproduktivität im Bauhauptgewerbe in fast allen Bundesländern höher als 2005. Den größten Zuwachs gab es in Brandenburg (+49 Pro-

G 5

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2016



zent). Einem Umsatzplus von 37 Prozent stand ein Beschäftigungsrückgang um 7,7 Prozent gegenüber. Rheinland-Pfalz rangiert mit einer Produktivitätssteigerung um 25 Prozent im unteren Mittelfeld. Hier stieg sowohl der Umsatz (+38 Prozent) als auch die Beschäftigtenzahl (+10 Prozent). Nur in Bremen war die Umsatzproduktivität 2016 geringer als 2005 (–1 Prozent), weil die Beschäftigung stärker zunahm als die Erlöse.

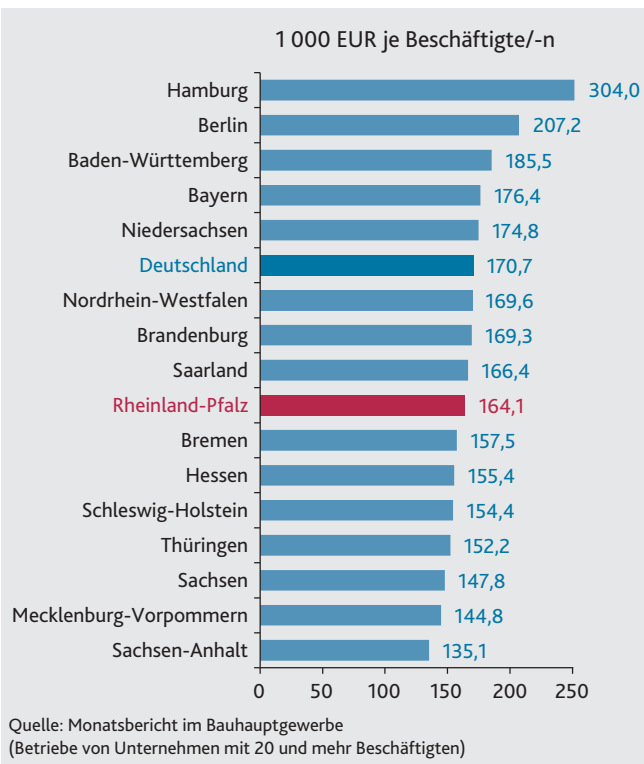
Weniger Gewerbeanmeldungen, Unternehmensinsolvenzen auf tiefstem Stand seit 1994

Die Gewerbeämter in Rheinland-Pfalz verzeichneten 2016 insgesamt 33 100 Gewerbeanmeldungen. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen damit 82 Gewerbeanmeldungen. Mit diesem Wert

33 100
Gewerbe-
anmeldungen

G 6

Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe 2016



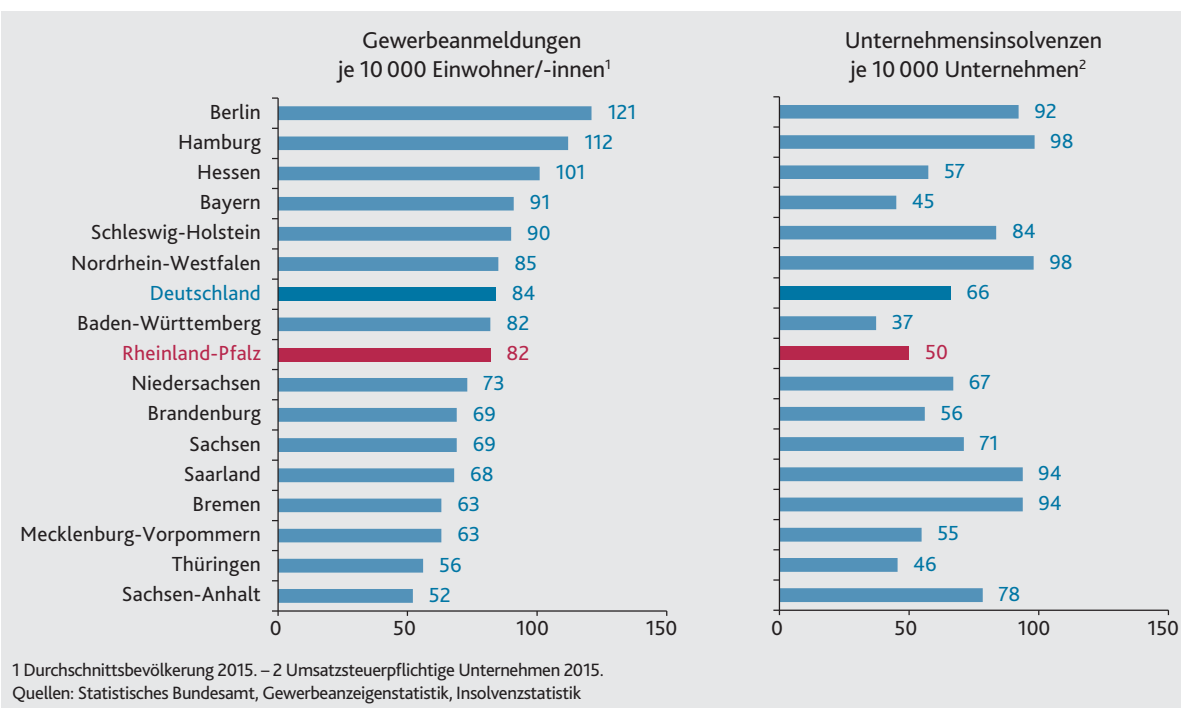
liegt Rheinland-Pfalz geringfügig unter dem bundesweiten Durchschnitt (84) und im Vergleich der Bundesländer gemeinsam mit Baden-Württemberg auf Rang sieben. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland insgesamt seit Jahren rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Rückgang um 5,3 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: –3 Prozent).

Im Jahr 2016 stellten 777 rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 14 Prozent und der geringste Wert seit 1994. Im Bundesdurchschnitt ging die Zahl der Insolvenzanträge um sieben Prozent zurück. Die Insolvenzquote – errechnet als die Zahl der Insolvenzfälle je 10 000 umsatzsteuerpflichtiger Unternehmen – lag 2016 mit 50 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (66). Im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz Platz vier.

777 Insolvenzanträge von Unternehmen

G 7

Gewerbeanmeldungen und Unternehmensinsolvenzen 2016



Rheinland-Pfalz bei der Gästeintensität auf Rang sieben

Die sogenannte Gästeintensität – die Zahl der Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner – dient als Maß für die Bedeutung des Tourismus in einer Region. Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 2 149 Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt. Damit lag das Land auf Platz sieben im Bundesländervergleich.

Spitzenplatz für
Mecklenburg-
Vorpommern

Mit großem Abstand an der Spitze stand Mecklenburg-Vorpommern mit 4 712 Gästen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, gefolgt von den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Am niedrigsten war die Gästeintensität im Saarland (1 029 Gästeankünfte je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

In allen Bundesländern war zwischen 2005 und 2016 ein Anstieg der Gästeintensität zu verzeichnen. Insbesondere die großen Städte zogen eine wachsende Zahl von Besucherinnen und Besuchern an. In Rheinland-Pfalz legte die Gästeintensität um 22 Prozent zu; dies war der schwächste Zuwachs unter den 16 Bundesländern.

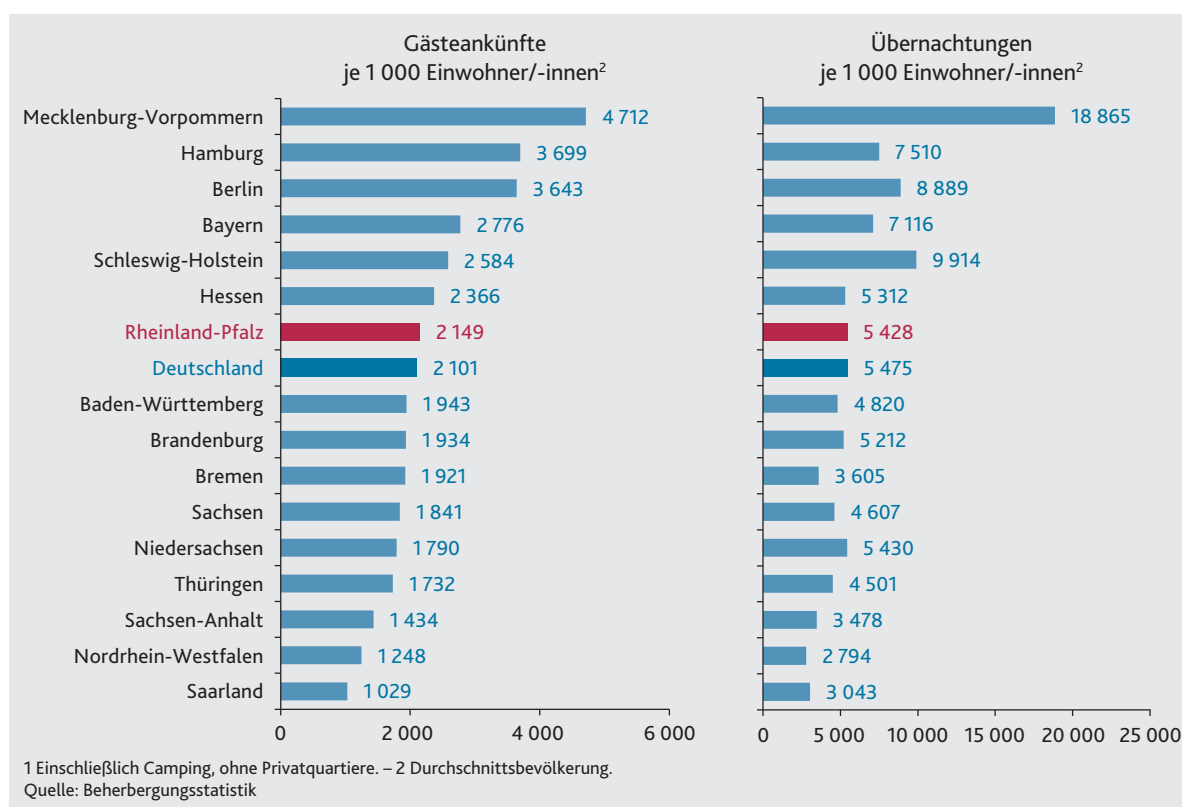
Anstieg in allen
Bundesländern

In Deutschland wurden 2016 rund 447 Millionen Gästeübernachtungen gezählt. Mit 21,9 Millionen Übernachtungen entfielen 4,9 Prozent auf Rheinland-Pfalz. Bei der Übernachtungsintensität ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge der Länder als bei der Gästeintensität. Mit 18 865 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner nahm Mecklenburg-Vorpommern den Spitzenplatz ein. Noch vor den

21,9 Millionen
Übernachtungen
in Rheinland-Pfalz

G 8

Gästeintensität und Übernachtungsintensität im Tourismus¹ 2016



Stadtstaaten Berlin und Hamburg an zweiter Stelle stand das Küstenland Schleswig-Holstein mit 9 914 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Rheinland-Pfalz belegte mit 5 428 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner Rang sieben und lag nah am Bundesdurchschnitt (5 475 Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die geringste Übernachtungsintensität wies Nordrhein-Westfalen auf.

Auch vergleichsweise schwacher Anstieg der Übernachtungsintensität

Die Übernachtungsintensität ist zwischen 2005 und 2016 in allen Bundesländern gestiegen. In Berlin und Hamburg hat sie sich sogar mehr als verdoppelt. In Rheinland-Pfalz war die Zahl der Übernachtungen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 nur um elf Prozent höher als 2005.

Trend zum Kurzurlaub lässt die Verweildauer sinken

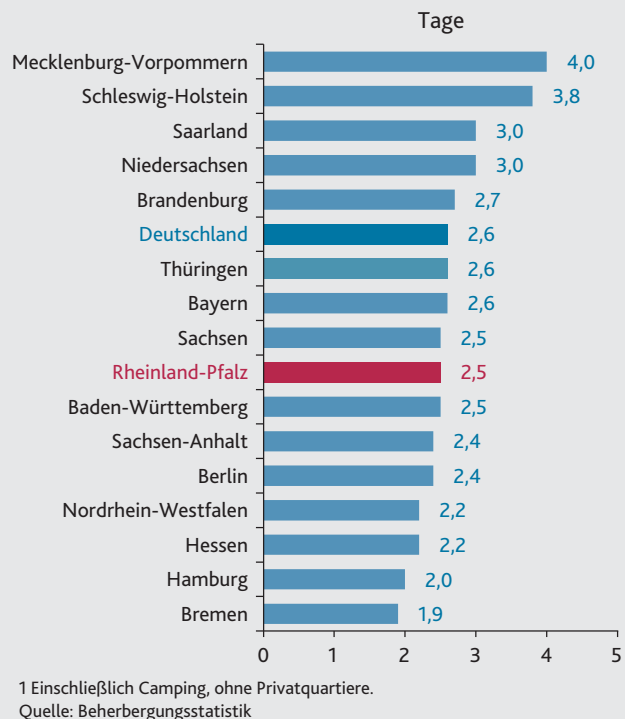
Gäste verweilen 2,5 Tage in Rheinland-Pfalz

Bei der Verweildauer der Übernachtungsgäste gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. So blieben die Gäste 2016 in Mecklenburg-Vorpommern durchschnittlich vier Tage und damit mehr als doppelt so lang wie in Bremen (1,9 Tage). Die Verweildauer der Gäste hängt stark vom Zweck ihres Aufenthalts ab; Urlauberinnen und Urlauber verweilen tendenziell länger als Geschäftsreisende. Daher rangieren die Küstenländer – neben Mecklenburg-Vorpommern auch Schleswig-Holstein und Niedersachsen – auf den vorderen Plätzen, während die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Nordrhein-Westfalen nur kurze Verweildauern aufweisen. Rheinland-Pfalz lag mit einer Verweildauer von 2,5 Tagen etwas unter dem Bundesdurchschnitt (2,6 Tage).

Der seit Jahren zu beobachtende Trend zum Kurzurlaub hält an. In vielen Bundesländern

G 9

Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus¹ 2016



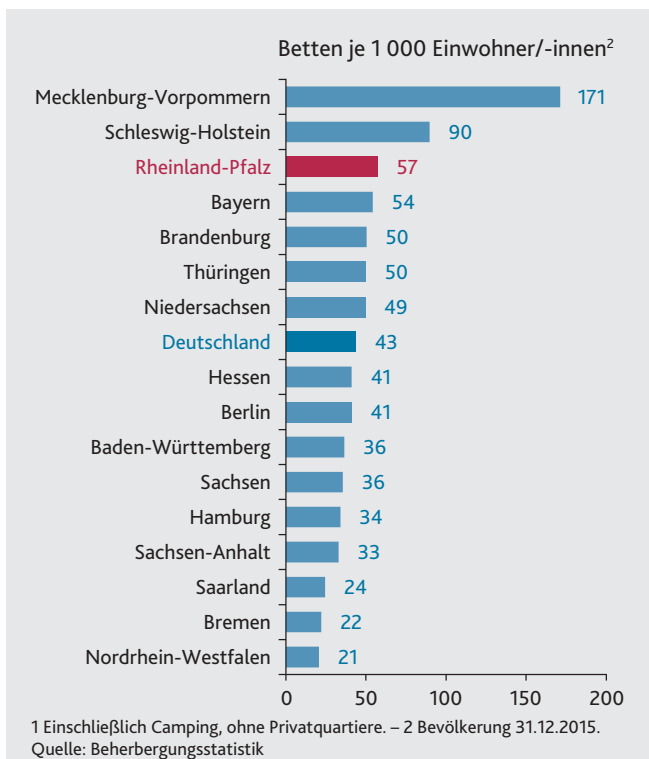
war die durchschnittliche Verweildauer 2016 geringer als 2005. Eine Ausnahme bilden die Stadtstaaten, die 2016 alle längere Verweildauern aufwiesen. In Rheinland-Pfalz war der Rückgang mit –9,4 Prozent überdurchschnittlich.

Großes Beherbergungsangebot im Verhältnis zur Einwohnerzahl

Nicht nur die touristische Nachfrage, sondern auch das Bettenangebot der Beherbergungsbetriebe hat sich in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren schwächer entwickelt als in den meisten anderen Bundesländern. Die Bettendichte – die Zahl der Betten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner – war 2016 um 1,4 Prozent geringer als 2005. Nur in Bayern fiel der Rückgang stärker aus (–2,5 Prozent). In Berlin gab es hingegen einen besonders dynamischen Kapazitätsaufbau; die Bettendichte

Stärkster Anstieg in Berlin

G 10

Bettendichte im Tourismus¹ 2016

Überdurchschnittliche Bettendichte trotz Kapazitätsabbau

erhöhte sich dort um 64 Prozent. Unter den Flächenländern verzeichnete das Saarland den größten Zuwachs, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau. Trotz des Kapazitätsabbaus ist die Bettendichte in Rheinland-Pfalz weiterhin überdurchschnittlich: Im Jahr 2016 boten die Beherbergungsbetriebe sowie die Camping- und Reisemobilplätze 57 Schlafgelegenheiten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner an. Damit lag das Land hinter Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein an dritter Stelle und deutlich über dem Bundesdurchschnitt (43 Betten je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner).

Seit 2005 rund 175 300 neue Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz

Im Jahr 2016 hatten gut zwei Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in Rheinland-

Pfalz. Damit erreichte die Erwerbstätigkeit einen neuen Höchststand. Seit 2005 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Land kräftig um 175 300. Das entspricht einem Zuwachs um 9,6 Prozent; im Bundesdurchschnitt war eine Zunahme um elf Prozent zu verzeichnen. Mit Abstand am stärksten stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Berlin. Relativ wenige neue Arbeitsplätze entstanden in den ostdeutschen Ländern und im Saarland.

Neuer Höchststand

Auch am aktuellen Rand ist die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz weiter gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 0,7 Prozent zu. Im Bundesdurchschnitt war der Beschäftigungszuwachs mit einem Plus von 1,2 Prozent etwas stärker als in Rheinland-Pfalz. Impulse für den Arbeitsmarkt kamen wie in den Vorjahren vor allem aus dem Dienstleistungssektor (+1,1 Prozent; Deutschland: +1,6 Prozent). Auch das Baugewerbe verzeichnete einen Zuwachs (+0,8 Prozent; Deutschland: +1,1 Prozent). Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit dagegen um 0,2 Prozent ab (Deutschland: +0,3 Prozent).

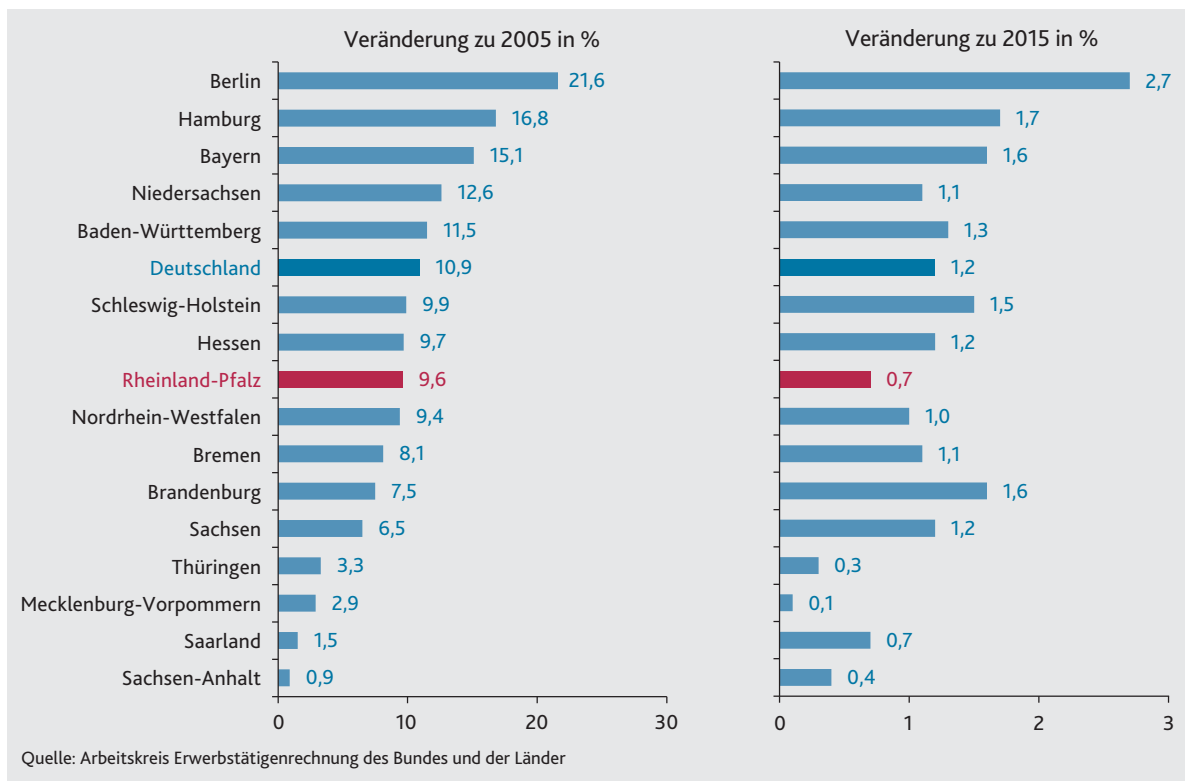
Relativ niedrige Arbeitsplatzdichte

Die Arbeitsplatzdichte in einem Bundesland errechnet sich aus der Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in diesem Bundesland haben, bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Im Jahr 2016 kamen in Rheinland-Pfalz 748 Erwerbstätige auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter. Das sind 59 Erwerbstätige weniger als im Bundesdurchschnitt. Ein Grund für die relativ niedrige Arbeitsplatzdichte ist, dass es in Rheinland-Pfalz verhältnismäßig viele Berufsauspendlerinnen und -pendler gibt, also Personen, die zwar im

Arbeitsplatzdichte in Hamburg und Bremen am höchsten

G 11

Erwerbstätige am Arbeitsort 2016



Viele Auspend-
lerinnen und
Auspendler

Land leben, aber über die Landesgrenze zum Arbeiten in ein anderes Bundesland pendeln. Spitzenreiter mit der höchsten Arbeitsplatzdichte sind die Stadtstaaten Hamburg und Bremen; die niedrigste Arbeitsplatzdichte weist Brandenburg auf.

Seit 2005 hat sich die Arbeitsplatzdichte in Rheinland-Pfalz um 63 Erwerbstätige je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter erhöht. Damit lag der Zuwachs deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (+95 Erwerbstätige); hohe Zuwächse verzeichneten Berlin, Hamburg und die neuen Länder.

Viele Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe

Im Jahr 2016 arbeitete bundesweit fast jeder vierte Erwerbstätige im Produzierenden

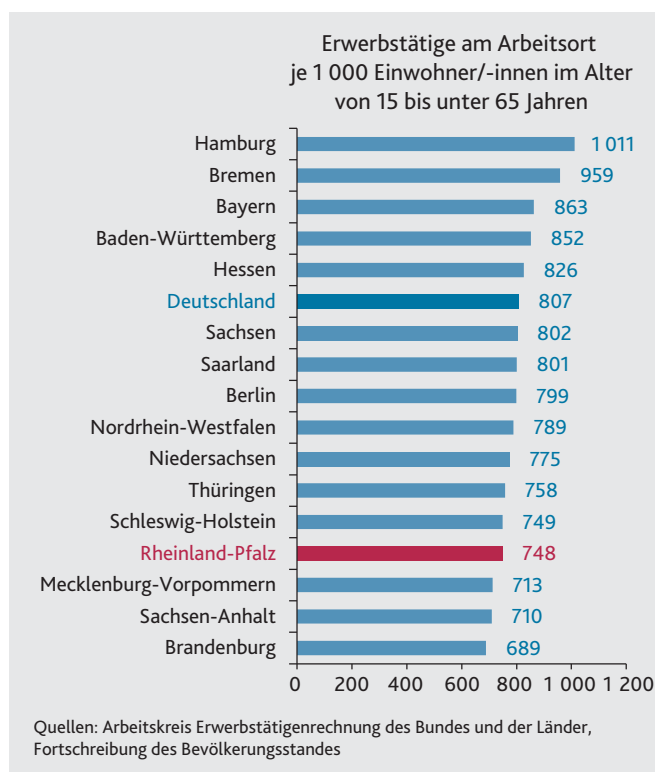
Gewerbe. In Rheinland-Pfalz hatten rund 511 200 Menschen ihren Arbeitsplatz in diesem Wirtschaftsbereich. Das entspricht einem Anteil von knapp 26 Prozent an allen Erwerbstätigen. Im industriegeprägten Baden-Württemberg waren 31 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, in der Bundeshauptstadt Berlin dagegen nur knapp zwölf Prozent. Der seit Jahrzehnten zu beobachtende strukturelle Wandel vom sekundären zum tertiären Sektor spiegelt sich auch in einem sinkenden Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes wider. Seit 2005 reduzierte sich der Erwerbstätigenanteil im gesamten Bundesgebiet um 1,5 Prozentpunkte. In Rheinland-Pfalz war der Rückgang nicht ganz so stark (–0,9 Prozentpunkte).

Struktur-
wandel führt
zu sinkendem
Anteil

Der langfristige Trend zur Dienstleistungsgesellschaft hält an. Mittlerweile üben im

G 12

Arbeitsplatzdichte 2016



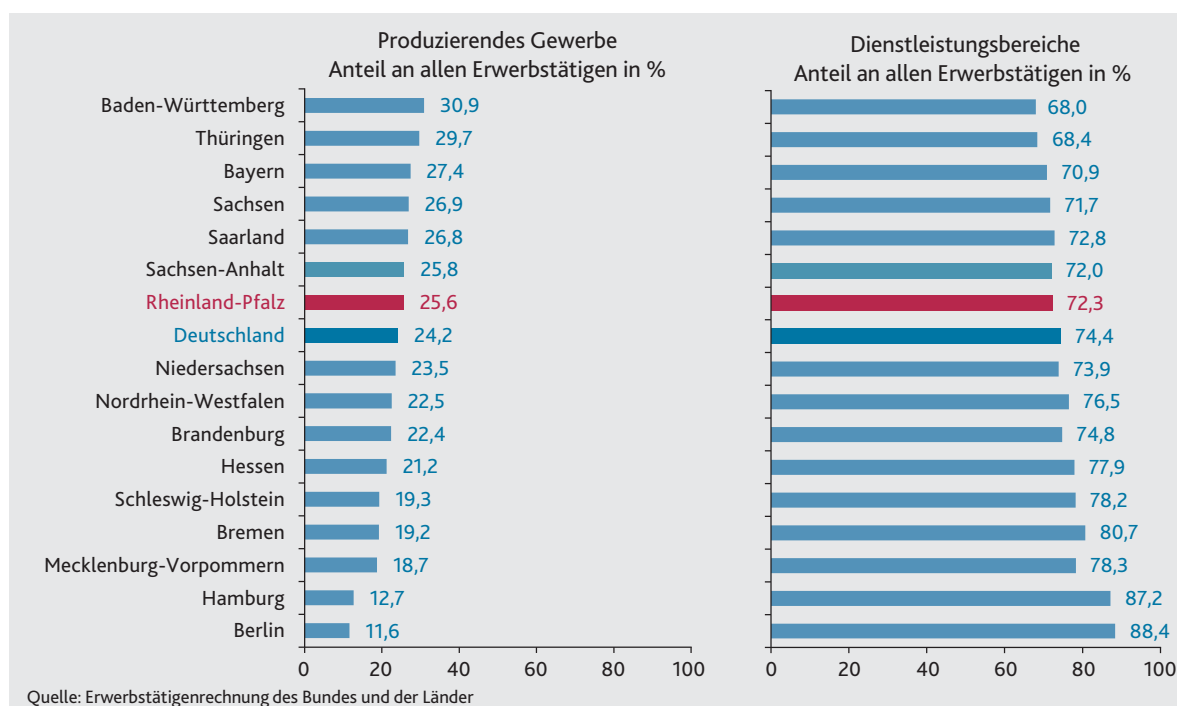
Bundesdurchschnitt knapp drei Viertel aller Erwerbstätigen eine Dienstleistungstätigkeit aus. In den Stadtstaaten sind es sogar mehr als 80 Prozent. In Rheinland-Pfalz haben das Produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft ein etwas höheres Gewicht als in Deutschland insgesamt; dementsprechend kommen die Dienstleistungsbereiche nur auf einen unterdurchschnittlichen Anteil von 72 Prozent.

Erwerbstätigenanteil der Dienstleistungsbereiche steigt weiter

Spiegelbildlich zur Entwicklung im Produzierenden Gewerbe hat der Anteil des Dienstleistungssektors in fast allen Ländern seit 2005 zugenommen, in einigen Ländern stärker als die Abnahme des Produzierenden Gewerbes, da gleichzeitig die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft sank. Die kräftigsten Zuwächse verzeichneten Nordrhein-Westfalen und das Saarland. In Rheinland-Pfalz ist der Anteil seit 2005 um 1,1 Prozentpunkte gewachsen (Deutschland: +1,8 Prozentpunkte).

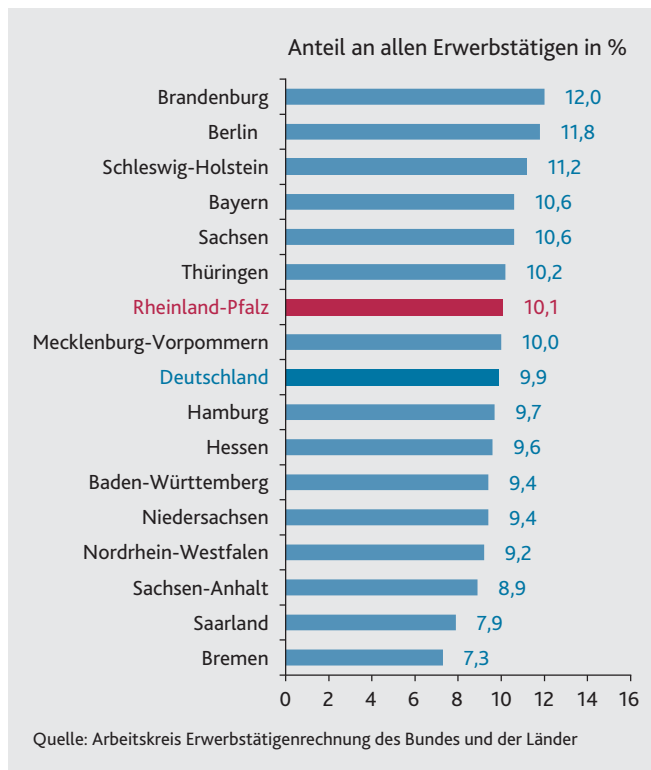
G 13

Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe und in den Dienstleistungsbereichen 2016



G 14

Selbstständige 2016



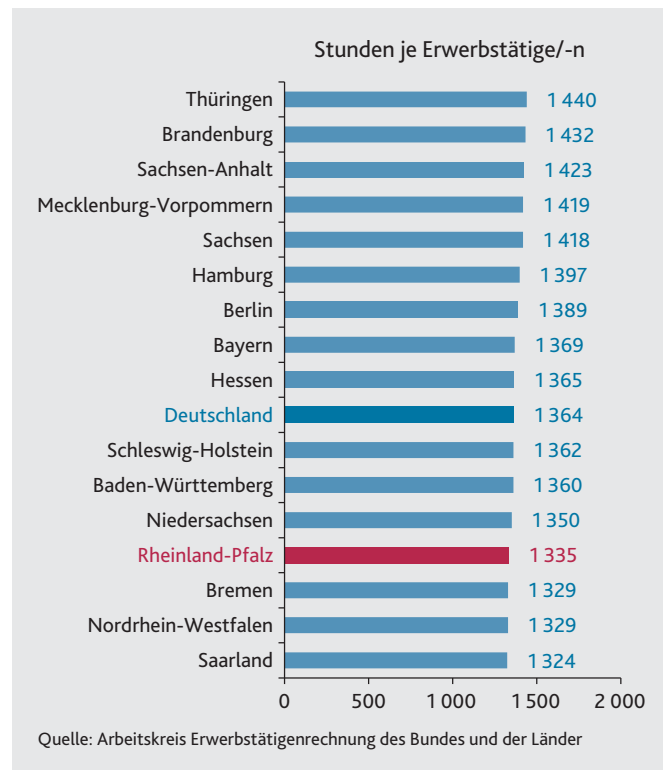
Gut zehn Prozent der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz sind selbstständig

202 300
Selbstständige

Die Zahl der Erwerbstätigen setzt sich aus den abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte, marginal Beschäftigte) sowie den Selbstständigen (einschließlich mithelfender Familienangehörige) zusammen. Im Jahr 2016 waren von den zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 90 Prozent bzw. gut 1,8 Millionen abhängig beschäftigt, die anderen zehn Prozent bzw. gut 202 300 Personen waren selbstständig. Im bundesweiten Durchschnitt liegt der Selbstständigenanteil ebenfalls bei knapp zehn Prozent. In Brandenburg sind mit zwölf Prozent die meisten Erwerbstätigen selbstständig.

G 15

Arbeitsvolumen 2016



In allen Bundesländern hat sich die Zahl der Selbstständigen in der langen Frist verringert. Am geringsten fiel der Rückgang in Brandenburg und Hamburg aus (–0,6 Prozentpunkte seit 2005). In Rheinland-Pfalz verringerte sich der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen um 1,3 Prozentpunkte, der Rückgang entsprach damit dem Durchschnitt der Länder.

Zahl der
Selbstständigen geht
zurück

Rückgang des durchschnittlichen Arbeitsvolumens in Rheinland-Pfalz am geringsten

In Rheinland-Pfalz wurden 2016 von den Erwerbstätigen insgesamt gut 2,7 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Durchschnittlich ergeben sich 1 335 Arbeitsstunden je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das

1 335 Arbeitsstunden je
Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen

Rückgang in
allen Ländern

waren 29 Stunden weniger als im Bundesdurchschnitt. In allen neuen Bundesländern war das durchschnittliche Arbeitsvolumen höher als in den alten Ländern. Gegenüber dem Jahr 2005 ist das durchschnittliche Arbeitsvolumen in allen Ländern zurückgegangen. In Rheinland-Pfalz sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 33 Stunden und damit etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt (–47 Stunden).

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen. Die durchschnittliche Arbeitszeit wird beeinflusst von der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der unterschiedlichen Bedeutung einzelner Erwerbsformen, insbesondere von Selbstständigkeit, Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung.

Überdurchschnittlich viele ausschließlich geringfügig Entlohnte

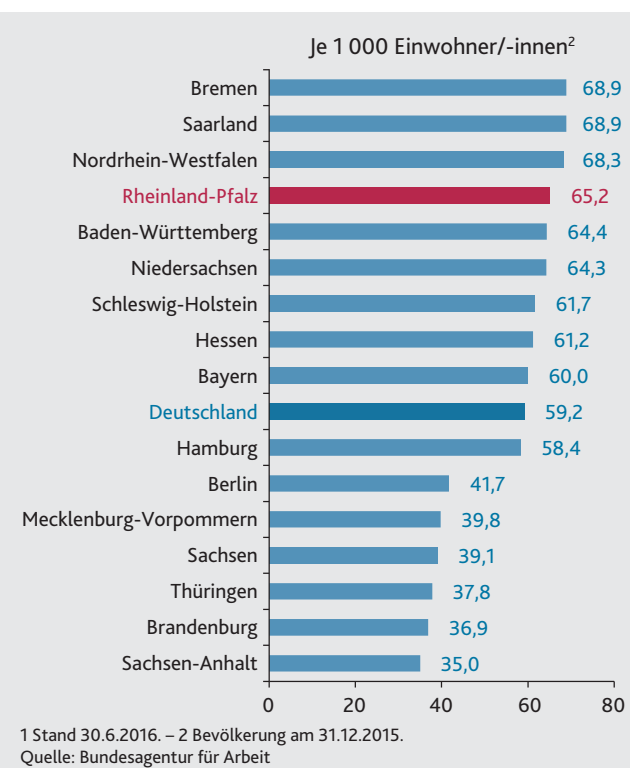
Beschäftigungsform in
ostdeutschen
Ländern weniger verbreitet

Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt dann vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung monatlich 450 Euro nicht übersteigt (bis Ende 2012 betrug die Obergrenze 400 Euro). Im Jahr 2016 gingen in Rheinland-Pfalz 65 von 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner einer ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigung nach; rund 19 Prozent von ihnen waren 65 Jahre und älter. Deutschlandweit wurden 59 Personen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner geringfügig entlohnt. In den ostdeutschen Ländern (einschließlich Berlin) ist diese Beschäftigungsart weniger verbreitet; auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen dort 2016 höchstens 42 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte.

Im langfristigen Vergleich veränderte sich die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung in den Bundesländern unter-

G 16

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ 2016



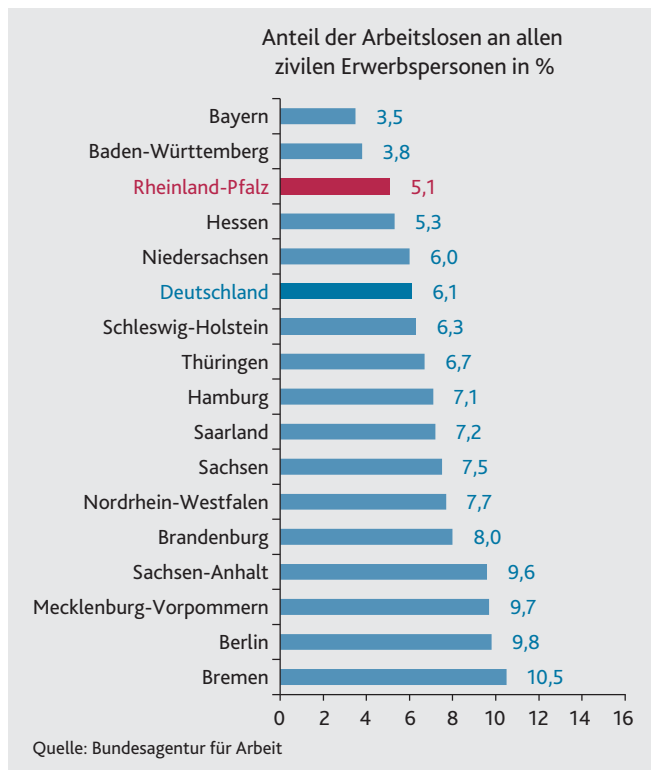
schiedlich. Am höchsten war der Zuwachs seit dem Jahr 2005 in der Bundeshauptstadt (+5 Prozent). In Sachsen ging diese Beschäftigungsart am stärksten zurück (–8,9 Prozent). Rheinland-Pfalz wies einen Anstieg von +4,5 Prozent auf und lag damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (+0,9 Prozent).

Seit 2005 drittniedrigste Arbeitslosenquote

Bei der Arbeitslosenquote, welche die Zahl der registrierten Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezieht, sind große regionale Unterschiede zu beobachten. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland höher als im Westen der Bundesrepublik. Allerdings haben sich die Abstände in den letzten Jahren deutlich verringert. Thüringen und Sachsen liegen im Jahr 2016 sogar auf

G 17

Arbeitslosenquote 2016



dem siebten bzw. zehnten Platz und haben damit eine niedrigere Arbeitslosenquote als einige westdeutsche Bundesländer.

Im Jahr 2016 waren deutschlandweit 6,1 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, wobei Bremen mit 10,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote auswies. Rheinland-Pfalz belegt mit einer Quote von 5,1 Prozent den dritten Platz, hinter Bayern (3,5 Prozent) und Baden-Württemberg (3,8 Prozent).

Rheinland-Pfalz belegt Rang 3 bei Jugendarbeitslosigkeit

Eine besondere Herausforderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist die Jugendarbeitslosigkeit, denn die jungen Menschen sind das Zukunftspotenzial des Landes. Im Jahr 2016 waren im gesamten Bundesgebiet 5,3 Prozent der 15- bis 25-Jährigen auf der Suche nach Arbeit. In Rheinland-Pfalz belief sich die Arbeitslosenquote bei den jungen Menschen auf 4,7 Prozent. Wie bei der

Gesamtquote bestehen auch bei der Jugendarbeitslosigkeit große Unterschiede zwischen den Bundesländern. Mit Ausnahme von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern war die Arbeitslosigkeit unter den jungen Menschen in den Ländern geringer als die Arbeitslosigkeit insgesamt. In Thüringen sind die Quoten identisch.

Verglichen mit 2008 ist die Jugendarbeitslosigkeit in allen Bundesländern zurückgegangen, am stärksten in den ostdeutschen Ländern und in Berlin. Dort ist sie aber nach wie vor ein größeres Problem als in den westdeutschen Ländern.

Rückgang in allen Ländern

Viele Berufsauspendlerinnen und -auspender

Als Berufsauspendlerinnen und Berufsauspender werden Personen bezeichnet, die zwischen Wohn- und Arbeitsort über die Landesgrenze hinweg pendeln. Auspendlerinnen und Auspender haben ihren Wohnsitz in einem Bundesland und arbeiten in einem anderen Bundesland. Attraktive Wohnstandorte, gute Verkehrsanbindungen sowie die geografische Lage eines Landes sind Ursachen für hohe Auspendlerzahlen. In Rheinland-Pfalz gibt es nicht zuletzt aus diesen Gründen viele Berufsauspendlerinnen und -pendler. Im Jahr 2016 hatten 75 von 1 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern ihren Arbeitsort in einem anderen Bundesland. Gegenüber 2005 ist das bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner eine Zunahme von 15 Auspendlern. Deutschlandweit gab es in Brandenburg die mit Abstand meisten Berufsauspendlerinnen und -pendler (112 je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner); auch die Zunahme der Auspendlerquote seit 2005 fiel dort sehr hoch aus. Die vergleichsweise niedrige Arbeitsplatzdichte in Brandenburg

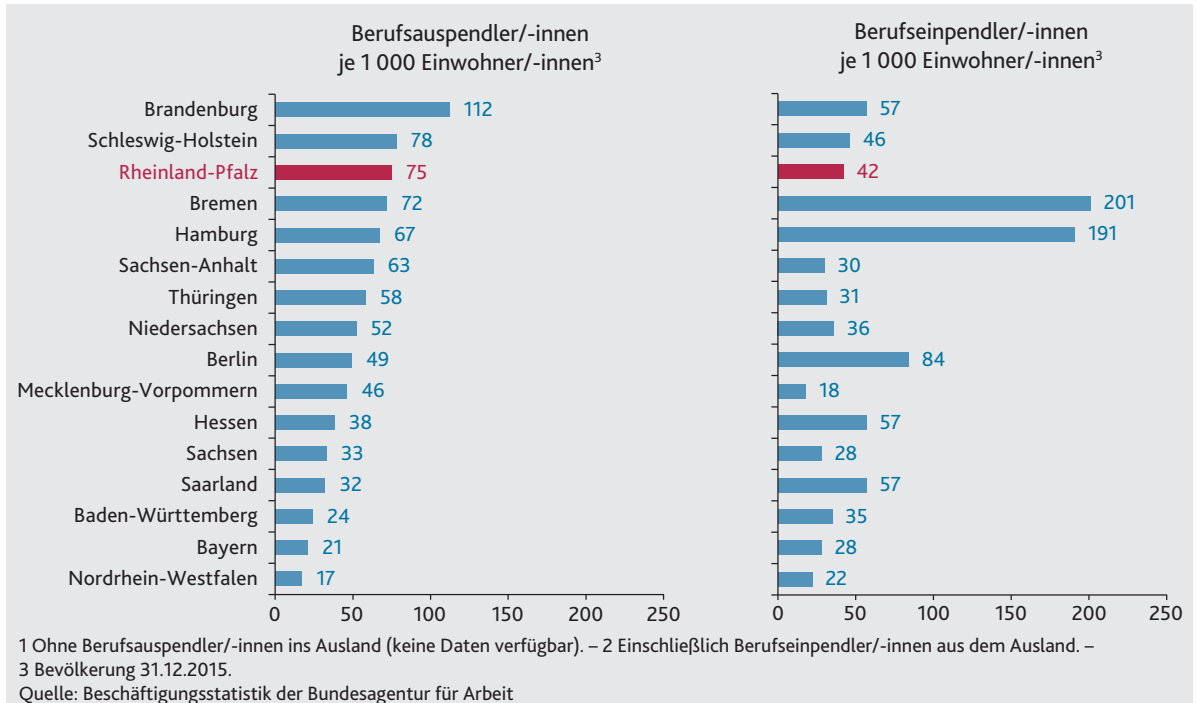
T 1

Zusammenfassung

Merkmal	Jahr	Einheit	Rheinland-Pfalz		Erster		Letzter	
			Rang	Wert	Land	Wert	Land	Wert
Wirtschaft								
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen	2016	Mill. EUR	6	139 452	NW	669 676	HB	32 259
BIP preisbereinigt								
Veränderung	2016/2015	%	9	1,5	BE	2,7	SL	0,0
Veränderung	2016/2005	%	6	18,5	BE	26,0	SL	4,7
Arbeitsproduktivität	2015	EUR	7	68 177	HH	89 857	MV	54 027
Bruttowertschöpfung								
Anteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2016	%	4	1,2	MV	2,1	BE HB	0,0
Anteil des Produzierenden Gewerbes	2016	%	4	34,3	BW	40,1	BE	15,4
Anteil der Dienstleistungsbereiche	2016	%	14	64,5	BE	84,6	BW	59,5
Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe	2016	1 000 EUR je Beschäftigte/-n	4	316,4	HH	797,4	TH	199,4
Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe	2016	%	4	53,3	HB	61,1	ST	28,5
Umsatz im Bauhauptgewerbe	2016	1 000 EUR je Beschäftigte/-n	9	164,1	HH	304,0	ST	135,1
Gewerbeanmeldungen	2016	je 10 000 Einwohner/-innen	6	82	BE	121	ST	52
Unternehmensinsolvenzen*	2016	je 10 000 Unternehmen	4	50	BW	37	HB NW	98
Gästeankünfte im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	7	2 149	MV	4 712	SL	1 029
Übernachtungen im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	7	5 428	MV	18 865	NW	2 794
Durchschnittliche Verweildauer im Tourismus	2016	Tage	8	2,5	MV	4,0	HB	1,9
Bettendichte im Tourismus	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	3	57	MV	171	NW	21
Arbeitsmarkt								
Erwerbstätige am Arbeitsort	2016	1 000	7	2 001	NW	9 292	HB	424
Veränderung	2016/2015	%	12	0,7	BE	2,7	MV	0,1
Veränderung	2016/2005	%	8	9,6	BE	21,6	ST	0,9
Arbeitsplatzdichte (Erwerbstätige bezogen auf Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren)	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	13	748	HH	1 011	BB	689
Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe	2016	%	7	25,6	BW	30,9	BE	11,6
Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen	2016	%	11	72,3	BE	88,4	BW	68,0
Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen	2016	%	7	10,1	BB	12,0	HB	7,3
Arbeitsvolumen	2016	Stunden je Erwerbstätige/-n	13	1 335	TH	1 440	SL	1 324
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	4	65,2	HB	68,9	ST	35,0
Arbeitslosenquote*	2016	%	3	5,1	BY	3,5	HB	10,5
Arbeitslosenquote der 15- bis unter 25-Jährigen*	2016	%	3	4,7	BW	2,9	MV	10,9
Berufsaupendler/-innen	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	3	75	BB	112	NW	17
Berufseinpendler/-innen	2016	je 1 000 Einwohner/-innen	8	42	HB	201	MV	18

* Niedrigster Wert = Rang 1.

G 18

Berufsauspendler/-innen¹ und Berufseinpender/-innen² 2016

sowie die räumliche Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin dürften hierbei eine Rolle spielen.

Vergleichsweise wenige Menschen pendeln zur Arbeit nach Rheinland-Pfalz

Berufseinpenderinnen und -pendler sind Personen, die zum Arbeiten in ein Land kommen, aber in einem anderen Land wohnen. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sind attraktive Arbeitsorte für Menschen aus anderen Bundesländern, insbesondere aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auf die Einwohnerzahl bezogen gab es 2016 in den beiden Hansestädten die mit Abstand meisten Berufseinpenderinnen bzw. -einpender (201 bzw. 191 Berufseinpenderinnen und -einpender je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Rheinland-Pfalz belegt im bundesweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld (42 Berufseinpenderinnen und -einpender).

Seit 2005 ist in Rheinland-Pfalz – wie auch in allen anderen Bundesländern – die Zahl der Einpendlerinnen und Einpendler gestiegen

(+13 Einpendler je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner). Die langfristigen Steigerungen der Pendlerbewegungen insgesamt zeigen, dass die Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zugenommen hat. Insbesondere hochqualifizierte Personen nehmen weite Fahrtstrecken zwischen Wohn- und Arbeitsort auf sich.

Steigende Mobilität

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat „Veröffentlichungen“. Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Auswertungen, Analysen“ in der Abteilung „Wirtschaft, Staat“. Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.

Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen

Das Statistische Landesamt hat dieses Jahr die Publikation „Rheinland-Pfalz – Ein Ländervergleich in Zahlen“ zum vierten Mal veröffentlicht. In dieser Statistischen Analyse wird für einen umfangreichen Katalog von Merkmalen zu den Themenbereichen Bevölkerung, Wohlstand und Soziales, Gesundheit und Pflege, Wahlen, Bildung, Verkehr, Wohnen, Umwelt, Wirtschaft, Entwicklungspotenziale, Arbeitsmarkt und Öffentliche Finanzen die Position von Rheinland-Pfalz im Kreis der Bundesländer aufgezeigt.

In der vorangestellten **Zusammenfassung** sind für jedes Merkmal die Platzierung für Rheinland-Pfalz sowie die Länder mit dem höchsten bzw. niedrigsten Merkmalswert aufgelistet. Dies ermöglicht nicht nur einen schnellen Überblick über die Platzierungen von Rheinland-Pfalz, sondern – durch die Angabe der Spannweite – auch eine Einordnung dieser Rangziffern.

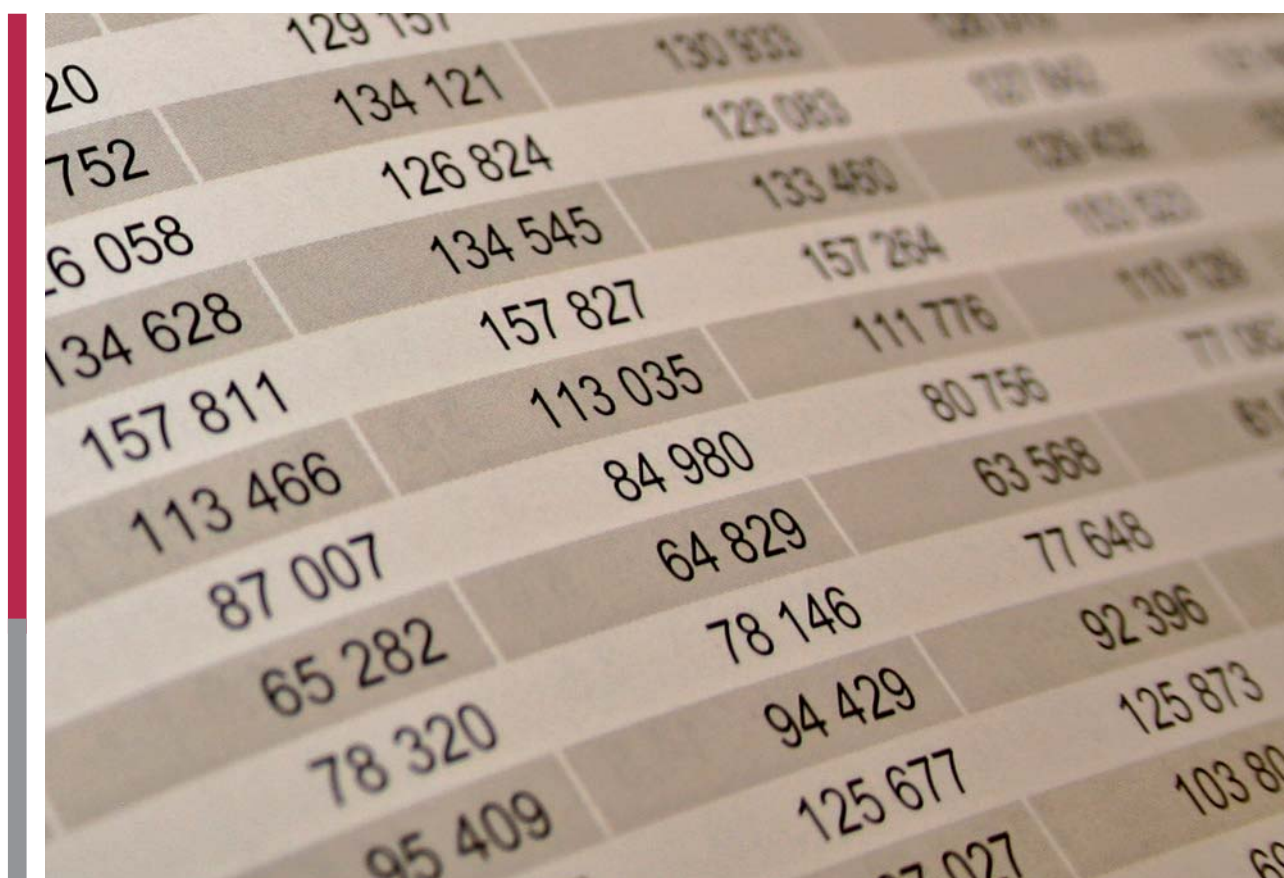
Anhand von **Grafiken** werden die Ergebnisse dargestellt und kommentiert. Sie lassen die unterschiedlichen Stärken und Schwächen der Bundesländer erkennen und sind Teil des Controllings in einem föderativen Gemeinwesen, das durch Zusammenarbeit und Solidarität, aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. Der umfangreiche **Tabellenanhang** enthält die Werte aller Merkmale und zeigt zudem zeitliche Entwicklungen auf, wobei jeweils die aktuellsten verfügbaren Erhebungen herangezogen wurden.

Die Veröffentlichung „Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen“ (Bestellnummer Z2088201301) kann zum Preis von 15,00 Euro einschließlich Versandkosten beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden – Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Die PDF-Datei steht unter www.statistik.rlp.de/analysen/rlp-laendervergleich_2017.pdf zum kostenfreien Download zur Verfügung.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ^{1,2}	4 032 ^{1,2}	4 061	4 062	4 063	-	-	-
darunter Ausländer ³	1 000	383 ^{1,2}	357 ^{1,2}	400	401	402	-	-	-

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 695	-	2 309	2 687	2 767	-	-	-
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	2 912	-	3 012	3 208	3 546	-	-	-
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,7	-	8,7	9,6	10,3	-	-	-
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 898	-	3 792	3 427	3 692	-	-	-
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	-	11,0	10,3	10,7	-	-	-
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	10	-	12	10	12	-	-	-
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,5	-	4,0	3,1	3,4	-	-	-
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-986	-	-780	-219	-146	-	-	-
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,9	-	-2,3	-0,7	-0,4	-	-	-

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	14 039	-	10 963	11 078	-	-	-	-
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	8 106	-	9 437	10 060	-	-	-	-
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 695	-	5 611	5 738	-	-	-	-
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 637	-	4 542	4 864	-	-	-	-
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	4 344	-	1 526	1 018	-	-	-	-
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	15 659	-	14 775	14 436	-	-	-	-

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2014	2015			2016			2017
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 321	1 345	1 367	1 353	1 353	1 362	1 388	1 377
* Frauen	1 000	611	626	636	634	633	635	648	646

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2,3}**

hoch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{1, 2, 3}	Einheit	2014	2015			2016				2017
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.
* Ausländer/-innen	1 000	106	117	122	117	121	128	131	127	134
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	353	373	377	378	379	385	390	391	394
* darunter Frauen	1 000	295	309	312	313	314	317	321	323	324
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	11	12	13	14	11	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	422	429	423	422	423	431	426	427
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	285	294	299	296	295	298	304	302	301
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	206	213	216	213	213	215	219	217	218
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	396	403	409	411	412	412	420	421	420

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	112 882	111 436	107 614	105 522	106 168	106 165	100 820	98 325	97 193
* Frauen	Anzahl	52 144	50 458	49 365	48 133	48 081	49 516	46 732	45 518	44 747
Männer	Anzahl	60 737	60 978	58 248	57 389	58 084	56 648	54 087	52 806	52 446
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	41 783	41 185	39 692	38 391	38 321	41 844	39 191	38 083	37 796
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	71 098	70 250	67 922	67 131	67 847	64 321	61 629	60 242	59 397
* Arbeitslosenquote ⁸	%	5,2	5,1	4,9	4,8	4,8	4,8	4,6	4,5	4,4
* Frauen	%	5,1	4,9	4,8	4,7	4,7	4,8	4,5	4,4	4,3
* Männer	%	5,3	5,3	5,0	5,0	5,0	4,9	4,6	4,5	4,5
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,7	5,0	4,6	4,5	5,2	4,7	4,1	3,9
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,4	4,0	3,4	3,4	4,1	3,6	2,9	2,7
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,3	5,1	4,8	4,7	4,8	4,5	4,4	4,4	4,4
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,8	5,6	5,3	5,2	5,3	5,0	4,9	4,9	4,9
* Ausländer/-innen	%	12,4	13,4	13,1	13,4	13,9	12,9	12,3	12,0	11,9
Deutsche	%	4,6	4,3	4,1	4,0	4,0	4,0	3,8	3,7	3,6
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	5 234	5 357	1 446	1 631	1 630
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	27 760	32 997	34 092	35 068	34 449	40 234	40 475	41 095	40 265

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹¹		Einheit	2015	2016			2017			
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	231 358	235 916	234 267	234 369	234 910	250 879	250 570	250 322	...
* darunter Frauen	Anzahl	117 667	117 850	117 163	116 991	117 090	123 245	123 245	123 272	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	157 260	160 493	159 415	159 735	160 238	170 991	170 492	169 794	...
berechtigte										
* nicht erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	60 383	61 917	61 033	61 252	61 931	68 338	68 508	68 790	...
berechtigte										
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	58 286	59 870	58 956	59 211	59 889	66 343	66 509	66 805	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	547	587	629	565	472	628	579	613	545
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	493	520	554	509	416	559	513	534	487
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	4	4	7	4	4	6	2	4	5
Unternehmen	Anzahl	64	92	124	77	51	67	34	100	65
private Haushalte	Anzahl	479	491	498	484	417	555	543	509	475
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 025	1 231	1 282	1 170	991	1 394	1 319	1 348	1 056
* Umbauter Raum	1 000 m³	652	760	796	730	640	846	856	795	673
* Wohnfläche	1 000 m²	121	141	149	135	118	158	152	151	127
Wohnräume	Anzahl	4 881	5 635	5 837	5 225	4 752	6 442	6 105	5 946	4 880
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	195	231	247	228	196	266	265	251	222

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	125	138	162	148	152	160	121	123	142
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	12	16	9	14	27	17	17	22
Unternehmen	Anzahl	94	82	93	92	97	87	63	70	83
private Haushalte	Anzahl	21	42	53	47	41	46	41	36	37
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	25	12	85	5	5	11	5	10
* Umbauter Raum	1 000 m ³	941	764	667	693	1 463	649	534	689	532
* Nutzfläche	1 000 m ²	111	110	106	113	177	93	72	117	88
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	81	104	88	81	141	84	61	85	91

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 221	1 447	1 407	1 466	1 072	1 643	1 490	1 530	1 237
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 674	6 395	6 529	6 243	5 179	7 297	6 913	6 637	5 583

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 523	11 564	10 252	11 049	11 326	10 931	11 329	11 998	12 317
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 983	1 945	1 493	1 610	2 042	1 651	1 482	1 660	2 097
darunter										
* Kälber	t	7	7	4	4	5	6	4	5	6
* Jungrinder	t	10	8	2	3	6	4	3	3	4
* Schweine	t	9 491	9 570	8 721	9 403	9 202	9 242	9 811	10 294	10 139
* Eierzeugung ²	1 000	15 747	16 571	17 691	17 297	14 994	17 214	16 061	14 844	16 508

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 009	1 004	1 000	1 002	1 004	1 022	1 020	1 021	1 021
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 724	254 498	252 721	254 100	254 498	254 924	255 958	257 964	258 200
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 274	32 292	31 313	31 483	33 836	31 577	30 808	32 945	32 817
* Entgelte	Mill. EUR	1 065	1 078	986	992	1 003	1 122	1 035	1 024	1 028
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 221	7 223	7 104	6 821	7 629	7 986	7 606	7 876	8 038
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	3 900	3 813	3 738	3 662	3 952	4 370	4 096	4 283	4 372
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 028	2 098	2 067	1 860	2 268	2 165	2 124	2 169	2 189
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	87	101	93	103	112	101	90	94	103
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 206	1 211	1 207	1 195	1 298	1 350	1 296	1 331	1 375
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 269	2 140	2 109	2 015	2 130	2 474	1 578	2 407	2 472
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 037	1 086	1 055	922	1 269	960	693	1 063	1 096
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 047	4 003	3 871	3 680	4 222	4 398	4 232	4 328	4 418
Exportquote ⁶	%	56,0	55,4	54,5	54,0	55,3	55,1	55,6	54,9	55,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	107,8	110,6	101,6	99,5	105,7	121,8	116,6	110,1	113,5
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	96,9	99,7	95,0	90,8	98,2	112,3	107,1	106,7	105,8
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	119,6	120,9	112,0	103,3	110,7	122,8	116,4	105,3	120,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
2010=100	56,2	73,3	62,0	75,5	73,5	83,2	36,0	53,0	72,7
2010=100	126,4	133,5	101,5	133,9	131,0	173,1	179,0	155,6	133,8
2010=100	96,1	97,7	95,9	90,7	93,2	115,2	106,9	102,4	106,8
2010=100	121,6	120,9	109,4	94,8	110,0	120,4	114,6	97,7	123,2

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	180	179	179	177	176	173	173	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 509	9 376	9 277	9 378	9 446	9 469	9 459	9 689	9 679
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 166	1 146	1 101	1 097	1 193	1 110	1 072	1 159	1 169
* Entgelte ³	Mill. EUR	42	42	39	44	39	43	42	39	39
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	343	274	309	349	188	329	299	300
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	330	261	297	337	173	315	285	288

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 579	19 046	19 152	19 376	19 421	19 940	20 023	20 290	20 308
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 906	1 945	2 102	2 118	2 272	2 256	2 069	2 304	2 277
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	310	320	347	313	355	378	348	389	361
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	649	633	634	637	686	726	660	719	688
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	974	992	1 121	1 167	1 230	1 151	1 060	1 051	1 227
darunter Straßenbau	1 000 h	500	531	608	665	677	660	602	687	674
* Entgelte	Mill. EUR	59	61	62	64	63	69	66	69	65

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe¹

Bauhauptgewerbe ¹		Einheit	2015	2016			2017				
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Mill. EUR	247	256	274	281	311	308	315	324	322
davon											
* Wohnungsbau	Mill. EUR	39	45	45	43	55	60	55	60	55	
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	88	87	92	93	96	102	109	116	107	
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	119	124	137	145	160	149	150	124	160	
darunter Straßenbau	Mill. EUR	60	64	74	73	92	84	85	84	87	

Ausbaugewerbe

(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ³	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Betriebe ⁴	Anzahl	425	421	423	423	420	419	440	438	437
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 006	16 051	15 902	15 920	16 231	16 152	16 637	16 619	17 084
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 020	5 007	4 854	5 036	5 116	5 020	5 125	5 185	5 314
* Entgelte	Mill. EUR	126	128	120	127	127	138	130	136	137
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	440	457	357	428	451	593	378	484	478

Handel⁵Großhandel⁶

Großhandel ^{P, 6}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Beschäftigte	2010=100	108,6	108,9	109,0	109,7	109,1	108,2	108,5	109,4	109,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	122,2	119,2	119,4	117,9	117,3	118,2	118,5	117,8	117,2
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	93,6	91,4	86,9	89,5	96,6	94,2	91,8	99,5	93,4
* Umsatz real ⁷	2010=100	87,7	85,3	80,4	83,4	89,9	86,3	84,4	91,4	85,4

Einzelhandel⁸

* Beschäftigte	2010=100	106,4	107,9	107,2	108,2	108,0	108,3	108,4	109,3	108,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	108,0	109,8	109,7	109,5	109,2	110,3	110,6	110,4	109,9
* Umsatz nominal ⁷	2010=100	104,2	108,7	109,9	107,8	106,8	115,0	110,8	113,0	111,7
* Umsatz real ⁷	2010=100	99,1	102,9	104,2	102,5	100,7	107,1	103,6	105,3	103,4

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{p, 2}**

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Beschäftigte	2010=100	105,5	107,9	106,2	108,5	109,9	108,9	108,9	111,2	111,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	121,1	124,7	125,8	125,2	125,3	128,7	129,7	128,8	129,2
* Umsatz nominal ³	2010=100	106,1	111,2	107,5	104,0	116,1	120,1	112,6	109,0	114,2
* Umsatz real ³	2010=100	102,3	106,3	102,6	99,4	110,6	113,5	106,3	102,9	107,4

Gastgewerbe^p

* Beschäftigte	2010=100	103,4	104,7	111,2	109,5	111,1	109,8	110,2	111,1	110,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	106,4	109,1	117,6	112,5	115,0	115,5	116,4	115,9	115,9
* Umsatz nominal ³	2010=100	80,9	85,0	100,7	101,7	100,8	100,3	102,2	105,7	107,9
* Umsatz real ³	2010=100	73,0	75,2	89,2	90,1	88,1	86,9	88,3	91,4	92,5

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	708	722	986	1 009	1 015	984	954	1 018	1 012
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	155	287	283	206	204	279	281	208
* Gästeübernachtungen	1 000	1 813	1 824	2 589	2 857	2 494	2 404	2 559	2 817	2 486
* darunter von Auslandsgästen	1 000	447	441	876	991	565	533	831	957	559

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 772	1 820	2 022	2 009	1 930	2 051	2 089	1 898	2 087
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 135	1 266	1 413	1 508	1 509	1 457	1 553	1 345	1 485
* Getötete Personen	Anzahl	16	13	9	16	18	19	22	14	11
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	7	4	4	6	9	10	5	5
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	4	10	6	4	5	5	5
Radfahrer	Anzahl	3	1	-	1	3	1	4	3	1
Fußgänger	Anzahl	1	2	-	1	2	1	-	1	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 638	1 841	1 920	1 881	1 841	2 034	1 733	1 871

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwer- wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
schwer verletzte Personen	Anzahl	274	301	310	403	412	367	376	373
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	126	135	119	142	134	144	148	147
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	70	74	92	139	142	118	123	108
Radfahrer	Anzahl	41	48	68	80	90	68	64	82
Fußgänger	Anzahl	25	30	20	32	26	25	25	17

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Zulassungen fabrikneuer									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 896	13 160	12 703	12 298	13 801	15 702	12 995	12 591
darunter									
Krafträder	Anzahl	680	755	765	791	701	926	852	712
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 853	10 944	10 489	9 923	11 717	13 174	10 707	10 363
* Lastkraftwagen	Anzahl	924	1 024	993	1 161	930	1 135	984	1 127
Zugmaschinen	Anzahl	345	343	351	322	377	385	360	290

Personenbeförderung

	Einheit	2015	2016			2017		
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen								
im Linienverkehr	1 000	53 397	59 894	61 451	61 933	50 936	65 441	71 078
Personenkilometer ³	Mill.	494	621	630	646	543	665	709

Binnenschifffahrt

	Einheit	2015	2016			2017			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gütereingang	1 000 t	1 007	1 024	1 073	1 139	1 120	1 053	935	910
* Güterversand	1 000 t	777	776	902	904	722	818	799	769

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 277	4 368	4 677	4 282	4 039	4 713	4 697	4 518
darunter									
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	311	322	332	324	319	356	339	317
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 910	3 988	4 279	3 896	3 667	4 272	4 259	4 100

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
*	Rohstoffe	Mill. EUR	22	23	26	23	17	28	26	27	20
*	Halbwaren	Mill. EUR	151	144	144	145	134	145	164	151	142
*	Fertigwaren	Mill. EUR	3 738	3 821	4 109	3 728	3 516	4 100	4 068	3 922	4 007
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	947	951	1 009	927	941	1 078	1 028	1 000	1 018
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 790	2 871	3 101	2 801	2 575	3 022	3 041	2 922	2 989
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 932	3 065	3 379	3 045	2 757	3 283	3 361	3 063	3 129
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 610	2 749	3 020	2 757	2 429	2 915	2 974	2 729	2 775
	Belgien	Mill. EUR	199	198	214	182	195	216	216	182	211
	Luxemburg	Mill. EUR	54	54	53	58	43	55	57	61	48
	Dänemark	Mill. EUR	39	45	48	37	43	51	51	45	48
	Finnland	Mill. EUR	33	30	32	27	24	47	35	32	36
	Frankreich	Mill. EUR	424	446	475	433	388	463	471	433	408
	Griechenland	Mill. EUR	27	29	34	23	20	36	44	46	24
	Großbritannien	Mill. EUR	287	302	336	311	278	298	323	266	265
	Irland	Mill. EUR	20	19	19	13	17	22	71	50	98
	Italien	Mill. EUR	247	265	309	318	195	296	287	290	225
	Niederlande	Mill. EUR	303	314	396	330	250	347	297	294	322
	Österreich	Mill. EUR	163	165	173	174	168	175	176	169	177
	Schweden	Mill. EUR	74	79	84	67	72	88	92	65	82
	Spanien	Mill. EUR	206	216	223	214	187	210	224	240	214
	Portugal	Mill. EUR	31	41	41	43	38	47	44	43	41
*	Afrika	Mill. EUR	127	117	137	102	124	113	124	120	130
*	Amerika	Mill. EUR	584	551	526	503	509	594	549	607	617
	darunter nach USA	Mill. EUR	414	380	331	336	330	411	357	423	415
*	Asien	Mill. EUR	601	596	590	572	600	662	603	657	682
	darunter nach China	Mill. EUR	148	142	148	130	157	178	148	163	180
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	39	44	61	48	60	61	72	53

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 851	2 877	2 934	2 734	2 772	3 417	3 442	3 437	3 250
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	277	240	240	231	223	269	254	251	249
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 436	2 483	2 523	2 350	2 403	2 944	2 979	2 960	2 744
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	39	36	33	34	37	40	30	36	29
* Halbwaren	Mill. EUR	255	217	201	205	193	289	249	262	316
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 142	2 230	2 289	2 110	2 173	2 615	2 701	2 662	2 399

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2015	2016				2017			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	558	517	509	523	522	773	731	764	652
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 585	1 714	1 780	1 587	1 651	1 842	1 970	1 898	1 746
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 087	2 155	2 198	2 058	2 046	2 448	2 508	2 509	2 391
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 867	1 964	2 018	1 885	1 870	2 221	2 269	2 282	2 167
	Belgien	Mill. EUR	271	253	247	242	241	320	295	273	297
	Luxemburg	Mill. EUR	47	52	49	51	52	60	57	58	62
	Dänemark	Mill. EUR	22	21	23	20	19	23	23	21	24
	Finnland	Mill. EUR	12	12	12	11	10	13	12	13	12
	Frankreich	Mill. EUR	243	242	264	244	209	260	268	290	263
	Griechenland	Mill. EUR	7	8	6	7	6	8	7	9	6
	Großbritannien	Mill. EUR	105	100	115	94	90	132	119	104	108
	Irland	Mill. EUR	99	137	153	63	229	107	107	17	76
	Italien	Mill. EUR	166	175	179	194	152	217	209	218	178
	Niederlande	Mill. EUR	296	299	272	320	252	319	313	324	303
	Österreich	Mill. EUR	103	118	126	110	92	127	103	98	103
	Schweden	Mill. EUR	48	52	60	52	55	74	74	80	61
	Spanien	Mill. EUR	104	129	104	118	98	124	235	364	246
	Portugal	Mill. EUR	16	18	22	20	15	20	25	24	22
*	Afrika	Mill. EUR	41	47	45	51	51	70	45	40	49
*	Amerika	Mill. EUR	313	254	248	220	218	294	285	244	265
	darunter aus USA	Mill. EUR	239	198	193	165	172	238	226	185	204
*	Asien	Mill. EUR	405	415	438	402	450	600	596	638	539
	darunter aus China	Mill. EUR	182	183	181	173	205	213	218	215	229
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	5	5	7	5	7	6	6

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 915	2 760	2 548	2 676	2 790	2 623	2 503	2 850	2 476
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	475	468	406	467	462	446	457	447	408
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 900	1 774	1 656	1 718	1 855	1 774	1 612	1 930	1 683
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 881	2 788	2 583	2 688	2 734	2 606	2 465	2 609	2 286
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	421	402	362	359	372	377	385	383	348
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 973	1 895	1 701	1 874	1 902	1 787	1 666	1 735	1 540

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

Insolvenzen	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Insgesamt	Anzahl	477	462	422	453	480	423	505	471	474
davon										
* Unternehmen	Anzahl	75	65	47	68	77	60	62	60	74
* Verbraucher	Anzahl	282	276	266	261	284	256	320	271	269
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	103	102	103	104	90	90	104	118	103
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	17	19	6	20	29	17	19	22	28
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	88	66	33	66	60	61	59	48	44

Handwerk²

Handwerk²

Einheit	2015	2016					2017			
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,6	98,8	97,9	98,1	100,5	99,0	98,3	98,3	100,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	103,8	107,4	89,8	109,8	110,8	119,1	94,0	111,2	114,1

Preise

Preise	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,0	107,6	107,8	108,1	108,1	109,6	109,6	109,5	109,9
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	106,3	107,6	107,9	108,2	108,3	109,3	109,3	109,5	109,6

Verdienste⁷

Verdienste⁷

Einheit	2015	2016				2017				
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.		
* Bruttonomatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 907	3 996	3 604	3 640	3 669	3 704	3 619	3 668	...
* Frauen	EUR	3 372	3 469	3 190	3 198	3 222	3 247	3 202	3 237	...
* Männer	EUR	4 121	4 207	3 768	3 816	3 849	3 889	3 793	3 848	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 434	7 483	6 511	6 572	6 646	6 733	6 627	6 711	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 506	4 580	4 169	4 199	4 232	4 266	4 182	4 233	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 319	3 390	3 080	3 115	3 139	3 167	3 126	3 174	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 756	2 815	2 571	2 609	2 643	2 654	2 562	2 611	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 111	2 277	2 092	2 146	2 159	2 156	2 131	2 183	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 282	4 300	3 763	3 820	3 854	3 894	3 792	3 875	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 877	4 031	(3 635)	(3 590)	3 662	3 672	3 497	3 515	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 472	4 485	3 902	3 958	3 966	4 021	3 923	4 001	...
* Energieversorgung	EUR	5 168	5 154	4 448	4 492	4 598	4 592	4 632	4 679	...
* Wasserversorgung ^c	EUR	3 372	3 467	3 200	3 223	3 261	3 262	3 179	3 190	...
* Baugewerbe	EUR	3 351	3 316	3 008	3 079	3 230	3 198	3 118	3 260	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 671	3 798	3 500	3 523	3 549	3 582	3 516	3 546	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 496	3 601	3 242	3 287	3 293	3 367	3 300	3 342	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 905	3 024	2 802	2 826	2 845	2 849	2 808	2 827	...
* Gastgewerbe	EUR	2 219	2 277	2 158	2 155	2 147	2 161	2 241	2 238	...
* Information und Kommunikation	EUR	5 209	5 276	4 810	4 852	4 892	4 894	4 755	4 792	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 184	5 252	4 372	4 353	4 469	4 465	4 399	4 416	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	(3 963)	/	/	(3 622)	(3 601)	(3 566)	(3 595)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 031	5 172	4 536	4 574	4 522	4 576	4 374	4 425	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 274	2 482	2 334	2 367	2 368	2 364	2 381	2 446	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 642	3 730	3 563	3 591	3 644	3 677	3 670	3 706	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 249	4 304	4 160	4 209	4 239	4 222	4 036	4 059	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 783	3 804	3 540	3 560	3 606	3 620	3 638	3 683	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 587)	3 846	3 531	3 543	3 577	3 615	3 698	3 539	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 295	3 385	3 143	3 147	3 152	3 220	3 257	3 276	...

Geld und Kredit³

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 284	125 291	124 910	125 677	124 745	125 831	125 740	122 870	...
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 371	10 512	10 446	10 770	10 468	10 363	10 808	10 271	...

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 456	11 874	12 152	12 104	11 693	11 548	11 288	11 036	...
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	100 457	102 905	102 312	102 803	102 584	103 920	103 644	101 563	...
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	116 191	119 667	119 329	119 966	119 131	120 240	120 253	118 551	...
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	105 382	108 875	108 491	109 077	108 336	109 595	109 823	109 064	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 809	10 799	10 838	10 889	10 795	10 675	10 430	9 487	...
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 093	5 624	5 581	5 711	5 614	5 591	5 487	4 319	...

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	115 850	117 277	116 446	117 935	115 669	119 059	117 784	116 127	...
Sichteinlagen	Mill. EUR	60 249	65 568	62 391	64 562	66 064	69 254	69 127	70 771	...
Termineinlagen	Mill. EUR	23 065	20 740	22 804	22 413	18 880	18 863	18 182	14 874	...
Sparbriefe	Mill. EUR	5 078	3 658	3 892	3 737	3 589	3 415	3 154	3 037	...
Spareinlagen	Mill. EUR	27 460	27 311	27 359	27 223	27 136	27 527	27 321	27 445	...
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	113 579	115 318	114 262	115 636	114 000	117 372	116 084	114 419	...
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	110 920	112 677	111 883	113 059	111 446	114 321	113 626	111 982	...
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 659	2 640	2 379	2 577	2 554	3 051	2 485	2 437	...
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 271	1 960	2 184	2 299	1 669	1 687	1 700	1 708	...

Steuern

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 941	4 051	3 237	4 537	3 608	4 404	4 368	4 779	3 733
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 167	1 250	781	1 553	609	1 285	1 314	1 504	687
Lohnsteuer	Mill. EUR	835	853	1 180	624	626	751	1 226	639	651
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	165	169	551	-	-	-	565	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	164	147	- 486	545	- 8	- 49	- 33	568	2
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	90	98	50	38	20	545	47	36	37

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	33	5	5	8	56	5	6
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	26	-	-	-	50	-	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	4	341	-34	30	17	255	-9
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-12	-1	21	-	-	-	16	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	2 455	2 985	2 999	3 120	3 054	3 275	3 046
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	196	558	633	611	608	625	502
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 259	2 426	2 367	2 508	2 446	2 649	2 544

Zölle

Mill. EUR	225	219	224	246	219	223	224	249	222
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	77	84	62	112	63	71	62	107	67
-----------	----	----	----	-----	----	----	----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	31	28	33	30	30	26	33
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	31	84	30	41	32	82	34

Landessteuern

Mill. EUR	77	77	75	75	74	72	85	91	80
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	15	17	18	18	23	19	17
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	44	37	40	40	47	51	49
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	12	17	12	11	11	17	10
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	2	1	1	1	2	1
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	3	3	2	3	2

Einheit	2015	2016					2017		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		1. Q.	2. Q.	3. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	648	700	637	737	666	760	689	754	706
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	5	6	4	5	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	135	137	131	140	151	127	132	144	155
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	488	535	481	567	485	609	530	580	518
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	20	23	21	26	24	20	22	26	27

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2015	2016					2017		
	Durchschnitt	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	
Mill. EUR	1 022	1 039	659	1 114	1 041	1 391	727	1 159	1 080
Mill. EUR	400	443	466	481	384	442	502	486	416
Mill. EUR	414	382	33	415	379	700	64	441	415
Mill. EUR	48	49	4	48	48	98	2	58	61

Einheit	2015	2016				2017			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Mill. EUR	914	999	560	1 065	767	1 164	1 067	1 237	807
Mill. EUR	77	77	75	75	74	72	85	91	80
Mill. EUR	442	483	275	629	198	525	503	597	231
Mill. EUR	293	299	442	208	208	258	462	213	216
Mill. EUR	70	63	-206	231	-3	-21	-14	242	1
Mill. EUR	43	46	23	17	8	269	21	13	16
Mill. EUR	13	9	14	2	2	3	25	2	3
Mill. EUR	24	66	2	170	-17	15	9	127	-5
Mill. EUR	372	416	203	361	434	492	473	548	423
Mill. EUR	271	300	103	259	332	380	378	434	312
Mill. EUR	101	116	100	102	102	112	96	114	111
Mill. EUR	6	6	2	0	16	20	2	0	20
Mill. EUR	2	2	1	0	6	6	1	0	6
Mill. EUR	12	13	4	0	33	40	3	0	39
Mill. EUR	3	3	1	0	7	8	1	0	8

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	2 010	2 028	1 642	2 274	1 811	2 123	2 039	2 287	1 811
Mill. EUR	77	84	62	112	63	71	62	107	67
Mill. EUR	506	548	336	688	257	588	563	660	293
Mill. EUR	1 421	1 389	1 242	1 475	1 475	1 444	1 412	1 519	1 431
Mill. EUR	6	6	2	0	16	20	2	0	20

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im November 2017

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung – Ergebnisse des Mikrozensus 2016
Kennziffer: A1053 201600

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsqualifikationsfeststellungsverfahren 2016 – Erhebung nach §17 Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG)
Kennziffer: B2033 201600

Studienseminare 2017 – Lehrerausbildung für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen (Stand: 1. März 2017)
Kennziffer: B3023 201721

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung 2017
Kennziffer: C3053 201743

Weinbestände am 31. Juli 2017
Kennziffer: C4023 201700

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im August 2017
Kennziffer: D1023 201708

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im September 2017 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201709

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im September 2017
Kennziffer: E1033 201709

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im September 2017
Kennziffer: E1113 201709

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im August 2017
Kennziffer: E4023 201708

Gasabsatz und Erlöse 2016
Kennziffer: E4063 201600

Stromerzeugungsanlagen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2016
Kennziffer: E4073 201600

Wärmeversorgung 2016 – Ergebnis der Jahrerhebung bei Betreibern von Anlagen zur Wärmeversorgung
Kennziffer: E4103 201600

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im September 2017
Kennziffer: F2033 201709

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr 2016
Kennziffer: G3013 201600

Aus- und Einfuhr im September 2017
Kennziffer: G3023 201709

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im September 2017
Kennziffer: G4023 201709

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im August 2017
Kennziffer: H1023 201708

Binnenschifffahrt im August 2017
Kennziffer: H2023 201708

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 2. Vierteljahr 2017 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201742

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im Oktober 2017
Kennziffer: M1013 201710

Umwelt

Bestimmte klimawirksame Stoffe 2016
Kennziffer: Q4013 201600

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August 2017
Kennziffer: Z1013 201708

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe November 2017
Kennziffer: Z2201 201711

Tourismus aktuell – Tourismus im zweiten
Quartal 2017
Kennziffer: G4019 201742

Rheinland-Pfalz 2060 – Auswirkungen des
demografischen Wandels auf den Pflegebedarf
(Statistische Analysen N° 44)
Kennziffer: Z2148 201701

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: Simone Emmerichs

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte